

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

D 21 395 E

11

Frankfurt, November 1971

Einzelpreis 1,— DM

XI. Jahrgang

Wie von der IG Metall erwartet, hat der Verband baden-württembergischer Metallindustrieller den Einigungsvorschlag der Schlichtungsstelle für Nordwürttemberg und Nordbaden abgelehnt. Der von dem ehemaligen baden-württembergischen Wirtschaftsminister und SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Veit gemachte Schlichtungsvorschlag sah eine 7,5prozentige Erhöhung der Tarillöhne und -gehälter vor mit einer siebenmonatigen Laufzeit bis zum 30. April 1972. Die IG Metall, Bezirksleitung Baden-Württemberg, hatte 11 Prozent mehr Lohn und Gehalt für 550 000 Arbeiter und Angestellte in Baden-Württemberg gelordert, während die Unternehmer die Metallarbeiter mit einem „Angebot“ von 4,5 Prozent provozierten. Die große Tarifkommission der IG Metall in Baden-Württemberg hatte schon vor Ablauf der Verhandlungsfrist dem Schiedsspruch zugestimmt.

Es ist offensichtlich, daß die Metallunternehmer auf Kollisionskurs gehen. In Baden-Württemberg wird deutlich, daß es den Unternehmern in den Schlichtungsverhandlungen nicht darauf ankam, ernsthaft mit der IG Metall zu verhandeln. Die Unternehmer gaben sich keine Mühe, die Tatsache zu verschleiern, daß Lohnfragen Machtfragen und darum politische Fragen sind. Die Metallarbeiter in Baden-Württemberg werden diese Herausforderung der Unternehmer annehmen müssen. Dabei kann es nicht mehr um die 7,5 Prozent gehen, sondern um die ursprüngliche Forderung von 11 Prozent. Schon diese Forderung war praktisch ein Verzicht auf die Erhöhung des Realeinkommens und kann nur als

IG Metall zum Kampf entschlossen

Rücksichtnahme auf die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung angesehen werden. Weniger als 11 Prozent bedeutet nichts anderes, als daß die Stabilitätspolitik der Bundesregierung zu Lasten der Arbeiter und Angestellten geht, obgleich Bundeskanzler Willy Brandt auf dem 10. Gewerkschaftstag der IG Metall erklärte, daß die Bundesregierung nicht daran denke, ihre Stabilitätspolitik auf Kosten der Arbeiter durchzuführen.

Die zentrale Lenkung der regionalen Lohnverhandlungen durch die Spitzenorgane der Metallunternehmer zielte zweifellos zunächst darauf ab, die gescheiterten Lohnverhandlungen durch eine zentrale Schlichtung abzulösen, wobei ein Vertreter der Bundesregierung als Schlichter aufzutreten hätte. Die Metallarbeiter dürfen sich auf keine derartigen Winkelzüge einlassen, die letzten Endes allein den Zweck verfolgen, die Kampfbereitschaft der Arbeiter und Angestellten, die in Baden-Württemberg in zahlreichen Warnstreiks zum Ausdruck kommt, zu zermürben. Die Ablehnung der Unternehmer hat zur Folge, daß die IG Metall nach den Worten ihres Bezirksleiters Bleicher unverzüglich eine Urabstimmung über Streikmaßnahmen durchführt. sr

Aus dem Inhalt:

Chancen für Entspannung UNO-Aufnahme Chinas und Westberlin-Verhandlungen	2
Zuspitzung im Metallkonflikt	3
Besoldungsplan unreal Kritische Tarifsituation im öffentlichen Dienst	5
Stahlkonzerne übertreiben Überzogene Produktions- drosselung als Druckmittel	6
Konzertierte Aktion abgelehnt Vom 9. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier	8
Unkritisch zur Ruhrkohle AG Zum außerordentlichen IGBE-Kongreß	10
Neues Selbstverständnis? Postgewerkschaft bestimmt gewerkschaftlichen Standort	11
Angestellte solidarisch 7. Angestelltentag des DGB	12
DAG ohne Chance 10. Bundeskongreß der Deutschen Angestelltengewerkschaft	13
Textil: Arbeitsplätze in Gefahr Kongreß der Gewerkschaft Textil - Bekleidung	14
Gewerkschaft auf dem Lande Vom CGLF-Gewerkschaftstag	15
Aktive Jugend im DGB Über 300 Anträge zur 8. Bundesjugendkonferenz	16
BetrVG in der Schlußrunde	17
IGM und Vertrauensleute Vor Wahlen der Vertreter und Ortsverwaltungen	18
DKP für starke Gewerkschaften Interview mit Herbert Mies zum Parteitag der DKP	20
Parteilage der Reaktion Zu den Parteitagen von CDU, CSU und FDP	21
FDGB und Arbeitsrecht	22
CDU/CSU-Rentendemagogie	24
15. Ostsee-Arbeiterkonferenz	25
Buchbesprechungen Aktionseinheit 1932	26
Der Imperialismus der BRD	27
Englands Weg in die EWG	28

UNO-Aufnahme Chinas und Westberlin-Verhandlungen Bonn muß zu weiteren Schritten gedrängt werden

Die UNO-Vollversammlung faßte mit großer Mehrheit den Beschluß, die Rechte der Volksrepublik China in der UNO und allen ihren Organen voll herzustellen und die Vertretung des Tschiang-Kai-schek-Regimes aus der UNO auszuschließen. Dieser Beschluß hat in der Welt große Zustimmung gefunden. Gleichzeitig vollziehen sich auch in Europa und anderen Teilen der Welt Entwicklungen, die dem Frieden dienen und neue Möglichkeiten der Friedenssicherung eröffnen.

So wie die Aufnahme der Volksrepublik China ein Erfolg und Fortschritt ist hin zur Universalität der UNO, so ist der Beschluß der Vollversammlung eine Niederlage des USA-Imperialismus und zeigt den Bankrott einer Politik, die darauf gerichtet war und ist, den USA die Rolle eines Weltgendarms zuzuweisen. Die USA-Administration mit ihrer Politik der Einmischung in die Angelegenheiten anderer Völker mit ökonomischen und militärischen Mitteln wird in der Welt Zug um Zug zurückgedrängt und isoliert.

Das zeigt nicht nur der Beschluß der UNO betreffend China, sondern ebenso die große Bewegung zur Beendigung der militärischen Aggression der USA in Vietnam, das beweisen auch neue Entwicklungen in Europa: die Verträge von Moskau und Warschau, die Rahmenverträge über Westberlin, die verstärkte Bewegung für eine europäische Sicherheitskonferenz. Es sind dieses alles Tendenzen, die einer neuen Lage entsprechen, Folgerungen eines positiv veränderten Kräfteverhältnisses.

Es sei hier noch einmal erinnert an das Friedensprogramm, das auf dem 24. Parteitag der KPdSU beschlossen wurde. In diesem wurde bekanntlich u. a. die große Aufgabe gestellt, eine Weltabrüstungskonferenz herbeizuführen. Die Führung der KPdSU, Breschnew, Kossygin, Podgorni, Außenminister Gromyko und viele andere Persönlichkeiten der Sowjetunion ergreifen auf internationalen Begegnungen das Wort, um überall und immer Schritte zu initiieren, die den Frieden festigen und die Völker von den steil ansteigenden Rüstungsausgaben befreien. In allen Zonen der Welt ist diese Initiative spürbar — in Indien, Nordafrika, Lateinamerika, in Kanada und Frankreich.

In diesen Initiativen wird eine Seite der vom 24. Parteitag beschlossenen einheitlichen Politik sichtbar, die von drei Komponenten geleitet wird: den Frieden in der Welt zu sichern, das eigene gesellschaftliche System zum Kommunismus hin weiterzuentwickeln und alles zu tun, um das materielle Leben der Menschen in der UdSSR zu entfalten.

Die Regierung der Bundesrepublik mit ihrer Politik spielt in diesem Zusammenhang eine zwielichtige Rolle, die tief in der imperialistischen Klassennatur der BRD verwurzelt ist. Das eigentliche Wesen der Verträge von Moskau und Warschau und des Vertrages über Westberlin ist positiv und fortschrittlich. Aber z.B. die Verzögerung der Ratifizierung der Verträge wird seitens der Bundesregierung imperialistisch motiviert.

Die Ausfüllung der Ramenverträge über Westberlin mit konkreten Abmachungen wird von der Regierung der BRD und dem Senat Westberlins mit unrealistischen Forderungen und Querschüssen belastet. So tritt die Regierung Brandt/Scheel immer noch mit der Anmaßung auf, bei der Regelung der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR handle es sich um innerdeutsche Fragen und nicht um solche völkerrechtlicher Art.

Auf der internationalen Ebene tritt die Bundesregierung wie eh und je gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen dritter Staaten zur DDR auf. Unter der Regie von SPD-Minister Helmut Schmidt wird der Rüstungsetat für 1972 um 3 Milliarden erhöht, die Dauerpräsenz der USA-Truppen zum Programmpunkt erhoben und die Einleitung konkreter Schritte für eine Sicherheitskonferenz sabotiert.

Zwar kann man heute schon absehen, daß alle Finessen, Auswegmanöver und Störaktionen gegen Normalisierung und Entspannung, so vor allem gegen die Inkraftsetzung der Verträge, scheitern werden, aber jede Zeitverzögerung geht zu Lasten unserer eigenen Bevölkerung in der BRD, da im Zwielicht noch unerfüllter Zusagen der Bundesregierung an die Regierung der Sowjetunion die Lasten für die NATO-Politik steigen und die innere Reaktion unter Führung von Strauß und Barzel zum Schaden von Demokratie und Frieden ihre Kräfte sammeln können und auch neue gefährliche Gemeinsamkeiten zwischen der CDU/CSU und der Führung der SPD sich zu entwickeln drohen.

Daraus kann es nur eine **Schlußfolgerung geben: Normalisierung und Entspannung müssen im Kampf durchgesetzt werden.** -jol-

Die Bürgerschaftswahl in Bremen endete mit einem Wahlsieg der SPD, der zwar erwartet wurde, aber in dieser Höhe überraschend war. Der Erfolg ist ohne Zweifel im wesentlichen auf die Einleitung einer realistischen Ostpolitik durch die Regierung Brandt zurückzuführen, wengleich kommunalpolitische Fragen, wie z.B. die Auseinandersetzung mit der CDU und FDP über die Bremer Universität, eine bestimmte Rolle gespielt haben.

Mit einem Gewinn von rund 14 000 Stimmen erzielte die DKP einen bemerkenswerten Achtungserfolg. Die DKP führte den Wahlkampf mit der Zielsetzung, den Rechtskräften eine Niederlage zu bereiten. Die neonazistische NPD als Partei des Großkapitals ist nach dem Verlust von 6,4 Prozent Stimmen aus dem Parlament verschwunden, und die CDU hat ihr erklärtes Wahlziel, die SPD von der Regierung zu verdrängen, um im Bundesrat die Ratifizierung der Ostverträge zu blockieren, nicht erreicht.

Die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg haben diese Entwicklungstendenz, die bereits bei der Bremer Bürgerschaftswahl sichtbar wurde, bestätigt: Die Rechtskräfte orientieren sich zunehmend auf die CDU. So gewann die CDU vor allem die bisherigen Stimmen der NPD. Die FDP mußte ihre bisher stärkste Niederlage hinnehmen, und die SPD konnte ihre Position in den Kommunalparlamenten deutlich ausbauen. Der Rückgang der sogenannten „unpolitischen Wählergemeinschaften“ zeigt ferner, daß das Wahlverhalten politischer wurde.

Der nach wie vor wirkende Antikommunismus, der von CDU, FDP und SPD gemeinsam geschürt wurde, verhinderte, daß Kommunisten in stärkerem Maße ihre politischen Vorstellungen in den Gemeinde- und Stadtparlamenten vertreten können. Immerhin ist die DKP in der Stadt Mannheim mit zwei Vertretern ins Gemeindeparlament gewählt worden und mit ihnen verfügt die SPD im Stadtparlament über die absolute Mehrheit. Auch in den EBlinger Kreistag wurde ein Vertreter der DKP gewählt, während die DFU, die lediglich in Heidenheim eine eigene Liste aufstellte, zwar 4,3 Prozent der Wähler für sich gewinnen konnte, aber kein Mandat erhielt.

Mit dem Wahlausgang hat sich an der katastrophalen Finanzlage der Städte und Gemeinden nichts geändert. Nach wie vor werden dringende soziale Investitionen unterbleiben müssen. Eine Änderung wird erst dann möglich sein, wenn es den fortschrittlichen politischen Kräften in der Bundesrepublik gelingt, eine fühlbare Verminderung der Rüstungslasten und eine gerechtere Verteilung der öffentlichen Gelder zu erzwingen. H. S.

Zuspitzung im Metallkonflikt

Verhandlungen und Schlichtungsversuche scheitern Warnstreiks in zahlreichen Metallbetrieben

Seit dem 1. Oktober 1971 herrscht in der metallverarbeitenden Industrie — in Bayern und in der eisenschaffenden Industrie seit dem 1. November — tarifloser Zustand. Nahezu 4,5 Millionen Arbeitern und Angestellten wird von den Unternehmern dieser Branchen die Erfüllung der bescheidenen Forderungen — Lohn- und Gehaltserhöhungen von 9 bis 11 Prozent — verweigert. Die Metallindustriellen spielen sich als Hüter der Konjunktur auf und denken nur an die Steigerung ihrer Profite. Offensichtlich haben es die Unternehmer darauf abgesehen, eine harte Auseinandersetzung und die Einschaltung der politischen Schlichtung zu provozieren. Das in allen Tarifbezirken einheitliche „Angebot“ von 4,5 Prozent wurde als Provokation von der Gewerkschaft zurückgewiesen. In den meisten Tarifbezirken sind die Verhandlungen, in Nordwürttemberg-Nordbaden auch die Schlichtung, gescheitert. Aus allen Teilen der Bundesrepublik werden betriebliche Warnstreiks gemeldet.

Der erste Schiedsspruch dieser Tarifrunde, der in Nordwürttemberg-Nordbaden mit den Stimmen des Schlichters (Landtagsvizepräsident Hermann Veit, SPD) und der beiden IG-Metall-Besitzer gegen die Stimmen der Unternehmervertreter zustandekam, sieht nur Lohn- und Gehaltserhöhungen von 7,5 Prozent vor, bei einer Laufzeit von sieben Monaten. Im Vorstand der IG Metall in Frankfurt nannte man diesen Spruch einen „vertretbaren Kompromiß“. Solche Äußerungen entsprechen nicht der Lage und lassen unberücksichtigt, unter welchem Aspekt diese Tarifbewegung begonnen wurde. Ursprünglich hatten die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben zum Teil weit höhere Forderungen als die beschlossenen 9 bis 11 Prozent erhoben. Sie gingen dann aber davon aus, daß diese voll durchgesetzt werden und keinen Spielraum nach unten lassen.

Diese Erwartung haben die Metallgewerkschaften in allen Tarifbezirken in den Tagen nach dem herausfordernden 4,5-Prozent-Angebot erneut bekräftigt. Eine Funktionärsversammlung der IG-Metall-Verwaltungsstellen Hamburg, Bergedorf und Elmshorn mit etwa 800 Teilnehmern erklärte am 4. November in einer Entschließung erneut die Bereitschaft der Gewerkschafter, „mit aller Härte“ die in diesem Tarifgebiet gestellte 10-Prozent-Forderung durchzusetzen.

Die verhandlungsführenden Kommissionen der IG Metall können sich in allen Tarifbezirken auf eine erhöhte Kampfbereitschaft der Kollegen in den Betrieben stützen. In Dutzenden von Betrieben bekundeten Tausende von Arbeitern und Angestellten mit kurzen Warnstreiks ihre Kampfbereitschaft. Gestreikt wurde u. a. in folgenden Unternehmen: Krupp-Widia, Essen; Monette, Marburg; Georg von Opel, Offenbach; Vulkan-Werft, Bremen; Maihak, Hamburg; Howaldts-Werke/Deutsche Werft, Finkenwerder und Reihertstieg; Röntgen-Möller, Hamburg; Fahrzeugbau Still, Hamburg; Flender-Werft, Lübeck; Weiser &

Loser, Karlsruhe; Trafo-Union, Stuttgart, sowie in folgenden Stuttgarter Betrieben: Bosch, Werner & Pfleiderer, Kühlerfabrik Behr, Fa. Haushahn, Fa. Steinhäuser und Lufttechnische Gesellschaft.

Der Unternehmensverband Gesamtmetall, der in den einzelnen Bezirken mit einer zentralen „Kernkommission“ auftritt, sucht ganz offensichtlich die harte Konfrontation einschließlich Streiks und angedrohter Aussperrung. Darauf deutet die gesamte Verhandlungsführung hin, wie die weit auseinanderliegenden Termine, das einheitliche „Angebot“ unterhalb der diesjährigen Inflationsrate und auch die Tatsache, daß es in Nordrhein-Westfalen die Unternehmer waren, die die Verhandlungen für gescheitert erklärten, nachdem sie sich geweigert hatten, über das 13. Monatseinkommen überhaupt zu reden.

In dieser Unternehmertaktik liegt eine tatsächliche Gefahr, der die Metallgewerkschafter nur mit gesteigerter Kampfbereitschaft begegnen können. Die Unternehmer kalkulieren die falschverstandene Loyalität Otto Brenners zu Willy Brandt und Karl Schiller in ihren Tarifkampf mit ein und wollen sie in bare Münze umsetzen. Ihre Spekulation sieht offenbar so aus: Wenn die IG Metall durch provokatives Verhalten der Metallindustriellen und Nichterfüllung der Gewerkschaftsforderungen zu Kampfmaßnahmen gezwungen wird, so glauben sie, wird Otto Brenner meinen, seine sozialdemokratischen Parteifreunde in der Regierung würden dadurch gefährdet und früher als sonst zum Kompromiß drängen bzw. das Eingreifen von Regierungsstellen in die Tarifaufeinandersetzung tolerieren.

Um den Druck auf die wankelmütigen und regierungskonformen Kräfte im Vorstand der IG Metall zu verstärken und gleichzeitig die Unsicherheit in den Betrieben und Gewerkschaftsorganisation zu vergrößern, heizen die Unternehmer bewußt eine ungerechtfertigte Krisenstimmung in der Wirt-

schaft an. Die Konjunkturberuhigung und um diese Jahreszeit zum Teil saisonbedingte Abschwächung wird in manchen Branchen mit demonstrativen Entlassungen, Kurzarbeit und mit einer Flut von pessimistischen Zahlen unterstrichen. Indessen ist die Lage so, daß selbst Stagnationserscheinungen in manchen Branchen nicht gleichbedeutend sind mit Zahlungsunfähigkeit der Unternehmer.

Für die Arbeiter und Angestellten hat sich zudem in den letzten Jahren ein erheblicher Rückstand an Einkommen im Verhältnis zum Unternehmereinkommen gebildet. Hat sich das Nettoeinkommen der Selbständigen, also vom Kleinsthandwerker bis zum Miliardär Flick, in den letzten 20 Jahren verdreifacht, so ist das der Lohnabhängigen nur um das Vierfache gestiegen. Allein seit 1966 ist die reale Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten nur um 24 Prozent und die der Selbständigen um gut 37 Prozent gestiegen.

Der DGB hat in einer jetzt vorgelegten Zielprojektion bis 1976 einen Anstieg der Reallohn- und -gehälter um 4 Prozent im Jahre 1972 für notwendig erklärt. Berücksichtigt man die Steigerung der Lebenshaltung um 6 Prozent und der Versicherungsabgaben sowie Lohnsteuer um mindestens 2 bis 3 Prozent, so ist eine Nettozunahme der Löhne und Gehälter um über 10 Prozent notwendig, um der Zielprojektion gerecht zu werden. Das trifft ebenso auch für die Zielplanung für 1971 zu, die bei nur halb so großem Preisanstieg Lohn- und Gehaltssteigerungen um netto 10,4 Prozent für notwendig erklärt, um den Arbeitern und Angestellten einen gerechten Anteil an der wachsenden Produktion zu sichern.

Gesamtmetall jedoch will in der gegenwärtigen Tarifrunde die Realeinkommen von Millionen Arbeitern und Angestellten senken. Das ist die Konsequenz des 4,5-Prozent-Angebots. Es gibt für die Beschäftigten in der Metallindustrie keinen Grund, von ihrer berechtigten Mindestforderung, 9 bis 11 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung, abzugeben. Sowohl die Produktions- und Finanzlage der Metallindustrie als auch die wirtschaftliche Lage insgesamt lassen die Erfüllung der Forderungen nicht nur zu, sondern machen sie geradezu notwendig. Lohnerhöhungen sind nicht nur Kosten, sondern auch Kaufkraft, die zu einer zusätzlichen Belebung der Binnennachfrage führt.

Man kann sich in dieser Situation nur den Worten des Essener Betriebsratsvorsitzenden Willy König anschließen: „Wenn die Arbeitgeber den Kampf wollen, dann sollen sie ihn haben.“ Und eine andere treffende Konsequenz nannte der Sekretär der IG Metall in Essen, Kring: „Wenn die freie Marktwirtschaft nur den Unternehmern nützt, sollten wir sie abschaffen.“ Gerd Siebert

Bewußte Panikmache

Metall: Unternehmer setzen alle Druckmittel ein Höhere Löhne gefährden keine Arbeitsplätze

Kaum ist die neue Lohnrunde der IG Metall in Gang gekommen, da geht durch die Bundesrepublik eine neue Unternehmeroffensive gegen die Gewerkschaften. Da rotieren Springers Druckpressen und werden die sattsam bekannten Unternehmerargumente gegen die angeblich zu hohen Lohnforderungen der Gewerkschaften strapaziert.

Die Metallindustriellen drohen mit weiteren Entlassungen, einschneidenden Lohnneinbußen durch Kurzarbeit und mit erneuten Preissteigerungen, wenn die Metallarbeiter in ihren Tarifforderungen nicht „endlich vernünftig“ sind. Im Grunde ist es immer das gleiche Lied von der gefährdeten Konkurrenzfähigkeit und der Gefährdung der Arbeitsplätze, das die Unternehmer seit über 20 Jahren anstimmen, wenn die Arbeiter ihre Lohnforderungen stellen.

Da wird behauptet, daß die gegenwärtige Konjunkturlage es nicht zulasse, die Forderungen der Gewerkschaften zu erfüllen. Die Massenmedien versuchen, die Gefahr des Zusammenbruchs der Wirtschaft als Folge von Lohnerhöhungen an die Wand zu malen.

Was sind nun aber die Tatsachen? „Trotz verlangsamer Produktionsentwicklung erreicht die Industrie, vor allem durch den Abbau von Überstunden und das Nichtersetzten von ausscheidenden Arbeitnehmern, eine zusätzliche Verstärkung des Produktivitätsfortschritts. Nach 2 Prozent im zweiten Halbjahr 1970 erhöhte sich in der Metallverarbeitung die Produktionsrate im ersten Halbjahr 1971 auf 3,3 Prozent“, stellt die IG Metall fest. Die Produktion in den Monaten Januar bis Juli 1971 in der Metallindustrie Nordrhein-Westfalens ist doppelt so schnell gestiegen wie im gleichen Vorjahreszeitraum. Und umgekehrt sind aber die Lohn- und Gehaltssteigerungen je Produktionseinheit hinter dem Bundesdurchschnitt zurückgeblieben.

Höhere Produktivität durch kapitalistische Rationalisierung und gesteigerte Arbeitshetze brachte den Unternehmern somit auch in den letzten Monaten wieder hohe Profite. Die Gewinne der Metallindustrie als Ganzes erreichten bereits im Geschäftsjahr 1970 fast wieder den Rekordumfang des Vorjahres. Es sei in diesem Zusammenhang auch daran erinnert, daß im Jahre 1970 in der Wirtschaft der BDR die Zahl der Umsatzmilliardäre weiter stieg. Insgesamt 67 Konzerne erreichten einen Umsatz von einer Milliarde DM und mehr.

„Diese Zahlen beweisen“, so schrieb unlängst „Metall“, „die Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie durch die bösen Gewerk-

schaften ist ein Märchen. Die Großkonzerne werden stärker und mächtiger. Sie erobern sich auf den Weltmärkten einen immer bedeutenderen Platz.“ Es ist ganz klar: Die Unternehmer können zahlen. Das beweisen die Geschäftsberichte großer Unternehmen.

Sobald Lohnforderungen gestellt werden, muß schleunigst wieder die Krise her, damit die Angst um die Arbeitsplätze wächst und die Kampfbereitschaft der Arbeiter geschwächt wird. Diese Erpressertaktik der Metallindustriellen brandmarkt der Sekretär der IG-Metall-Bezirksleitung Stuttgart, Franz Steinkühler, treffend mit den Worten, Massenentlassungen und

Mildtätigkeit 1:4

Wenn Postler in Ostberlin „erkennen lassen, daß sie Wert darauf legen“, Mitglied der Deutschen Postgewerkschaft in der Bundesrepublik zu bleiben, obwohl sie nicht mehr im Westberliner Postdienst beschäftigt sind, können sie als Mitglieder beitragsfrei weitergeführt werden. Diesen etwas sonderbar anmutenden Zustand konnten die Postgewerkschafter auf ihrem 10. Gewerkschaftstag in Wiesbaden einem Diskussionsbeitrag ihres Kassierers entnehmen.

Nun ist Anhänglichkeit gewiß keine Untugend und bei der Postgewerkschaft wird sie sogar belohnt: Obwohl diese Mitglieder keine Beiträge zahlen, werden ihnen alle Ansprüche aus der Satzung zuteil — so auch das Sterbegeld. Wenn, so erläuterte der Kassierer, die Angehörigen den „Westsektor“ Berlins aufsuchen, werden ihnen, wie den Angehörigen der Mitglieder, die Beiträge entrichtet, 100 Mark ausgezahlt.

Natürlich: „In der für Berlin üblichen Relation“, d. h. zum Kurs von 1:4 gleich 25 DM! Warum sollte auch die Postgewerkschaft ihre Mildtätigkeit an den „armen Schwestern und Brüdern jenseits von Mauer und Stacheldraht“ gleich übertreiben. okolus

Kurzarbeit seien zum Teil auch „Zuchtruten der Unternehmer, mit denen sie angesichts der bereits eingeleiteten Tarifverhandlungen auf die Arbeitnehmer einzuwirken versuchen“. Damit sollen die kampfbereiten Arbeiter eingeschüchtert werden.

„Wären die Arbeitsplätze wirklich gefährdet“, so stellte ein Hamburger Arbeiter in der „Welt der Arbeit“ vom 22. Oktober 1971 fest, „dann wären sie es auch mit und ohne Lohnerhöhungen. Arbeitsplätze gehen verloren durch Absatzmangel, Rationalisierung, Stilllegung oder Konkurs — nicht aber durch die Heraussetzung der Tarifverträge.“

Nicht Lohnforderungen gefährden also die Arbeitsplätze, sondern die verfehlte kapitalistische Wirtschaftspolitik in der BRD, das rigorose Profitstreben der Unternehmer und die Bindung der BRD an den krisenkranken Dollar. Sichere Arbeitsplätze wird es im Kapitalismus niemals geben. Es geht deshalb darum, die Arbeitsplätze sicherer zu machen. Höhere Kaufkraft durch Lohnerhöhungen, durch stabile Preise und Mitbestimmung könnten wesentlich dazu beitragen.

Schließlich versuchen die Unternehmer, den Gewerkschaften die Schuld an den Preissteigerungen in die Schuhe zu schieben und damit die Gewerkschaften in der Öffentlichkeit zu diffamieren. Aber jeder weiß aus Erfahrung: Ob die Löhne steigen oder gleichbleiben, Preissteigerungen gibt es immer.

Durch die Preistreibereien der Großunternehmen und die ständig wachsenden Rüstungslasten sind die Lebenshaltungskosten in diesem Jahr um rund 6 Prozent gestiegen. Mit ihren Lohnforderungen wollen die Beschäftigten in der Metallindustrie nur einen längst fälligen Nachholbedarf decken. Die Forderung nach höheren Löhnen ist durch die ständigen Preissteigerungen und durch die verstärkte Ausbeutung voll gerechtfertigt.

Das praktische Handeln der Unternehmer, ihr Geschäft mit der Angst der Arbeiter und ihre „Argumente“ gegen die maßvollen Lohnforderungen der Gewerkschaften beweisen in diesen Wochen wieder einmal, daß alles Gerede von Partnerschaft nichts als pure Heuchelei ist. Bedauerlicherweise finden dabei die Profitjäger in der Wirtschaft die Unterstützung des sozialdemokratischen Superministers Schiller, der die Gewerkschaften durch sogenannte Lohnleitlinien an die kurze Kette binden will. Die Unternehmer sind zur Machtprobe angetreten.

Nur zu Recht stellen die kampfbereiten Metallarbeiter angesichts dieser Lage fest: „Wir dürfen uns jetzt nicht verschaukeln lassen. Jetzt hilft nur eins: Nicht so zahm sein, die Ärmel hochkrepeln.“ Oder, wie ein bekanntes Sprichwort sagt: Auf einen groben Klotz, gehört ein grober Keil. Jetzt muß energisch gehandelt werden. M.N.

Besoldungsplanung unreal

Kritische Tarifsituation im öffentlichen Dienst Arbeiter, Angestellte und Beamte stellen Forderungen

Im Augenblick ist sicherlich nicht vorauszusagen, wie um die Jahreswende die Ergebnisse der bevorstehenden Tarif- und Besoldungsrunde 1971/72 für den öffentlichen Dienst aussehen werden. Fest steht, daß die Lohn- und Gehaltsforderungen so gehalten sein müssen, daß sie den Lebensstandard für alle im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten verbessern.

Schon seit Monaten trommelt Wirtschafts- und Finanzminister Schiller, daß diesmal für den öffentlichen Dienst — besonders für die Beamten — kaum etwas „drin“ sei. So betragen die im Bundeshaushalt 1972 veranschlagten „Personalverstärkungsmittel“ nur 3 Prozent. Über Presse, Fernsehen und Rundfunk wird mit Hilfe von Milchmädchenrechnungen der Öffentlichkeit vorgeführt, wieviel der öffentliche Dienst schon 1971 an „Vorleistungen“ für 1972 bekommen habe. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes sollen damit verunsichert und ihre Gewerkschaften an die von Schiller festgelegten Lohnleitlinien gebunden werden.

Wie schon in den vergangenen Jahren sollen die Arbeiter, Angestellten und Beamten mit ihren Forderungen aus konjunkturellen und haushaltspolitischen Gründen äußerste Zurückhaltung üben. Berücksichtigt man, daß im neuen Haushalt zunächst nicht genügend Personalkostensteigerungen festgelegt worden sind, so heißt das für die Gewerkschaften der öffentlichen Dienste, einen harten und konsequenten Kampf um die Durchsetzung der Forderungen ihrer Mitglieder zu führen.

Auf dem Tarifsektor werden erst am 25. November 1971 seitens der Gewerkschaften konkrete Forderungen beschlossen. Was den Besoldungssektor für Beamte angeht, so haben sich der Bundesbeamtenausschuß des DGB und die Gewerkschaft OTV schon im September mit den aufzustellenden Forderungen befaßt. Der DGB warnt eindringlich davor, den Haushaltsausgleich auf Kosten der Beamten zu betreiben, nur weil sie heute noch nicht das Recht auf Verhandlungen und Vereinbarungen über ihre Besoldung besitzen.

Der DGB und die OTV-Gewerkschaft legten folgende Besoldungsforderungen der Beamten für das Jahr 1972 fest:

- Zum Ausgleich der Verteuerung der Lebenshaltungskosten ist allen Beamten ein gleich hoher Sockelbetrag zu zahlen.
- Die zusätzliche Belastung kinderreicher Familien infolge der Preissteigerungen ist besonders auszugleichen.

■ Die Beteiligung der Beamten am gestiegenen Sozialprodukt ist durch eine entsprechende prozentuale Besoldungserhöhung zu sichern.

■ Die Verbesserungen der Besoldungsstruktur und die Maßnahmen zur Vermögensbildung sind auszubauen.

Diese Forderungen wurden vom DGB den Parlamenten und Regierungen des Bundes und der Länder mitgeteilt. Besonders werden die Gewerkschaften bei den bevorstehenden Auseinandersetzungen darauf achten müssen, daß die im Zusammenhang mit der Besoldungsneuregelung 1971 beschlossenen bzw. angekündigten strukturellen Forderungen nicht angerechnet werden.

In der kommenden Lohn- und Gehaltsrunde werden die Gewerkschaften ihre volle Kampfkraft einsetzen müssen. Der Vorsitzende der Gewerkschaft OTV, Heinz Kluncker, sowie die DAG haben die sogenannten Lohnleitlinien abgelehnt. Sollte aber diese Tarif- und Besoldungsrunde wieder ein so mageres Ergebnis bringen wie im Tarifkampf 1970/71, so würden letztlich alle Erwartungen der Gewerkschaftsmitglieder enttäuscht.

Die bisher bekannten Forderungen unter den Beamten-Mitgliedern von OTV und DAG — nämlich Zahlung eines Sockelbetrags von 50 DM und lineare Besoldungserhöhung von 8 Prozent — sind darauf angelegt, den Kaufkraftverlust aufzufangen und am allgemein gestiegenen Sozialprodukt teilzuhaben. Sie sind von Zurückhaltung gekennzeichnet und die Tarif- und Besoldungskommissionen der Gewerkschaften sollten aufmerksam derartige Willensbekundungen in ihre Konzeption aufnehmen.

Für die Arbeiter, Angestellten und Beamten des Bundes und des Landes in Hamburg stellt sich noch ein besonderes Problem. Für diesen Personenkreis soll laut Beschluß des Bundesinnenausschusses der 3prozente örtliche Sonderzuschlag gestrichen werden. Das würde für etwa 160 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Hamburg eine weitere zusätzliche Einkommensverschlechterung bringen. Darüber hinaus würde dieser Personenkreis im Vergleich zu den anderen unselbständig Beschäftigten in Hamburg einseitig benachteiligt.

Die Situation im öffentlichen Dienst macht die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen aktiven Lohnpolitik besonders deutlich. Es gilt nun, die gesamte Mitgliedschaft, die 640 000 Beamten in enger Solidarität mit den 1,4 Millionen im DGB organisierten Arbeitern und Angestellten des öffentlichen Dienstes zu mobilisieren. Mit der entfalten gewerkschaftlichen Kraft können die berechtigten Forderungen durchgesetzt werden. K.H.

Schutz bei Rationalisierung im öffentlichen Dienst

Zwischen der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr und der Deutschen Angestelltengewerkschaft auf der einen sowie den Arbeitgebern Bund, Länder und Gemeinden auf der anderen Seite ist Ende Oktober in Bonn ein sogenanntes Rationalisierungsschutzabkommen ausgehandelt worden. Es gilt für rund 250 000 Arbeiter bei Bund und Ländern sowie für 825 000 Angestellte bei Bund, Ländern und Gemeinden. Ein gleiches Abkommen für die Arbeiter der Gemeinden besteht bereits seit Juni 1970.

Das Abkommen verpflichtet die öffentlichen Arbeitgeber im Falle von Rationalisierungsmaßnahmen, den jeweils Betroffenen einen gleichwertigen oder wenigstens „zumutbaren“ Arbeitsplatz zu sichern. Kosten für Umschulung müssen bis zu einer Dauer von zwölf Monaten übernommen werden, und bei langjährig Beschäftigten ist bei Entlassung eine Abfindung bis zu zwölf Monatsbezügen zu zahlen. Der Betriebs- bzw. Personalrat muß in allen diesen Fällen „unterrichtet“ werden, hat also kein Mitbestimmungsrecht.

Ergebnislos verhandelt wurden zuvor Verhandlungen zwischen den öffentlichen Arbeitgebern und den Gewerkschaften über die gewerkschaftliche Forderung, die 1,2 Millionen Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst von den Beiträgen zur zusätzlichen Altersversorgung zu befreien. Im Unterschied zu den Beamten müssen Arbeiter und Angestellte die Hälfte der Beiträge zur Rentenversicherung und einen weiteren Beitrag von 1,5 Prozent für die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes aufbringen.

Während die OTV-Gewerkschaft darauf beharrt, daß diese Beiträge ab 1972 übernommen werden, legten die öffentlichen Tarifparteien dafür einen Stufenplan bis zum Januar 1975 vor. Dieser wurde zurückgewiesen. Auch erneute Verhandlungen Anfang November führten noch nicht zu einem Resultat.

Stahlkonzerne übertreiben

Stahlindustrie: Überzogene Produktionsdrosselung Druckmittel auf Arbeitsplätze und Lohnbewegung

H. Bramkamp

Von den ca. 364 000 Beschäftigten der Stahlindustrie in der Bundesrepublik sind zur Zeit etwa 10 000 von Kurzarbeit betroffen. Kurzarbeit wird verfahren oder ist vorgesehen bei den Hüttenwerken Aug. Thyssen-Hütte, Duisburg, Hoesch, Dortmund, den Klöckner- und Krupp-Hüttenwerken, den Deutschen Edelstahlwerken und den Saarbütten. Einstellungsstopp und Nichtauffüllung der natürlichen Abgänge sowie der fast restlose Abbau von Überstunden besteht fast auf allen Hüttenwerken. Geplante Strukturmaßnahmen mit Arbeitsplatzverlust werden jetzt im Nebel des Konjunkturrückgangs vollzogen. Die Methode, monatlich 49 „getreue Mitarbeiter“ auf die Straße zu setzen, soll Massenentlassungen verschleiern.

Obwohl ein ausgeprägter Konjunkturrückgang in der Stahlindustrie im Unterschied zur gesamten Metallverarbeitung nicht bestritten wird, entspricht die von den Stahlindustriellen auferlegte Selbstbeschränkung der Produktion auf keinen Fall den vorhandenen Realitäten auf dem Stahlmarkt. Die angeordnete Produktionsbeschränkung liegt unter dem Nachfrageniveau, um offensichtlich die in der Bundesrepublik zur Zeit erzielten Höchstpreise für Stahlerzeugnisse, trotz zunehmender Stahleinfuhren aus konkurrierenden stahlerzeugenden Ländern zu halten, und über die Verunsicherung des Arbeitsplatzes entscheidend in die Lohnbewegung einzugreifen und damit Druck auf die Stahlarbeiter auszuüben.

Trotz des Rückgangs der Produktion bei den westdeutschen Stahlunternehmen werden die Investitionen in der Eisen- und Stahlindustrie in diesem Jahr einen Höchststand von 2,52 Mrd. DM erreichen, obwohl im vergangenen Jahr bereits 2,3 Mrd. DM investiert wurden. Die Investitionen allein für neue Hochofen-Anlagen werden in der aufgeführten Zeit von 296 Mill. auf 400 Mill. DM zunehmen, trotz vorhandener Überkapazitäten.

Bei Rohstahl werden voraussichtlich um die 42 Mill. Tonnen Jahresproduktion erzielt, gegenüber 45 Mill. Tonnen im Jahre 1970, bei einer diesjährigen Kapazität von schätzungsweise 57,5 Mill. Tonnen. Folglich liegen 15,5 Mill. Tonnen Kapazitäten still und ein Teil der überschüssigen weniger kostengünstigen Kapazitäten mit ihren freierwerdenden Arbeitsplätzen wird „auf die Straße rationalisiert“.

Die Produktionsentwicklung in der Stahlindustrie ist unbestritten rückläufig, aber keinesfalls erschütternd, wie man es hinzustellen versucht. Das immer wieder angeführte Argument, daß über 20 Prozent ungenutzte Kapazitäten wirtschaftlicher Niedergang bedeuten, ist absurd. Moderne Anlagen sind heute noch rentabel bei einer nur 60- bis 65prozentigen Ausnutzung, nach amerikanischem und japanischem Vorbild.

Daß die westdeutsche Stahlindustrie aber im Gegensatz zu Belgien und anderen Ländern, die bereits ihre Stahlpreise um 10 bis 30 Prozent senkten, den Preis pro Tonne Stahl noch Anfang dieses Jahres um 30 DM erhöhte, wird verschwiegen. Mit Argusaugen überwacht man das überaus profitable Preisgefüge und legt lieber einige Tonnen der Kapazitäten still, als mit Preisnachlässen zu operieren.

In diesem Zusammenhang müssen Meldungen zurückgewiesen werden, wonach eine „Schwemme von Ostblockstahl“ mit Dumpingpreisen den westdeutschen Markt überflutet. Jeder Kenner des Handels mit den sozialistischen Ländern weiß, daß die Einfuhren und auch die Stahleinfuhren aus diesen Ländern einer strengen Kontingentierung unterworfen sind und den Weltmarktpreisen entsprechen. Sie werden aber unterboten von westlichen kapitalistischen Handelspartnern mit Praktiken, wie sie auch die Bundesrepublik im Ausland anwendet. Der Durchschnitt importierter japanischer Stähle liegt pro Tonne 100 bis 130 DM unter den bundesrepublikanischen Stahlpreisen.

Das „Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung“ schreibt im Konjunkturbericht 1971/3, Seite 42, u. a.: „Die Stahlindustrie hat sich ... auf einen Preis-Wettbewerb mit den ausländischen Anbietern noch nicht eingelassen; sie wählte vielmehr den Weg der Produktionsdrosselung und überließ einen Teil des Marktes dem Ausland.“ — Aus dem Raum Dinslaken wird berichtet, daß dortige Firmen der Weiterverarbeitung Mangel an Ausgangsmaterialien haben, während der Lieferant Aug. Thyssen-Hütte Kurzarbeit verfährt.

So sieht die wahre Situation aus. Die Stahlbosse diktieren die Preise sowie den Markt und nehmen damit entscheidenden Einfluß auf die Beschäftigungslage und die Lohnbewegung. Diese Fakten gilt es in den Vordergrund des Kampfes um höhere Löhne, um größere soziale Sicherheit zu stellen, um dem von den Unternehmern und der Regierung erzeugten Zweckpessimismus entgegenzutreten. Die von der

IG Metall erhobene Forderung nach Erhöhung der Löhne und Gehälter der Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie um 10 Prozent ist bescheiden und mehr als berechtigt. Sie muß und kann voll durchgesetzt werden.

Jugendmonat der IG Metall

Mit dem Monat Oktober, der von der IG Metall zum „Jugendmonat“ erklärt wurde, beginnt diese Gewerkschaft die Winterarbeit im Bereich der Interessenwahrnehmung der jugendlichen Arbeiter und Angestellten. Auf einer Pressekonferenz Mitte Oktober erklärte das für die Jugendarbeit zuständige Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall, Georg Benz, es gehe insbesondere darum, den jungen Arbeitnehmern und den Auszubildenden einen gerechteren Anteil am Sozialprodukt zu verschaffen. Gleichzeitig sollen auch die übrigen Forderungen der arbeitenden Jugend mit verstärktem Nachdruck vertreten werden.

Die IG Metall will bei den anstehenden Tarifeinsetzungen eine „angemessene Erhöhung“ der Ausbildungsvergütungen für Lehrlinge durchsetzen. In den Tarifbezirken Nordrhein-Westfalen und Bayern fordert die Gewerkschaft — ebenso wie für die Erwachsenen — ein 13. Monatseinkommen für Auszubildende. In den kommenden Wintermonaten soll die Aktivität der Gewerkschaft in den Betrieben und Verwaltungsstellen verstärkt werden.

Wahl des Generalsekretärs des IBFG verschoben

Die Wahl des neuen Generalsekretärs des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Vorgeschlagen für diese Funktion war der Leiter der Auslandsabteilung des DGB, Otto Kersten, dessen Wahl als Nachfolger des Holländers Buiter infolge entsprechender Vorentscheidung allgemein für gesichert galt.

Wie verlautet, haben aber die im IBFG vertretenen Gewerkschaften von Entwicklungsländern anstelle eines Europäers überraschend Devar Nair aus Singapur als ihren Kandidaten benannt. In einer Kampfabstimmung hätte Otto Kersten höchstwahrscheinlich die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen können. Das Exekutivkomitee des IBFG hat es aber vorgezogen, die Wahl zu verschieben, um die einzelnen Mitgliedsländer in dieser Angelegenheit noch einmal zu konsultieren.

Protest der Stahlarbeiter

Kampf um Sicherung der Arbeitsplätze in Hagen und Osnabrück — Gemeineigentum gefordert

Die große Demonstration der 5000 Hagener Stahlarbeiter am 4. Oktober 1971 gegen die Stilllegungspläne der Klöckner-Konzernspitze und des Südwestfalen-Vorstandes änderte nicht nur in Hagen die Situation. Die beiden Konzerne wurden durch das offensive und machtvolle Auftreten der Belegschaften in die Defensive gedrängt. Die sofort einsetzende Solidarität der IG Metall, der IG Chemie, des DGB Hagen sowie die Sympathie der Bevölkerung und die Unterstützung des Oberbürgermeisters, der Hagener Stadtverwaltung und der NRW-Landesregierung stärkte den Arbeitern den Rücken. Die bewußt hochgespielte Angst um den Arbeitsplatz war verfliegen und hatte einer Kampfstimmung Platz gemacht.

Die Bosse sahen sich plötzlich mit einer entschlossenen und einheitlich handelnden Arbeiterklasse konfrontiert, die zudem noch die öffentliche Meinung auf ihrer Seite hatte. Eine für sie in der Bundesrepublik ungewöhnliche Situation. Der Streik und die Demonstrationen der Hagener Stahlarbeiter begannen am 4. Oktober im Morgengrauen. Vor den Verwaltungsgebäuden der Hasper-Hütte und der Südwestfalen AG fanden Kundgebungen statt, auf denen die Konzernpolitik hart angegriffen und der Erhalt der Arbeitsplätze verlangt wurde. Den Höhepunkt stellte jedoch die gemeinsame Demonstration zum Hagener Rathaus dar — die größte übrigens seit 20 Jahren —, auf der die Stahlarbeiter von Eckesey und der Hasper-Hütte immer wieder in Sprechchören riefen: „Haut den Bossen auf die Flossen, sonst wird unser Werk geschlossen.“

Auf den mitgeführten Transparenten übten sie öffentliche Kritik an den unfähigen Konzernleitungen, forderten ihre Ablösung und die Überführung der Betriebe in Gemeineigentum. Folgende Aussprüche spiegelten die Empörung der Stahlarbeiter wider, die seit Jahren von Klöckner und der Südwestfalen AG trotz aller bohrender Fragen nach der Zukunft der Werke vertröstet und verschaukelt werden. Hugo Böhner, Betriebsratsvorsitzender der Hasper-Hütte: „Endlich zeigen wir den Direktoren einmal, welche Macht wir in Wirklichkeit sind.“

Erwin Ebeling, Betriebsratsvorsitzender des Stahlwerkes Eckesey: „Wir lassen uns weder vertrösten noch verschaukeln. Über Stilllegungen verhandeln wir nicht. Wir fordern den Erhalt unserer Arbeitsplätze oder eine Ersatzproduktion. Wenn der Vorstand dazu unfähig sein sollte, dann müssen die Stahlwerke Südwestfalen in Gemeineigentum überführt werden. Von der Landesregierung fordern wir die Gleichsetzung mit den Bergarbeitern und finanzielle Hilfe für die Stahlindustrie.“

Waldemar Ziemann, IG-Metall-Bezirksvorsitzender Hagen: Die Unfähigkeit

der Konzernleitungen dürfe nicht auf die Stahlarbeiter abgewälzt werden.

Hagens Oberbürgermeister Loskand: „Hagen darf keine sterbende Stadt werden. Es gibt in Hagen keine vergleichbaren Arbeitsplätze für die gefährdeten 4500 Arbeitsplätze. Ihre Stilllegung würde zur Massenarbeitslosigkeit führen. Wir verlangen endlich Klarheit von den Vorständen.“

Und NRW-Ministerpräsident Kühn stellte in einer Verhandlung mit den beiden Konzernleitungen fest, daß sie während der Hochkonjunktur erhebliche Gewinne realisiert, aber kaum etwas in Haspe oder Eckesey investiert hätten.

Wenige Tage nach dieser großen Demonstration verabschiedete die Vertreterversammlung der IG Metall Hagen im Namen von 25 000 organisierten Metallarbeitern einstimmig eine Entschließung, in der die Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum gefordert wurde, weil die Stahlunternehmer dem Verfassungsauftrag — Eigentum verpflichtet — nicht entsprochen hätten und sowohl das DGB-Grundsatzprogramm als auch die Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen diese Überführung in Gemeineigentum zwingend vorschreiben. Die DGB-Kreisdelegiertenkonferenz (45 000 Mitglieder) forderte ebenfalls die Überführung in Gemeineigentum.

Massive Kritik wurde auf beiden Konferenzen an der völlig unzulänglichen Mitbestimmung geübt und der DGB-Bundesvorstand aufgefordert, einen Sternmarsch nach Bonn zu organisieren, um im neuen Betriebsverfassungsgesetz eine echte Mitbestimmung der Betriebsräte und Gewerkschaften durchzusetzen. Die Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsrat und Vorstand wurden sehr deutlich darauf hingewiesen, daß sie ausschließlich die Interessen der Arbeitnehmer und nicht die der Kapitalisten zu wahren hätten. Wenn sie gegen dieses Prinzip verstoßen sollten, müßten sie sofort von der Gewerkschaft abberufen werden.

Bei Klöckner hat sich inzwischen die Situation weiter verschärft. Während

in Haspe über 500 Stahlarbeiter kurzarbeiten müssen, sind es in der Georgsmarienhütte bei Osnabrück bereits 1540. Außerdem wurden dort schon 98 Kollegen entlassen. Ab 1. Januar 1972 sollen in der Georgsmarienhütte drei Abteilungen stillgelegt und 450 Hüttenarbeiter entlassen werden, und außerdem ist die Stilllegung der gesamten Hochofenanlage mit über 1000 Beschäftigten beabsichtigt. Das würde der Georgsmarienhütte den Todesstoß versetzen.

Als diese Hiobsbotschaften bekannt wurden, begannen auch die 5300 Hüttenarbeiter der Georgsmarienhütte den Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze nach dem Hagener Vorbild. Zum ersten Male seit fast 50 Jahren streikten sie und demonstrierten mit schwarzen Fahnen und bitteren Anklagen vom Betrieb durch die kleine Stadt Georgsmarienhütte zum Verwaltungshochhaus.

Bei dem Stahlwerk Eckesey sieht die Situation etwas günstiger aus. Einer Forderung des Betriebsrates nach Einsatz einer konzernunabhängigen Expertenkommission, die die Wirtschaftlichkeit einer Ersatzproduktion prüfen soll, wurde stattgegeben. Nach dieser Untersuchung will der Vorstand im Februar 1972 endgültige Entscheidungen fällen.

Für alle 700 Arbeiter des Stahlwerkes Eckesey wurde jedoch ab 1. November Kurzarbeit angeordnet; 48 Entlassungen wurden ausgesprochen. Gleichzeitig wurde ein Sozialplan angeboten. Jeder kann ohne Frist kündigen. Für alle länger Beschäftigten werden Entschädigungen gezahlt. Die über 59-jährigen können sofort Frührentner werden, und zwar ohne finanzielle Einbußen, die von der Firma getragen werden. Alle Werkswohnungsinhaber können in andere Betriebe wechseln, ohne daß ihnen die Wohnung gekündigt oder die Miete erhöht wird. Wer sich nach Geisweid oder Siegen meldet, bekommt den Umzug bezahlt und die neuen Gardinen.

Auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung am 31. Oktober erklärte Erwin Ebeling, der Mitglied des Parteivorstandes der DKP ist: „Der beste Sozialplan ist nur eine vergoldete Stilllegung. Wir werden diese Vorschläge prüfen, aber vorrangig ist für uns der Erhalt der Arbeitsplätze.“

Der Kampf um die 4500 Arbeitsplätze in Hagen und der 5300 in Georgsmarienhütte ist noch nicht entschieden. Vom Ausmaß der Solidarität wird es abhängen, wie das Ergebnis aussieht. Die Vertrauensleute des Volkswagenwerkes in Wolfsburg kündigten an, mit 1000 Fahrzeugen eine Solidaritätssternfahrt nach Geisweid und Hagen zu unternehmen. Wenn dieses Beispiel Schule macht, dann gehen die Vorstände der Südwestfalen AG und des Klöckner-Konzerns schweren Zeiten entgegen. Wolfgang Schröder

Konzertierte Aktion abgelehnt

Vom 9. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier Für Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau

Der 9. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier vom 24. bis 30. Oktober 1971 in Nürnberg vertrat eine in wesentlichen Grundfragen von Unternehmern, Parteien und Regierungen unabhängige Gewerkschaftspolitik. Die übergroße Mehrheit der 254 Delegierten lehnte im Namen von rund 150 000 Mitgliedern die konzertierte Aktion in der bisherigen Form ab, setzte sich kritisch mit der Schillerschen Wirtschaftspolitik auseinander, forderte unter anderem die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau, verlangte das Verbot der NPD und wandte sich gegen die extremen Kräfte in der CDU/CSU. Im Gegensatz zum Gewerkschaftstag der IG Metall (vgl. NACHRICHTEN 10/71) blieben auf diesem Gewerkschaftstag die auf Integration drängenden Delegierten in der Minderheit und konnten sich nicht durchsetzen.

Bereits in seiner Eröffnungsrede hat der wiedergewählte Vorsitzende Leonhard Mahlein deutlich gemacht, daß der politische Hauptgegner der Gewerkschaften in der CDU/CSU zu finden ist. Wörtlich sagte er: „In diesen Parteien dominieren auch weiterhin die extremen Kräfte, die im Inneren auf einen konservativen und nach außen auf einen aggressiv-expansionistischen Kurs drängen und mit der demagogischen Art eines Herrn Barzel oder Strauß auf die Regierungspolitik Einfluß zu nehmen versuchen.“

Während Mahlein die Ostpolitik von Bundeskanzler Brandt — er sprach zu den Delegierten — unterstützte, setzte er sich zugleich kritisch mit der Innenpolitik der Bundesregierung auseinander: „Die von Professor Schiller bisher geübte Praxis (läßt) kaum die Illusion zu, als würde dieser den gewerkschaftlichen Vorstellungen näher kommen.“ Im einzelnen richtete sich die Kritik gegen die autoritären Formen der konzertierten Aktion, den unzureichenden Regierungsentwurf für ein neues BetrVG und die nicht vorhandene Kontrolle der Pressekonzentration.

Zur konzertierten Aktion sagte Mahlein in seinem Geschäftsbericht, daß sie „autoritär“ sei und die „parteiliche Unabhängigkeit der Gewerkschaften“ bedrohe. Wörtlich fuhr er fort: „Ich nenne die konzertierte Aktion deshalb autoritär, weil hier von der Bundesregierung konkrete Tariflohn- oder Effektivlohn-Erhöhungssätze vorgegeben werden, bei deren Festlegung weder das Parlament noch die sozialen Gruppen mitbestimmen können, die aber doch einen entscheidenden Einfluß auf die Öffentlichkeit, wie auch auf die Tarifverhandlungen selbst ausüben.“

Entsprechend dieser Aussage hat der Gewerkschaftstag in einem Initiativantrag die konzertierte Aktion in der bisherigen Form abgelehnt und dafür die überbetriebliche Mitbestimmung durch Wirtschafts- und Sozialräte auf allen politischen Ebenen nach den Vorstellungen des DGB verlangt. An dieser Entscheidung vermochte auch

der Bremer Delegierte und SPD-Bundestagsabgeordnete Claus Grobcker — er bemühte sich, die konzertierte Aktion zu verteidigen — nichts zu verändern.

In einer weiteren Entschließung hat der Gewerkschaftstag den DGB-Bundesvorstand aufgefordert, „bei Bundesregierung und Bundestag schärfsten Protest gegen Preissteigerungen jeder Art einzulegen“. Dabei wurde die Zweckbehauptung zurückgewiesen, Löhne und Gehälter verursachen eine Inflationsgefahr. „Zwei Inflationen in Deutschland beweisen, daß Krieg, Kriegsfolgen und Rüstung die Währung ruinierten. Darum wäre auch heute eine Senkung der Ausgaben für militärische Zwecke ein wesentlicher Beitrag, um der Inflation entgegenzuwirken.“ Eine „weitere Inflationsgefahr geht von der Gewinnexplosion aus... Wer die Preise stoppen will, muß die Gewinne stoppen“, heißt es in der einstimmig angenommenen Entschließung.

Einmütig sprachen sich die Delegierten für die aktive Lohn- und Gehaltspolitik unter breiter Einbeziehung der Mitgliedschaft aus, sie forderten unter anderem einen garantierten Jahresarbeitslohn, ein tariflich vereinbartes 13. Monatseinkommen und sechs Wochen Jahresurlaub. Der Gewerkschaftstag solidarisierte sich beschlußmäßig mit dem gegenwärtigen Lohnkampf der IG Metall undrief



Berichtigung

In dem Artikel „Bruch mit einem Tabu“ im Oktober-Heft, Seite 9, hat sich in der ersten Spalte, erster Absatz, beim Ausführen von Korrekturen ein Fehler eingeschlichen. Richtig muß es heißen: ... Sie sind gleichberechtigte Gewerkschaftsmitglieder, und es gibt aus gewerkschaftlicher Sicht keinen Grund, sie als Mitglieder mindernden Rechts zu behandeln.“

dazu auf, an den gestellten Forderungen festzuhalten. Der DGB-Vorsitzende, Heinz Oskar Vetter, der in Nürnberg zur Begrüßung sprach, hat ebenfalls das provokative 4,5-Prozent-Angebot scharf zurückgewiesen.

Nach einer mehrjährigen Diskussion in der Mitgliedschaft verabschiedete der Gewerkschaftstag den Entwurf eines neuen Lohntarifvertrages für die Druckindustrie mit 151 gegen 87 Stimmen. Dieser Lohntarifvertrag sieht die Einführung eines differenzierten Lohnes vor und ist zugleich mit unverzichtbaren Forderungen, wie z. B. Mitbestimmung des Betriebsrats bei Ein- und Umgruppierungen, gekoppelt. Allerdings soll der neue Tarifvertrag 1972 noch nicht Gegenstand der Verhandlungen mit den Unternehmern sein. Wegen der besonderen Problematik werden NACHRICHTEN in einer der nächsten Ausgaben noch ausführlich über den neuen Tarifvertragsentwurf berichten.

Sowohl bei den Geschäftsberichten als auch den angenommenen Entschlüssen spielten der Regierungsentwurf für ein neues BetrVG und die Pressekonzentration eine beachtliche Rolle. In einem Initiativantrag stellten die Delegierten fest, daß die Regierungsvorlage auch in ihrer jetzigen Form nicht den gewerkschaftlichen Forderungen entspricht (siehe nebenstehenden Auszug des Beschlusses).

Vor allem kritisierten die Delegierten, daß durch die Beibehaltung des Tendenzschutzes viele Arbeiter und Angestellte des graphischen Gewerbes von den wenigen Rechten grundsätzlich ausgeklammert und zu „Arbeitnehmern zweiter Klasse degradiert“ werden sollen. Ebenso empört war der Gewerkschaftstag, daß beim Entwurf des Presserahmengesetzes nicht den Vorstellungen der Gewerkschaften nach Fusionskontrolle gefolgt worden sei.

Mahlein erklärte: „Es kann doch nicht der Wille der führenden Regierungspartei sein, daß der politische Verleumdungs- und Verdummungsprozeß durch die ‚Bild-Zeitung und ähnliche Druckerzeugnisse noch fortgesetzt und beschleunigt und durch weitere Konzentrationsvorgänge die Pressefreiheit weiter eingeschränkt wird.“ Es wurde der Beschluß gefaßt, „notfalls unter vollem Einsatz gewerkschaftlicher Kampfmittel... den publizistischen Alleinherrschaftsanspruch der Verleger zurückzudrängen“.

Der Gewerkschaftstag forderte die Bundesregierung auf, „den neonazistischen Kräften entschieden entgegenzutreten, die ‚Aktion Widerstand‘ zu verbieten, die NPD aufzulösen und alle öffentlichen Mittel für nationalistische und revanchistische Organisationen, einschließlich von Vertriebenenverbänden... zu streichen“. Zugleich beschlossen die Delegierten, gegen die Neonazis „öffentliche Aktionen mit anderen demokratischen In-

stitutionen einzuleiten". Den Mordanschlag rechtsradikaler Kreise auf den DGB-Sekretär Orłowski aus Erlangen nahm Mahlein zum Anlaß, erneut von Regierung und Gesetzgebung zu verlangen, „den Verbrechern von der sogenannten Aktion Widerstand das Handwerk zu legen“.

Mit der EntschlieÙung zur allgemeinen Politik entwickelte der Gewerkschaftstag ein ganzes Programm zur Friedenssicherung (siehe nebenstehenden Wortlaut). Neben der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau und der Forderung nach einer europäischen Sicherheitskonferenz verlangten die Delegierten eine Senkung der Rüstungsausgaben und die Anerkennung der DDR.

In der Diskussion kritisierte der Delegierte Ludwig Hankhofer die geplante Erhöhung der Rüstungsausgaben um fast drei Milliarden DM. Das passe zur Friedenspolitik wie die Faust aufs Auge. „Rüstung war und ist das Geschäft der Großkonzerne“. Statt der von Verteidigungsminister Schmidt gepriesenen 10 000 neuen Unteroffiziere wären 10 000 Lehrer dringender gewesen.

Um einen eigenen gewerkschaftlichen Friedensbeitrag zu leisten, trat der Gewerkschaftstag für eine europäische Gewerkschaftskonferenz des IBFG und WGB ein, die sich mit Fragen der internationalen Gewerkschaftsbewegung und Maßnahmen der Friedenssicherung beschäftigen soll. Den multinationalen Konzernen wurde der Kampf angesagt und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit allen Gewerkschaften betont. Mahlein kritisierte die EWG als ein Europa der Technokraten, der Industrie und der Militärs. So wie die Konzerne eine europaweite Strategie entwickeln, so notwendig sei auch die Zusammenarbeit der Gewerkschaften.

Der Gewerkschaftstag protestierte gegen den Krieg in Indochina und verurteilte die Haltung des Bonner Innenministeriums, das eine Einreise südvietnamesischer Gewerkschafter verboten hatte. Die Gewerkschafter aus Südvietnam wollten in der Bundesrepublik an Hearings über die US-Aggression in Indochina teilnehmen.

Die IG Druck und Papier ist mit der beschlossenen gewerkschaftspolitischen Linie, die wesentlichen Klasseninteressen der Arbeiter und Angestellten entspricht, gestärkt aus ihrem Gewerkschaftstag hervorgegangen. Das zeigte sich auch bei den Wahlen des Hauptvorstandes. Der wiedergewählte Vorsitzende Mahlein konnte 241 von 253 Stimmen auf sich vereinigen, während er beim 8. Gewerkschaftstag 1968 in Koblenz erst im 6. Wahlgang eine knappe Mehrheit erhielt.

Wiedergewählt wurden auch der zweite Vorsitzende Herbert Schwiedel (211 Stimmen), der Sekretär Heinz Müller (231), der Redakteur Eugen Stotz (185)

Aus den Beschlüssen

Für Moskauer und Warschauer Verträge

Die Delegierten des 9. ordentlichen Gewerkschaftstages begrüßen die Verträge, die die Regierung der BRD mit der UdSSR über Gewaltverzicht und Zusammenarbeit sowie mit der VR Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen abgeschlossen hat. Beide Verträge sind wichtige Schritte auf dem Weg einer friedlichen Koexistenz mit den sozialistischen Staaten. Sie haben in der ganzen Welt Zustimmung gefunden. Wir fordern die Vorstände der Einzelgewerkschaften sowie den DGB-Bundesvorstand auf, sich bei den Abgeordneten des Deutschen Bundestages für eine baldige Ratifizierung beider Verträge einzusetzen sowie in diesem Zusammenhang für eine Null- und Nichtigkeitserklärung des Münchener Abkommens von 1938 einzutreten.

Wir erwarten von der Regierung die Unterstützung der Forderung nach einer europäischen Sicherheitskonferenz, durch die Spannungen abgebaut würden und sich Aussichten für eine Senkung der unerträglich hohen Rüstungskosten eröffnen.

Wir fordern weiterhin dazu auf, die zukunftsichere Politik des Gewaltverzichts und der Zusammenarbeit mit den Nationen Osteuropas zu unterstützen, weitere Gewaltverzichtverträge abzuschließen und zugleich Front zu machen gegen die verständigungsfeindliche Politik der CDU/CSU, die gemeinsam mit rechtsextremen

Gruppen die Politik einer guten Nachbarschaft mit den Völkern Osteuropas hintertreiben will.

Zu einer konsequenten Friedenspolitik gehört aber auch die Verbesserung des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten, die eine Anerkennung der DDR einschließt.

Kundgebung gegen Betriebsverfassungsgesetz

Der 9. ordentliche Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Druck und Papier vom 24. bis 30. Oktober in Nürnberg wendet sich mit aller Schärfe gegen den erpresserischen Druck der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Landesvereinigung der industriellen Arbeitgeberverbände NRW e.V. auf den Bundestag bei der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes...

Es ist zweifellos eine Verläschung der Wirklichkeit, wenn von Unternehmern behauptet wird, daß die gegenwärtige Regierungsvorlage die soziale Marktwirtschaft bedrohe und einem Machtanspruch der Gewerkschaften entgegenkomme. Tatsache ist vielmehr, daß die Gesetzesvorlage auch in ihrer letzten Form nach den Koalitionsvereinbarungen nicht den gewerkschaftlichen Forderungen entspricht. An den Deutschen Gewerkschaftsbund geht der Appell, in einer Großkundgebung in Bonn alle Gewerkschaften im DGB zu vereinen.

und der Jugend- und Bildungssekretär Eberhard Kremer (222). Anstelle des ausgeschiedenen Kassierers Jupp Kürten wurde Werner Schüssler (198) und für die bisherige Bundesfrauensekretärin Krause-Scheufler kam Giesela Keßler (233) in den Vorstand.

Alles in allem war der Gewerkschaftstag ein Erfolg für die Entwicklung einer progressiven Gewerkschaftspolitik auf der Basis des DGB-Grundsatzprogramms und für die Stärkung der Gewerkschaften als Kampforganisation der Arbeiterklasse. Zu begrüßen ist auch, daß der Vorsitzende des Schriftsteller-Verbandes, Dieter Lattmann, in Nürnberg Gelegenheit hatte, seine Vorstellungen über einen eventuellen Zusammenschluß des Schriftstellerverbandes mit der IG Druck und Papier vorzutragen. Diese Initiative fand eine starke Zustimmung bei den Delegierten.

Es ist hervorzuheben, daß der Antikommunismus auf dem Kongreß zurückgedrängt werden konnte. Das zeigte sich nicht nur in der Verlesung der Grußadresse des Parteivorstandes der DKP, sondern viel stärker im gemeinsamen Auftreten von sozialdemokratischen und kommunistischen Delegierten für die Belange der Arbeiterklasse. Es bleibt zu hoffen, daß die beschlossene Politik der IG Druck und Papier auch auf andere Gewerkschaften ausstrahlt und positive Impulse für den nächsten DGB-Kongreß im Juni 1972 vermittelt.

Vor den Mitgliedern der IG Druck und Papier steht jetzt die Aufgabe, die zahlreichen Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Als Konferenzort für den nächsten Gewerkschaftstag im Jahre 1974 wurde Hamburg festgelegt.

Werner Petschick

Unkritisch zur Ruhrkohle AG

Außerordentlicher IGBE-Kongreß ließ Fragen offen Sozialpartnerschaftliche Illusionen fehl am Platze

Am 30. September und 1. Oktober fand in Oberhausen ein außerordentlicher Kongreß der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie statt. Die Delegierten beschlossen Satzungsänderungen und führten Nachwahlen durch. Eine ausreicheude und gerade gegenwärtig notwendige Beratung über Probleme der Ruhrkohle AG (RAG) und des letzten Tarifabschlusses im Steinkohlenbergbau konnte nicht erfolgen, weil die vom Hauptvorstand aufgestellte Tagesordnung nicht erweitert wurde. Der gewerkschaftlichen Aufgabenstellung konnte der Kongreß demgemäß nur unzureichend nachkommen. Die Delegierten wurden auf den nächsten ordentlichen IGBE-Kongreß im November 1972 vertröstet.

Die Neuwahlen zum geschäftsführenden Vorstand brachten folgendes Resultat: Nach dem Ausscheiden von Karl van Berk (2. Vorsitzender) rückte Hans Alker (Bezirksleiter Ruhr-Mitte) in den Vorstand nach. Helmut Gelhorn wurde neuer 2. Vorsitzender.

IGBE-Vorsitzender Adolf Schmidt nahm während seiner einleitenden Begrüßungsworte angesichts wachsender Halden und weiteren Zechensterbens im Rahmen des „Gesamtanpassungsplans“ zur Situation der Ruhrkohle AG Stellung. Die etwa 70 Prozent Mitglieder aus diesem Bereich hätten ein Recht darauf, daß der Vorsitzende etwas sage. Ein Recht zur ausführlichen Diskussion wurde leider nicht zugestanden.

Insgesamt fünfmal warnte der IGBE-Vorsitzende während seiner Rede vor Illusionen, daß der Kohlenbergbau ohne staatliche Hilfe auskommen könne. Das gelte auch für die Zeit nach Durchführung des „Gesamtanpassungsplans“. Dieser Plan, betonte Schmidt, solle verhindern, daß über Nacht Stilllegungen präsentiert werden. Auch die Bergbaubeschäftigten sollten frühzeitig erfahren „was in welcher Größenordnung wann, wo geschieht“.

Die IGBE sage ja zur Rationalisierung. JA sage man auch zu dem von der RAG verabschiedeten Gesamtanpassungsplan. Diese und andere bei klarschwebenden Bergarbeitern nur Kopfschütteln hervorrufenden Äußerungen gipfelten in der illusionären Forderung: „Der Anpassungsprozeß im Steinkohlenbergbau muß von allen Gruppen gemeinsam getragen werden, vom Lehrling bis hinauf zum Manager.“

Durch Ablehnung von Antrag Nr. 1, der Stellungnahme und Diskussion zum letzten Tarifabschluß forderte, erfolgte gleich zu Beginn der Beratungen eine Entschärfung. Eine umstrittene Handhabung der Geschäftsordnung und zweimaliges Abstimmen waren der Entscheidung vorausgegangen. Der kritische Kern der Delegierten war zahlenmäßig nicht stark genug. Die Diskussthematiken waren eingengt, wichtige Fragen ausgeklammert. Das wirkte sich auch auf die Stimmung

aus. So konnte geschehen, daß nach Eröffnung der Diskussion zunächst Wortmeldungen ausblieben und eine nicht eingeplante „Denkpause“ erfolgte.

Im weiteren Verlauf lehnten die Delegierten die vom Hauptvorstand vorgelegte neue Beitragstabelle (Antrag 17) sowie alle weiteren Anträge zur Beitragsänderung zunächst einmal ab. Die Antragsberatungskommission wurde von den Delegierten beauftragt, für den folgenden und letzten Beratungstag eine Kompromißformel vorzubereiten. Im Interesse von Erhaltung und Stärkung der IGBE als Kampforganisation wurde dann von den Delegierten fast einstimmig eine neue Beitragstabelle angenommen.

Befremdend und widersprüchlich war die Erledigung von Antrag 75, der statt bisheriger Benennung die Wahl von Vertrauensmännern in den Betrieben forderte. Die Antragsberatungskommission hatte Annahme empfohlen — es erfolgte Ablehnung. Karl-Heinz Kross (Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der RAG-Gesamtbetriebsräte) machte sich zum Sprecher gegen den Antrag. Die IGBE ist damit dem Trend anderer Gewerkschaften innerhalb des DGB nicht gefolgt. Die Diskussion um die demokratische Wahl von Vertrauensmännern kann darum nur als aufgeschoben betrachtet werden. Die innergewerkschaftliche Erörterung der Zusammenarbeit von Betriebsräten und Vertrauensmännern ist noch nicht ausgetandelt.

Trotz des geschilderten Kongreßverlaufs machten Delegierte kritisch auf anstehende wichtige Fragen aufmerksam. An die Adresse des Vorstandes wurde die Forderung gerichtet, die Grenzpfähle zwischen IGBE und Ruhrkohle AG deutlicher zu markieren. Angesichts der Tatsache, daß die Allgemeinheit weiterhin zur RAG-Sanierung beitragen soll, wurde die Verwirklichung der weiterhin gültigen Satzungsforderung verlangt, den Bergbau und die Energiewirtschaft in Gemeineigentum zu überführen. Von der Mitgliedschaft könne nur dann Verständnis für Beitragserhöhungen erwartet werden, wenn sich die IGBE nicht in sozialpartnerschaftliche Ver-

strickungen begeben und ihren Charakter als Kampforganisation beibehalten.

In seinem Schlußwort konnte sich Adolf Schmidt zwar nicht vom partnerschaftlichen Denken lösen, mußte aber einräumen, daß die Unternehmer von der Gewerkschaft als Gegner oder Feinde betrachtet werden — „wenn sie es wollen“. Die IGBE werde ihren „Charakter nicht nur als Interessenvertretung der Arbeitnehmer, sondern auch als Kampforganisation in keiner Form verändern“.

Das sind Worte, deren Prüfstein nur die gewerkschaftliche Praxis sein kann. Gegenwärtig haben die Zechenbosse in den Betrieben wieder einmal die „harte Welle“ anlaufen lassen. Durch Abänderungsankündigungen und damit verbundenem Lohnverlust, Maßnahmen gegen Fehlschichten bis zur Entlassung, der Möglichkeit von Feierschichten noch in diesem Jahr, und anderen Unternehmerpraktiken werden sozialpartnerschaftliche Illusionen wie Seifenblasen zerplatzen.

Das war schon bei den ersten Zechenstillungen so. Auch heute, wo um des Profits willen das Zechensterben fortgesetzt wird, sind für Kumpel und Angestellte die Probleme noch nicht so gelöst, wie man im Lande immer wieder versichert. Die Bergarbeiter und ihre Organisation sind gut beraten, wenn sie auf die eigene Kraft setzen. Illusionen sind völlig fehl am Platze. Manfred Sokolof

Ruhrkohle AG: Steuerfelder für Zechenherren

Die im Landesetat von Nordrhein-Westfalen für 1972 vorgesehenen Bürgerschaftsmittel für die Ruhrkohle AG sollen um eine Milliarde DM erhöht werden. Außerdem will das Land NRW den Zechenbesitzern für 1970 aufgelaufene Wasserwirtschaftskosten in Höhe von 200 Millionen DM erlassen. Für das zweite Halbjahr 1971 ist die Zahlung einer sogenannten Koks-hilfe in Höhe von 4 DM je Tonne vorgesehen. Bis 1975 will Nordrhein-Westfalen auch die Investitionshilfe für den Steinkohlenbergbau in Höhe von jährlich rund 160 Millionen DM fortsetzen. Für die Kohleverstromung sollen in der Zeit von 1974 bis 1988 Steuermittel in Höhe von 2,25 Milliarden DM bereitgestellt werden.

Immer deutlicher wird die Berechtigung der Forderung, den Ruhrkohlenbergbau in Gemeineigentum zu überführen, da er nur noch mit Steuer-geldern betrieben werden kann. Dennoch sind es die großen Stahl- und Ölkonzerne, die hauptsächlich als Aktionäre der Ruhrkohle AG die Verfügungsgewalt ausüben und damit den finanziellen Nutzen haben.

Neues Selbstverständnis?

Postgewerkschaft bestimmt gesellschaftlichen Standort Vom 10. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft

Es kann durchaus mehr sein als ein Generationswechsel, daß auf dem 10. ordentlichen Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft Anfang Oktober in Wiesbaden der 47jährige Ernst Breit, bisher Vorsitzender des Hauptpersonalrates beim Bundespostministerium, den aus Altersgründen ausgeschiedenen Carl Stenger als Vorsitzenden der 365 000-Mann-Organisation ablöste. Unmittelbar nach seiner Wahl (315 von 364 Stimmen) wies Breit auf die gesellschaftsverändernde Aufgabe der Gewerkschaften hin und betonte: „Wir werden diesem Teil unserer Arbeit in Zukunft mehr Bedeutung beimessen müssen.“

Es sei kein Zufall, Bekräftigte der neue Mann an der Spitze, daß die DPG eine „Kommission Selbstverständnis“ gebildet und das Arbeitsergebnis dieser Kommission den Mitgliedern zur Diskussion zugeleitet habe. Zwar spielte das angesprochene Arbeitspapier auf dem Kongreß selbst noch keine überragende Rolle, aber seine in anderthalbjähriger Arbeit zusammengetragenen brisanten Erkenntnisse können durchaus mehr als nur Denkanstöße für ein neues gewerkschaftliches Selbstverständnis auslösen. Immerhin wurde es ausdrücklich vom DPG-Organ „Gewerkschaftliche Praxis“ (Nr. 6/7-71) mit dem Vermerk veröffentlicht, auch „interessierten Kolleginnen und Kollegen aus anderen Gewerkschaften die Diskussion ohne ‚Sprachregelung von oben‘ zu ermöglichen“.

Der Kommissionsbericht geht davon aus, „Alternativen, auch radikale Alternativen, zur gesellschaftlichen Situation anzubieten, sie der Öffentlichkeit und insbesondere den Arbeitnehmern bewußt zu machen“. Da unsere Gesellschaftsordnung auf dem Recht des Stärkeren basiere, sollten sich die Gewerkschaften „als eine zum Kapitalismus kritisch eingestellte Bewegung verstehen und versuchen, die durch den Kapitalismus im Zwielficht entstehenden Machtgruppierungen sichtbar zu machen und ihren Einfluß einzuschränken oder zu beseitigen“. Die Gewerkschaften müßten „gesamtgewerkschaftlich als Motor für eine fortschrittliche gesellschaftspolitische Reform wirken und auf dieses Ziel hin die Arbeitnehmer solidarisieren“.

Mit der Bewußtseinsbildung müsse im Betrieb angefangen werden. „Dort ist der Ort, wo der Interessengegensatz entsteht, wo man ihn sichtbar und bewußtmachen kann, und von wo aus man ihn überleiten muß in größere gesellschaftliche Zusammenhänge.“ Dabei sollten die Gewerkschaften „mehr als bisher bereit sein, sich des gewerkschaftlichen Kampfes zu bedienen; ihren Stolz auf die relativ geringe Zahl an Streiktagen im Vergleich zu anderen Ländern... müssen sie aufgeben“. Im übrigen sollten sich „die Gewerkschaften als Gegenmacht verstehen, und sich gegen alle Gefahren und Versuche der Institu-

tionalisierung als Gewerkschaftsbürokratie zur Wehr setzen“.

Zum „Katalog notwendiger Reformen“ zählt der Bericht „insbesondere die öffentliche Kontrolle der wichtigsten Entscheidungszentren der Wirtschaft“. Dabei sei nicht auszuschließen „zum Zwecke der Kontrolle die Überführung von Schlüsselindustrien sowie des Geld- und Kreditwesens und der Versicherungen in gesellschaftliches Eigentum... Die Entscheidung über die In-

Besser informiert durch NACHRICHTEN

vestitionen und Gewinnraten dar... nicht denen überlassen werden, die ihre Legitimation lediglich vom Eigentum her beziehen“. Außerdem gehe es darum, „die von der wirtschaftlichen Macht ausgehende politische Macht samt ihren entscheidenden Einflüssen zu brechen...“

Zur Stärkung ihrer Position wird die „Beteiligung der Gewerkschaften an allen Beratungen und Entscheidungen der Betriebs- bzw. Personalräte“ verlangt sowie die „Entbindung der Betriebs- bzw. Personalratsmitglieder von der Schweigepflicht gegenüber den Arbeitnehmern, gegenüber der Betriebs- bzw. der Personalversammlung und gegenüber den Gewerkschaften; Aufhebung des Gebots der Friedenspflicht im Betrieb; Möglichkeit des Mißtrauensvotums gegenüber Betriebs- bzw. Personalräten mit Folgewirkung durch die Betriebs- bzw. Personalversammlung; Rechenschaftslegung und öffentliche Kontrolle der Mitbestimmungsträger und u. a. Schaffung von Einrichtungen der überbetrieblichen Mitbestimmung zur Sicherung der Teilnahme der Gewerkschaften an staatlichen Planungsprozessen“.

Die angestrebte Demokratisierung schließt ausdrücklich die Gewerkschaftsorganisationen mit ein. Ernst Breit zum Abschluß des DPG-Kongresses: „Wer mehr demokratische Kontrollen will, muß auch mehr Information der Mitglieder wollen; wer mehr Information anbietet, versetzt die Mitglieder damit in die Lage, auf demokratische Weise zu kontrollieren.“

Einen nicht geringen Informationsstand setzte bei den Delegierten die Behandlung der 798 Anträge und Entschlüsse sowie von weiteren zwei Dutzend Initiativ-Anträgen und Entschlüssen voraus. Im Mittelpunkt der berufspolitischen Fragen stand die Forderung nach einem einheitlichen Dienstrecht bei der Post, die Einführung der Fünf-Tage-Woche und die Bekräftigung der Forderung, bei der vorgesehenen neuen Unternehmensverfassung der Post im Aufsichtsrat paritätisch vertreten zu sein.

Obwohl der DGB-Vorsitzende Vetter in seiner Begrüßung ausdrücklich erklärt hatte, daß bei nur einem Mann unter der Parität von Mitbestimmung nicht gesprochen werden könne, ließen die Reden von Minister Leber (SPD), Mischnik (FDP) und Stücklen (CSU) erkennen, daß sich die Bundestagsparteien in einer Regelung unterhalb der Parität einig sind. Im Gegensatz zum stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Professor Schäfer, der vor dem Kongreß den Beamten das Recht auf den Arbeitskampf absprach, forderten die Delegierten mit großer Mehrheit das Streikrecht auch für Beamte.

In einer Initiativentschließung erklärte der Kongreß, daß der Regierungsentwurf eines neuen Betriebsverfassungsgesetzes „kein Vorbild für eine Novellierung des Personalvertretungsgesetzes sein“ könne, denn „eine wirksame Interessenvertretung der Arbeitnehmer ist mit dem Gesetzentwurf nicht möglich, zumal die notwendige Unterstützung durch die Gewerkschaften in dem Gesetz nicht ausreichend verankert ist“.

Mit großer Mehrheit drückten die Delegierten ihre Erwartung aus auf „einen baldigen Abschluß der Verhandlungen mit der DDR und eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung; eine Ratifizierung des Moskauer und Warschauer Vertrages durch den Bundestag; Initiativen zur Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz und weitere Spannungsbemühungen und Verhandlungen mit den übrigen Oststaaten“. Ferner wurde beschlossen, „daß in Zukunft entschieden mehr Kontakte zu gewerkschaftlichen Organisationen unserer östlichen Nachbarländer hergestellt“ und „die Gewerkschaftsorganisationen der DDR in diese Maßnahmen eingeschlossen werden“ sollen.

Erich Rupp

Angestellte solidarisch

Der DGB will seine Angestelltenarbeit verstärken 7. Angestelltentag: Gemeinsame Interessen mit Arbeitern

Von den rund 6,6 Millionen Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften sind über eine Million Angestellte. Allein von 1968 bis jetzt stieg die Zahl der Angestellten-Mitglieder um gut 100 000; diese Tendenz dauert an. Auf der 7. Bundesangestelltentagung des DGB am 26. und 27. Oktober 1971 in Mainz sprach das für diese Berufsgruppe zuständige Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, Günter Stephan, von der „Abstimmung der Angestellten mit dem Mitgliedsbuch“, die offensichtlich zugunsten des Deutschen Gewerkschaftsbundes ausfalle.

Zwei Tage lang berieten die 141 stimmberechtigten Delegierten über spezielle Angestelltenprobleme und Fragen der Gewerkschaftspolitik im allgemeinen. In vier Arbeitsgruppen erfolgte eine sehr fach- und sachbezogene Erörterung solcher Themen wie: Sozialpolitik, Mobilität der Angestellten, leitende Angestellte und Behördenangestellte. Häufig geschah die Problemstellung und -erörterung sehr abstrakt, ohne Bezogenheit auf die soziale und gesellschaftliche Realität, in der diese Probleme entstehen und die es zu verändern gilt, um beispielsweise die Arbeitsplätze der Angestellten zu sichern. Nicht die technische Revolutionierung des Büros, sondern der egoistische profitorientierte Einsatz dieser Technik durch die Besitzer der Produktionsmittel erzeugt für die Angestellten Unsicherheit des Arbeitsplatzes, Überforderung, gesundheitliche Schäden usw.

Im gesamten Ablauf des Angestelltentages wurde ein gewisses Bemühen der Konferenzleitung und von Referenten erkennbar, die Probleme der Angestellten „an sich“ abzuhandeln, um Kritik nicht nur von der Bundesregierung, sondern zugleich auch vom gegenwärtigen Gesellschaftssystem in der Bundesrepublik fernzuhalten. Nur etwa fünf von nahezu 100 Anträgen und Entschlüssen machten gesellschaftspolitische Aussagen: Ein Antrag „appelliert“ an die SPD und die gewerkschaftlich organisierten Bundestagsabgeordneten, sich trotz gegenteiliger Koalitionsabsprachen zu der DGB-Forderung nach Einführung der qualifizierten Mitbestimmung „zu bekennen“. Ein anderer Antrag fordert „eine gerechtere Vermögensverteilung“ mit Hilfe der Ausgabe unentgeltlicher Beteiligungspapiere an alle Arbeitnehmer.

Mit Recht forderte ein Diskussionsprecher, allerdings vergeblich, den Begriff „Vermögensbildung“ durch „Sparförderung“ zu ersetzen, da in dem Antrag dem Sinne nach von nichts anderem die Rede sei. Vermögen für Arbeitnehmer könne nur durch Umverteilung des Produktivvermögens gebildet werden, also durch Überführung von Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum.

Ein weiterer Antrag verlangt von der Bundesregierung „die unachtsichtige Strafverfolgung rechtsradikaler Aktionen, einschließlich des Verbots der sie tragenden Organisationen“. Allerdings „verwahrt“ sich der Angestelltentag auch gegen „linksextremistische Aktivitäten“. Diese schematische und politisch gefährliche Gleichsetzung von rechts und links wurde von dem Delegierten Peter Tümmers scharf zurückgewiesen. Mehr als ein Zehntel der Delegierten versagte dem Antrag die Zustimmung.

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

Der Antrag war vom Vorstand der IG Metall eingebracht worden, und entsprach — bis auf einige Formulierungen — jener Entschlüsselung zu dieser Frage, die bereits auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall in Wiesbaden heftige Kritik und zahlreiche Gegenstimmen hervorgerufen hatte. Offensichtlich unter dem Eindruck dieser Kritik nahmen die Initiatoren im Vorstand der IG Metall für die Mainzer Angestelltenkonferenz eine bemerkenswerte Veränderung vor. Während die Entschlüsselung in Wiesbaden „unachtsichtige Verfolgung“ und ein „eventuelles Verbot“ gegen rechts und links gleichermaßen forderte, beschränkte der Antrag für die Angestelltenkonferenz solche Maßnahmen vernünftigerweise auf die Neonazis. Dennoch enthielt er die unverantwortliche, der Gewerkschaftsbewegung unwürdige Gleichsetzung von nazistischen und linken Kräften.

Der Delegierte Tümmers machte darauf aufmerksam, daß Tausende von kommunistischen Gewerkschaftsmitgliedern seit Jahrzehnten aktiv in den

Gewerkschaften mitarbeiten und zu den Erfolgen der Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik beigetragen haben. Tümmers fragte: „Genügt es nicht, daß die Springer-Presse, daß Strauß und Barzel alle jene als ‚links-extrem‘ und umstürzlerisch verketzern, die diese Gesellschaft in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz mit Reformen verändern und durch echte Mitbestimmung überholte Machtstrukturen überwinden wollen?“ Den Rechten seien sowieso alle anderen „links“.

Der Angestelltentag kritisiert „trotz zahlreicher Verbesserungen“ den Regierungsentwurf zum Betriebsverfassungsgesetz, insbesondere die Erschwerung des Zugangs von Gewerkschaftsvertretern zum Betrieb und die weitere Aufspaltung von Arbeitern und Angestellten durch die Verstärkung von Gruppenrechten. An die leitenden Angestellten wird appelliert, sich gewerkschaftlich zu organisieren und ihre Arbeitnehmerrolle zu erkennen.

Die gewerkschaftliche Arbeit unter den Angestellten soll künftig verstärkt werden. Während der DGB im Durchschnitt aller abhängig Beschäftigten fast 30 Prozent in den ihm angeschlossenen Gewerkschaften organisiert hat, sind es bei den Angestellten nur 11 Prozent. Die Zahl der Angestellten in Wirtschaft und Verwaltung wird jedoch spätestens 1980 die der Arbeiter erreichen oder gar übertreffen. Daraus ergeben sich für die Gewerkschaften, wollen sie nicht zahlenmäßig schrumpfen und an Kampfkraft verlieren, enorme Aufgaben.

Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter erklärte zu dieser Problematik auf der Mainzer Tagung, die Unternehmer hätten in der Vergangenheit den Angestellten eingeredet, sie seien etwas Besseres und eine „besondere Angestelltenmentalität“ zur Aufspaltung der Arbeiterschaft gezüchtet. „Inzwischen ist allerdings der Putz abgeblättert und im grauen Millionenheer der Büro- und Verwaltungsangestellten schwinden die Illusionen. Immer mehr wird ihnen die tatsächliche soziale Wirklichkeit bewußt — wird ihnen bewußt, daß ihre Position in unserer Gesellschaft die gleiche ist, wie bei den Arbeitnehmern insgesamt.“ Beide Gruppen müßten eng zusammenarbeiten, um gemeinsam ihre Interessen zu vertreten.

Zu der Diskussion über einen möglichen Anschluß der berufsständisch orientierten Deutschen Angestellten-gewerkschaft an den DGB sagte Günter Stephan, dabei stehe die organisationspolitische Frage im Vordergrund. Der DGB sei „für jedes Gespräch offen“, wenn es die Organisationsfrage nicht ausklammert. Vetter machte klar: „Dabei kann es ... keinen Rückfall in überwundene Formen einer für sich abgeschlossenen Organisation der Angestellten geben. Die Zeiten für Ständesorganisationen sind endgültig vorbei.“

G. Siebert

DAG ohne Chance

10. DAG-Bundeskongreß: Negative Mitgliederbilanz Neues Programm und neue Satzung verabschiedet

Die neben den DGB-Gewerkschaften für den Angestelltenbereich separat existierende Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) veranstaltete vom 11. bis 15. Oktober in Nürnberg ihren 10. Bundeskongreß. Ohne vorherige Diskussion in der Mitgliedschaft verabschiedete der Kongreß ein neues Programm zur Gesellschaftspolitik und eine neue Satzung mit einer veränderten Organisationsstruktur. Ferner standen neben den Rechenschaftsberichten rund 700 Anträge zur Beratung. Der Kongreß nahm einen zwiespältigen und widersprüchlichen Verlauf.

Die von Bundesvorstand und Gewerkschaftsrat vorgelegten Rechenschaftsberichte hatten hinsichtlich der Mitgliederentwicklung eine negative Bilanz aufzuweisen. Von 1967 bis 1971 verringerte sich die Zahl der DAG-Mitglieder von 484 000 auf 473 000. Im Vergleich dazu konnten die DGB-Gewerkschaften in diesem Zeitraum mehr als 150 000 Angestellte neu in ihre Reihen aufnehmen und haben heute über 1 Million Mitglieder.

Mit dem neuen Programm glaubt die DAG-Führung künftig attraktiver als der „Konkurrent“ DGB für die Angestellten zu sein. Bei dem auf verstärkte Trennung von Arbeitern und Angestellten ausgerichteten Programm und seinem widersprüchlichen Inhalt bleibt jedoch keine Chance der Verwirklichung.

Einerseits sind in dem Programm einige, meist sozialpolitische Forderungen enthalten, die durchaus den Interessen aller Arbeiter und Angestellten entsprechen: 36-Stunden-Woche, zweimaliger Jahresurlaub von mindestens je vier Wochen, besonderer Schutz für Arbeitsplatz und Wohnung wie auch Verhinderung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht. Andererseits bekennt sich das Programm zur sozialen Marktwirtschaft und zum Privateigentum an den Produktionsmitteln. Die DAG betrachtet sich als Ordnungsfaktor des Staates.

Konsequenterweise verlangt die DAG, daß ihr diese Rolle auch vom Staat honoriert werden soll. Um die organisatorische Finanzkrise zu überwinden, ist im Programm die Forderung nach einer „Arbeitsmarktabgabe“ enthalten. Danach soll die Bundesanstalt für Arbeit neben der Arbeitslosenversicherung von allen Arbeitern und Angestellten eine Abgabe in Höhe von 1 bis 1,5 Prozent des Bruttoeinkommens einziehen und diese Gelder den Gewerkschaften zur Finanzierung ihrer Arbeit zur Verfügung zu stellen. Dieser Vorschlag läuft eindeutig auf die Umwandlung der Gewerkschaften von unabhängigen Interessenvertretungen in Richtung Staatsgewerkschaften hinaus. An dieser Feststellung ändert sich auch nichts, wenn in der

neuen DAG-Satzung eine „Unabhängigkeit von Staatsorganen“ postuliert wird.

Der auf dem Kongreß sichtbar gewordene Kurs der verstärkten Integration der DAG in das großkapitalistische Herrschaftssystem wird durch die verlangte „noch konsequentere Anwendung der Gruppenrechte für Angestellte“ und die Konservierung von verstaubtem Standesbewußtsein verstärkt. Selbst die im Entwurf für eine Novellierung des BetrVG enthaltenen Gruppenrechte sind der DAG unzureichend.

Auch die neue Satzung — mit der der wiedergewählte DAG-Vorsitzende Hermann Brandt gegenüber den DGB-Gewerkschaften eine „Vormachtstellung der DAG“ über die Angestellten erreichen will — läuft auf eine verstärkte Abgrenzung zwischen Arbeitern und Angestellten in den Betrie-

8. Beamtentag des DGB

In Bonn fand am 11. und 12. November, während diese Ausgabe der NACHRICHTEN umbrochen wurde, der 8. Beamtentag des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt. Bundespräsident Dr. Heinemann und der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter hatten sich als prominente Redner angesagt.

Die Beamten bei Bund und Ländern sind zur Zeit besonders darum bemüht, in der sozialen Stellung nicht hinter andere Berufsgruppen in der Wirtschaft zurückzufallen. Insbesondere suchen die gewerkschaftlich organisierten Beamten nach Mitteln und Möglichkeiten, ihre berechtigten Forderungen hinsichtlich Besoldung und sozialer Stellung durchzusetzen. In diesem Zusammenhang dürfte die Forderung nach dem Streikrecht für Beamte auf der Bonner Tagung des DGB eine wesentliche Rolle spielen. Ebenso sind gegenwärtig tarifpolitische Forderungen in der Diskussion.

ben hinaus. Auf der einen Seite soll die Organisation im Bundesvorstand auf Kosten der bisherigen Berufsgruppenleitung straffer zentralisiert werden. Auf der anderen Seite soll die Rolle der Betriebsgruppen der DAG auf Kosten der Ortsgruppen erhöht werden. Damit wird die einheitliche Basis von Arbeitern und Angestellten in den Betrieben durch die spalterische Tätigkeit der DAG weiter gefährdet.

Daß innerhalb der DAG die der CDU/CSU nahestehenden Kreise einen gewissen Einfluß ausüben, zeigte sich nicht nur am Beifall für den CSU-Vorsitzenden Strauß, der dort zur Begrüßung sprach, sondern auch bei mehreren Entscheidungen des Kongresses. Die rechten Kreise versuchten im neuen Programm die sozialen Vorstellungen der CDU/CSU zum Tragen zu bringen. So wurde zum Beispiel die im Entwurf enthaltene Forderung nach Entengung von Grund und Boden nicht in das Programm aufgenommen. Auf Intervention dieser Kreise ist auch die im Satzungsentwurf von der Antragskommission empfohlene Streichung der angestrebten „Ausdehnung der DAG auf Gesamtdeutschland“ nicht erfolgt.

In einer Entschließung zum Radikalismus wurden rechts und links auf eine Stufe gestellt. Wohin diese Diffamierung der als „linksradikal“ verleumdeten aktiven Gewerkschafter abzielte, ging aus den Worten des Gewerkschaftsrats-Vorsitzenden Johannes Terhaardt hervor. Er gab bekannt, der Gewerkschaftsrat habe auf Antrag des Bundesvorstandes festgestellt, daß der Beschluß über die Unvereinbarkeit einer Mitgliedschaft in der DAG und der NPD „in gleicher Weise auch für Mitglieder der DKP zu gelten“ habe. Mit dieser vom Kongreß nicht bestätigten Feststellung des Gewerkschaftsrates wird in der DAG eine gefährliche Entwicklung eingeleitet. Diejenigen, die im Kampf gegen den Faschismus die größten Opfer gebracht haben, werden mit ihren Mördern gleichgestellt. Den rechtskonservativen Kräften in der DAG kann damit eine Handhabe gegeben werden, die aktivsten Gewerkschafter auszuschließen.

Der auf dem DAG-Kongreß in der Minderheit gebliebene progressive Flügel — er rekrutierte sich zum Teil aus Vertretern der DAG-Jugend — war von großem Unbehagen erfüllt. Viele Delegierte erkannten, daß mit der beschlossenen Politik und Struktur die DAG keine reale Chance hat, sich als echter Interessenvertreter der 9 Millionen Angestellten in der Bundesrepublik zu erweisen. Nur im gemeinsamen Handeln von Arbeitern und Angestellten, von DGB-Gewerkschaften und DAG für die gemeinsamen Klasseninteressen kann die gegenwärtige gewerkschaftliche Spaltung überwunden werden.

Werner Petschick

Textil: Arbeitsplätze in Gefahr

Beschlüsse zur Tarifpolitik und Frauenarbeit 11. ordentlicher Gewerkschaftstag Textil-Bekleidung

Das wachsende Unbehagen an der bundesdeutschen Gesellschaft, das nach den Worten des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter schon seit einiger Zeit zu beobachten ist, kam auch in den Diskussionsbeiträgen auf dem 11. ordentlichen Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung vom 4. bis 8. Oktober in Dortmund zum Ausdruck. Ursache dafür sind die Gefährdung der Arbeitsplätze durch Rationalisierung und Konzentration, ständig steigende Lebenshaltungskosten ohne ausreichende Lohnerhöhungen sowie ein zunehmender Leistungsdruck durch verschärfte Akkordsysteme.

Eine Reihe von Diskussionsrednern prangerte die „skandalöse Vermögensbildung eines kleinen Teiles der Bevölkerung“ an, begünstigt durch die Steuer- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Die Gewerkschaften dürften deshalb nicht zu einer „Sozialabteilung der Gesellschaft“ degradiert werden, die dafür zu sorgen habe, daß die Arbeitnehmer der wirtschaftlichen Entwicklung hinterherlaufen. Für die Kollegen in den Betrieben sei politische Orientierungshilfe nötig, da politische Enthaltensamkeit den Gewerkschaften noch nie gut bekommen sei.

Mit diesen Äußerungen wurde zugleich zum Ausdruck gebracht, daß die besonders von dem wiedergewählten Vorsitzenden der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Karl Buschmann, gutgeheißenen konzentrierte Aktion und Sozialpartnerschaft weder soziale Ungerechtigkeiten beseitigen konnten, noch den Gewerkschaftern ein echtes Mitbestimmungsrecht brachten.

Der Ruf der Arbeitnehmer nach gesellschaftlichen Reformen habe die Wirtschaftsverbände und die politischen Wortführer der ewig Gestrigen zu einer unheiligen Allianz zusammengeführt, die alles beim alten belassen will, stellte Vetter fest. Er wandte sich entschieden dagegen, die Gewerkschaften auf bestimmte Aufgaben beschränken zu wollen und sie so in bestehende Machtverhältnisse einzubinden.

Für politische und finanzielle Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung sprach sich der bisherige Kassierer Paul Trost aus. Er kritisierte die staatlichen Subventionen an Einrichtungen, „deren demokratische Einstellung zweifelhaft ist“, und stellte die Frage, wo denn die staatliche Unterstützung für die demokratische Bildungsarbeit der Gewerkschaften bleibe. Auf Kongressen bekomme man freundliche Worte zu hören, während die Rechtsprechung ständig moralische Fußtritte erteile, wie das Urteil über die Versteuerung der Streikunterstützung wieder einmal beweise.

Der parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Philip Rosenthal, versuchte die Sorgen der Textilarbeiter zu zerstreuen. Für dieses Jahr stellte er zwar einen Rekordumsatz, für einige Sparten jedoch Schwierigkeiten in Aussicht. Wer seinen Arbeitsplatz verlieren würde, müßte eben in einen anderen Betrieb gehen, wo man noch Arbeitskräfte benötige. So leicht machte er es sich. Eine soziale Symmetrie sei über die Steigerung der Nominallöhne nicht möglich; dafür empfahl er gesetzliche Maßnahmen zur „allmählichen“ Beteiligung am Produktivvermögen.

Von 1968 bis 1970 belief sich die Zahl der Betriebsstillegungen auf 560, davon 301 Textil- und 259 Bekleidungsbetriebe. Allein in der Textilindustrie sank die Zahl der Beschäftigten im Monatsdurchschnitt um 6750. Weitere 150 000 der zur Zeit noch über 800 000 Arbeitsplätze werden in den nächsten Jahren aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen fortfallen. Deshalb forderten die Delegierten in Beschlüssen von der Bundesregierung zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze eine entsprechende Wirtschafts- und Außenhandelspolitik, Maßnahmen gegen die Preissteigerungen und zur Verhinderung von Textilimporten, die einseitig zu Lasten der Bundesrepublik gehen.

In diesem Zusammenhang wurde allerdings betont, daß die Schließung vieler Betriebe nicht immer auf Druck der Auslandskonkurrenz erfolgen mußte, sondern daß oft katastrophale Unfähigkeit des Managements vorlag. Arbeitszeitverkürzung, Urlaubsverlängerung und ein wirtschaftliches Wachstum würden ebenso zur Sicherung der Arbeitsplätze beitragen, wie die Beseitigung des Lohngefälles zwischen Nord und Süd, das sich die Unternehmer durch Betriebsverlagerungen in den südlichen Raum zunutzen machten. Außerdem wurden ausreichende Sozialpläne zum Schutz bei Betriebsstillegungen gefordert.

Zur Tarifpolitik wurden drei Anträge angenommen. Der Hauptvorstand wurde beauftragt, die Verhandlungen zum Abschluß „vermögenswirksamer“

Tarifverträge fortzusetzen. Eine Kommission soll Vorschläge ausarbeiten und zwar über die Möglichkeiten der tariflichen Absicherung betrieblicher Zulagen und die Notwendigkeit, betriebliche Tarifkommissionen zu bilden.

Auf diesem Kongreß spielten die Frauen und deren Probleme eine besondere Rolle, obwohl sie nicht entsprechend ihrer Mitgliederstärke vertreten waren. Anlaß dazu gab das Programm der Gewerkschaft Textil-Bekleidung für die Arbeitnehmerin, das den Delegierten zur Verabschiedung vorlag. Es umfaßt innerorganisatorische Aufgaben sowie Forderungen an den Gesetzgeber und zwar: größere soziale Sicherheit, gleiche Bildungschancen, Erhaltung der Berufsfähigkeit, Einrichtungen zur gesellschaftlichen Betreuung der Kinder, verbesserter Mutterschutz und eine ständige Erforschung der Probleme, die sich aus der Berufstätigkeit der Frauen ergeben.

Auch die gewerkschaftlichen Erfolge, die Vertrauensleutarbeit, die Herstellung einer Beitragsehrlichkeit, die gezielte Mitgliederwerbung und die Durchsetzung höherer Löhne durch Arbeitskämpfe sind durch eine beispielhafte Einsatzbereitschaft auch der Frauen zustande gekommen. H. O. Vetter bezeichnete das Frauenprogramm als ein eindrucksvolles Dokument für die gesellschaftliche Emanzipation der Frau und kündigte an, daß dem Jahr des jungen Arbeiters nunmehr auch ein Jahr der arbeitenden Frau folgen werde.

Eine lebhafte Diskussion entwickelte sich um den Antrag auf Abschaffung des § 218. Er wurde als Material an den DGB-Bundesvorstand weitergegeben. Neben Satzungsänderungen wurde ein Programm für die Angestelltenarbeit beschlossen und die unverzügliche Auflösung der „Aktion Widerstand“ und aller neonazistischen Terrororganisationen gefordert.

Wenn auch maßgebliche Gewerkschaftsfunktionäre, vor allem Karl Buschmann, ihre Bereitschaft zur Fortsetzung einer Politik der konzentrierten Aktion und Sozialpartnerschaft zum Ausdruck brachten, so wurde doch auf dem Kongreß deutlich, daß auch die Textil- und Bekleidungsarbeiter nicht mehr bereit sind, alles kritiklos hinzunehmen. Es zeigte sich, daß das Interesse an politischen Fragen wächst, wenngleich das nur vorsichtig anklang. Die Ostpolitik Bonns wurde zwar begrüßt, doch die Forderung nach Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau blieb ebenso aus wie die nach Kampfmaßnahmen gegen ein Betriebsverfassungsgesetz, welches die wichtigsten Vorstellungen des DGB unberücksichtigt läßt.

Inge Sbosny

Gewerkschaft auf dem Lande

Agarberufe wollen nicht länger benachteiligt sein Kongreß der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft

In Bad Harzburg diskutierten vom 10. bis 13. Oktober 1971 die Delegierten der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) die Probleme, die vor allem die Land- und Forstarbeiter in der Bundesrepublik beschäftigen. In der westdeutschen Landwirtschaft hat sich seit Jahren ein derart schneller Strukturwandel vollzogen, daß von 1950 bis 1970 nicht nur die Zahl der Lohnarbeitskräfte von 766 000 auf 136 000 zurückging, sondern für die GGLF zugleich auch die Existenzfrage aufgeworfen wurde.

Vom 31. Dezember 1967 bis 31. Dezember 1970 verringerte sich der Mitgliederbestand der GGLF abermals von 56 477 auf 46 085, das sind 18 Prozent. Das hat dazu geführt, daß die Gewerkschaft ihre Tätigkeit mit eigenen Mitteln nicht mehr finanzieren kann. Die Gewerkschaftsarbeit auf dem Lande wird weitgehend vom DGB und damit aus den Beiträgen der übrigen DGB-Gewerkschaften finanziert. Nach einer GGLF-Erhebung sind in der Landwirtschaft nur noch 35 000, in der Forstwirtschaft 20 000 und im Gartenbau 25 000 Arbeitskräfte als organisierbar anzusprechen. Die Konzentration, die sich infolge der kapitalintensiven Technisierung und gefördert durch die EWG-Politik auch auf dem Lande vollzieht, führt zwar zum Entstehen immer größerer Wirtschaftseinheiten und zur massenhaften Ruinierung der kleinen und mittleren Höfe, aber die Anzahl der Arbeitsplätze verringert sich fortwährend.

Weil die GGLF mit ihren finanziellen Mitteln und personellen Kräften kaum noch in der Lage ist, die gewerkschaftlichen Aufgaben auf dem Lande aus eigener Kraft wahrzunehmen, verabschiedeten die 95 stimmberechtigten Delegierten einen Antrag, der Hauptvorstand und Hauptausschuß der GGLF verpflichtet, „gemeinsam mit dem DGB-Bundesvorstand und gegebenenfalls mit anderen DGB-Gewerkschaften die Frage zu prüfen, ob durch Kooperationsmaßnahmen — in Teilbereichen oder generell — eine Verbesserung der Situation erzielt werden kann“.

Auf eine entsprechende Frage vom NACHRICHTEN erklärte der Gewerkschaftsvorsitzende Alois Pfeiffer, es seien bereits verschiedene Denkmuster für die Zusammenarbeit entwickelt worden. Zum Beispiel könne eine GGLF-Geschäftsstelle, die sonst aus finanziellen Gründen geschlossen werden müßte, in dem betreffenden Gebiet Aufgaben des DGB mit übernehmen und dadurch erhalten bleiben. Die Fusion mit irgendeiner anderen DGB-Gewerkschaft sei jedoch die schlechteste Lösung.

Im Mittelpunkt des Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft standen Fragen der Tarifpolitik und der so-

zialen Sicherung. Fragen der allgemeinen Politik spielten nur eine untergeordnete Rolle und wurden zudem unkritisch und regierungskonform abgehandelt. In diesem Zusammenhang sind die vom Vorstand eingebrachten Entschlüsse für Frieden, Entspannung und Völkerverständigung sowie zur allgemeinen Wirtschafts-, Preis- und Vermögenspolitik zu nennen.

Im Vordergrund der Aussage zur Tarif- und Sozialpolitik steht die Forderung nach Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche für agrarische Berufe. Die Melker allerdings forderten in einem besonderen Antrag, „als Nahziel wenigstens die auf EWG-Ebene abgesprochene 45-Stunden-Woche mit vier

Papierzeugende Industrie: Neue Löhne und Gehälter

Nach längeren Verhandlungen ist es der IG Chemie-Papier-Keramik in der ersten Oktober-Hälfte gelungen, für die rund 80 000 Beschäftigten der papiererzeugenden Industrie in den Tarifgebieten Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Essen, Niedersachsen, Nordrhein, Schleswig-Holstein und Westfalen neue Lohn- und Gehaltstarifverträge zu vereinbaren. Die durchschnittlichen Steigerungsraten bewegen sich allerdings mit 7 bis 7,8 Prozent in der vom Bundeswirtschaftsminister Schiller gewünschten Höhe. Diese Lohn- und Gehaltsaufbesserung wird durch die Steigerung der Lebenshaltungskosten um etwa 6 Prozent, höhere Arbeitslosenversicherungsbeiträge und progressiv steigende Lohnsteuern völlig aufgezehrt. Für die meisten Beschäftigten der papiererzeugenden Industrie wird bis zur Kündigung der Tarifverträge sogar eine Minderung des Realeinkommens eintreten.

Positiv ist die Vereinbarung des 13. tariflichen Monatseinkommens, das ab 1973 gezahlt werden muß. Damit ist es innerhalb des Betreuungsbereiches der IG Chemie-Papier-Keramik in der papiererzeugenden Industrie zuerst gelungen, diese Forderung voll zu realisieren.

freien Tagen im Monat durchzusetzen“. Nicht selten müssen Melker heute 365 Tage im Jahr arbeiten. Die 60- bis 70-Stunden-Arbeitswoche ist häufig die Regel. Es gibt keine tarifvertragliche oder gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit für Melker nach oben.

Vom GGLF-Gewerkschaftstag wurde ferner für alle Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Gartenbau eine tarifliche Regelung für ein zusätzliches Urlaubsgeld, 14-tägigen Bildungsurlaub bei Lohnfortzahlung und eine Abfindung für landwirtschaftliche Arbeitnehmer gefordert, die infolge des Strukturwandels ihren Arbeitsplatz verlieren. Erklärtes Hauptziel der Tarifpolitik ist, die erheblichen Lohnabstände der agrarischen Arbeitnehmer zu vergleichbaren Berufsgruppen zu beseitigen, die immer noch fast ein Drittel betragen.

Scharfe Kritik übte der Gewerkschaftsvorsitzende Pfeiffer an den Eigentumsverhältnissen und der Vermögenspolitik in der Bundesrepublik. Er zitierte die Grundgesetzbestimmungen: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ (Art. 14 Abs. 2), sowie: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“ (Art. 20 Abs. 1). Daran knüpfte Pfeiffer die Feststellung: „Gerade gegen diese Bestimmungen wird in diesem Staat immer noch in geradezu provozierender Weise verstoßen. Noch immer ist die Vermögensverteilung in diesem Land geradezu skandalös.“ Dieser Zustand müsse zugunsten der abhängig Beschäftigten mit Hilfe von Reformen überwunden werden.

Pfeiffer setzte sich nachdrücklich für die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Arbeiter und Angestellten ein. „Wer mehr Mitbestimmung und damit mehr Demokratie auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene will“, sagte Pfeiffer, „der muß natürlich die Macht derjenigen beschneiden, die heute allein an den Schalthebeln sitzen.“

Bemerkenswerte Ausführungen machte der DGB-Vorsitzende Heinz O. Vetter. Gegenwärtig wachse in der Bundesrepublik der Widerstand derer, die nichts Besseres anzubieten haben, als alles beim alten zu lassen. Dabei fänden sich „Wirtschaftsverbände und die politischen Wortführer der ewig Gestrigen zu einer unheiligen Allianz zusammen“.

„Wir sind unter dem Ziel angetreten, diese Gesellschaft im Interesse der Arbeitnehmer zu verändern, die gesellschaftlichen Bedingungen der noch vielfältigen Abhängigkeiten und Diskriminierungen zu beseiten“, sagte der DGB-Vorsitzende. Der DGB und seine Gewerkschaften stünden zum Grundgesetz. „Aber wir lassen uns nicht auf die bestehenden Verhältnisse — besonders in der Wirtschaft — festnageln.“ Vetter stellte fest: „Der Kampf wird härter.“ G.S.

Unfallschutz mangelhaft

**Auf 4300 Beschäftigte nur ein Betriebsarzt
Tagung „Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz“**

Die IG Metall veranstaltet gemeinsam mit dem „Allgemeinen Ausschuss für die Arbeitssicherheit und den Gesundheitsschutz in der Eisen- und Stahlindustrie“ der Generaldirektion für soziale Angelegenheiten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften eine Informationstagung über Fragen der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes. An dieser Veranstaltung nahmen 260 Unfallobleute und Betriebsräte sowie Sicherheitsfachkräfte und Arbeitsdirektoren aus der Bundesrepublik sowie Vertreter der für Arbeitssicherheit tätigen Organisationen teil.

Zum Zweck dieser Tagung sagte Willi Michels, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, es sei notwendig, den Gedanken der Arbeitssicherheit bewußt zu machen, um damit dem einzelnen Menschen dienen zu können. In den Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie der Bundesrepublik, in denen die qualifizierte Mitbestimmung praktiziert werde, stünden die Anstrengungen zur Verbesserung der Arbeitssicherheit im Vordergrund. Insgesamt seien 367 hauptberufliche Fachkräfte für die Arbeitssicherheit in der Eisen- und Stahlindustrie tätig. Auf jeweils 4300 Beschäftigte komme ein Betriebsarzt. Die hauptberuflichen Kräfte würden durch rund 7500 Sicherheitsbeauftragte unterstützt. Somit sei in diesem mitbestimmten Industriebereich für je 41 Beschäftigte ein Sicherheitsbeauftragter benannt.

Diese letzte Feststellung Willi Michels, daß nämlich für 41 Beschäftigte ein Sicherheitsbeauftragter in Funktion sei, ist wohl eine bewußte Schönfärberei. Abgesehen davon, daß es nicht nur darauf ankommt, 7500 Sicherheitsbeauftragte zu ernennen, sondern welche Rechte und Kompetenzen die Sicherheitsbeauftragten haben, ist die Zahl der 367 hauptberuflichen Fachkräfte beschämend niedrig und die Tatsache, daß auf 4300 Beschäftigte nur ein Betriebsarzt kommt, katastrophal zu nennen.

Von den zwölf Referaten, die auf dieser Tagung gehalten wurden, und die sich zu einem großen Teil weniger mit den sozialen Aspekten des Unfallschutzes als mit technischen Fragen beschäftigten, war der Vortrag des Vertreters der Bundesregierung, Ministerialrat Kliesch, interessant, der auf die gestiegene Zahl der Arbeitsunfälle aufmerksam machte. Allein im Metallbereich seien in den vergangenen Jahren die Arbeitsunfälle um 33 Prozent angestiegen. Die zum Teil seit 1891 (!) geltenden Bestimmungen könnten einem ausreichenden Arbeitsschutz nicht mehr gerecht werden. Das Bundesarbeitsministerium werde die Arbeitsschutzbestimmungen neu regeln.

Festzuhalten verdient auch eine Bemerkung des Privatdozenten für Si-

cherheitstechnik an der Technischen Hochschule Aachen, Dr. Ing. Peter Compes, der erklärte, nur eine qualifizierte Ausbildung der betrieblichen Führungskräfte in den vielschichtigen und anspruchsvollen Fragen der Sicherheitstechnik könne die dringliche und wichtige Aufgabe lösen helfen, das zu hohe Unfallvorkommen im Erwerbsbereich zu senken.

In seinem Schlußwort faßte Willi Michels noch einmal die Erwartungen der Gewerkschaften in bezug auf die Arbeitssicherheit zusammen. Für die

Aktive Jugend im DGB

Höhepunkt im „Jahr des jungen Arbeitnehmers 1971“ wird die 8. Bundesjugendkonferenz des DGB, die in der Zeit vom 17. bis 19. November in Dortmund stattfindet. 145 Delegierte und Gastdelegierte, die rund eine Million junge Gewerkschaftsmitglieder vertreten, werden über 300 Anträge und Entschlüsse beraten.

73 Anträge beschäftigen sich mit Grundsatz- und Organisationsfragen des DGB und der Einzelgewerkschaften sowie mit grundsätzlichen Fragen gewerkschaftlicher Jugendarbeit. In einem Antrag wird der DGB-Bundesvorstand aufgefordert, „gewerkschaftliche Lehrlings- und Jungarbeiterzentren als eine den Gewerkschaften gemäße Organisationsform der Jugendarbeit zu betrachten, anzuerkennen und die Gründung weiterer gewerkschaftlicher Lehrlings- und Jungarbeiterzentren zu unterstützen. Betriebliche gewerkschaftliche Basisgruppen sind im Zusammenhang mit überbetrieblichen Lehrlingszentren aufzubauen“.

In 37 Anträgen wird zur Tarif-, Wirtschafts-, Eigentums- und Steuerpolitik Stellung genommen. In einem vom DGB-Landesbezirksjugendausschuß NRW eingebrachten Antrag heißt es: „Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, unverzüglich seine Mitarbeit an der konzertierten Aktion aufzugeben. Die vorgetragene Kritik an der konzertierten Aktion wird erst durch den Austritt aus dieser Institution glaubhaft.“

Verbesserung der Arbeitssicherheit, so sagte Willi Michels, sei kein Einsatz zu hoch, weder ein Produktionsverzicht im Interesse der Menschen noch die Kosten verbesserter Unfallverhütung. -ger

Gutachten über Mißstände im Gesundheitswesen

Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften (WWI) hat eine Analyse und ein Gutachten zur Reform der Gesundheitsversicherung vorgelegt. Nach diesem Gutachten ist der Anspruch aller Bundesbürger auf Beratung und auf Hilfe zur Erhaltung der Gesundheit und im Krankheitsfall auf bestmögliche Behandlung in der Bundesrepublik nicht gewährleistet. Das WWI stellt u. a. fest, daß die Vorsorge und Früherkennung „schwerwiegende Lücken“ aufweisen und der ärztliche Notdienst durch die vermehrte Niederlassung von Fachärzten anstelle von Praktikern beeinträchtigt wird. Die Krankenhauskapazität sei zwar besser als allgemein angenommen, jedoch werde sie zum Teil aus wirtschaftlichen Erwägungen falsch genutzt.

In einem anderen Antrag wird gefordert, „entsprechend dem DGB-Grundsatzprogramm Großbetriebe, die eine marktbeherrschende Stellung einnehmen (z. B. Banken und Versicherungen) sowie die Grundstoffindustrie, die chemische, elektronische und Elektroindustrie in Gemeineigentum zu überführen, entsprechend Art. 15 GG.“ 24 Anträge beschäftigen sich mit Friedens-, „Deutschland“- und Ostpolitik. U. a. wird vom Bundestag gefordert, „unverzüglich die Verträge zwischen der BRD und der UdSSR sowie der Volksrepublik Polen zu ratifizieren“. In einem weiteren Antrag wird von der Bundesregierung „die völkerrechtliche Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten“ gefordert.

Dieser Bundesjugendkonferenz kommt eine wichtige Bedeutung für die weitere Entwicklung der demokratischen Jugendbewegung der BRD zu. Wenn der positive gesellschaftskritische Trend in der Gewerkschaftsjugend auch weiterhin anhalten soll, muß das seinen Ausdruck in der Annahme einer Vielzahl von positiven Anträgen finden. Herwart Prudlo

BetrVG in der Schlußrunde

Viele Gewerkschafter wollen Protestaktionen Weiterhin Kritik von den Gewerkschaften

Mit Skepsis und Mißtrauen erwarten die Arbeiter und Angestellten die Verabschiedung des Entwurfes der Regierungskoalition zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG), der noch in diesem Monat dem Bundestag in zweiter und dritter Lesung zur Beschlußfassung vorliegen wird. Nach vielem Hin und Her haben sich die Koalitionsparteien endlich auf einen Entwurf geeinigt, der vom Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung gegen die Stimmen der CDU/CSU gebilligt wurde.

Zwar sind damit die Versuche der CDU/CSU und bestimmter Kräfte in der FDP, den unzulänglichen Regierungsentwurf noch schlechter zu machen, gescheitert, aber auch so bleibt der Entwurf der Koalitionsparteien „nicht nur hinter den Forderungen der Gewerkschaften, sondern auch hinter dem geltenden Recht“ zurück, schrieb die „Welt der Arbeit“. Die in der „Quelle“, Heft 10, vom stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Gerd Muhr veröffentlichten „Erfolgsmeldungen“, wonach er für die DGB geübte Kritik am Regierungsentwurf und der „Kampf für eine bessere Betriebsverfassung... erste Erfolge gezeigt“ haben, hat nur eine relative Berechtigung.

Völlig unangebracht ist auch der Umkehrschluß: weil die Unternehmer den Regierungsentwurf wütend angreifen, müsse er für die Arbeiter und Angestellten gut sein. Die Methode der Unternehmer charakterisierte Fritz Strothmann, Vorstandsmitglied der IG Metall, auf dem 10. Kongreß seiner Gewerkschaft so: „Wir können leider die Unternehmer trösten: Die Basis der kapitalistischen Wirtschaft und der Kern der unternehmerischen Machtpositionen werden in keiner Weise durch das neue Betriebsverfassungsgesetz erschüttert. Ich füge hinzu: Die Unternehmer akzeptieren zu allen Zeiten nur das, was sie politisch-historisch nicht mehr aufhalten können. Ihre Politik... ist lediglich ein Beispiel dafür, wie hartnäckig sie ihr Klasseninteresse vertreten.“

Die Koalitionsvereinbarung der Regierungsparteien zur Novellierung der Betriebsverfassung darf nicht Gesetz werden: das ist die übereinstimmende Meinung der Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Wenn auch der Gesetzentwurf eine Reihe positiver Regelungen enthält, so sind, was die entscheidenden Fragen betrifft, nicht einmal Ansatzpunkte zu finden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in seiner Erklärung vom 22. Oktober 1969 an die Bundesregierung u. a. die „Verstärkung der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte am Arbeitsplatz und in sonstigen betrieblichen Fragen sowie stärkere Verankerung der gewerkschaftlichen Betätigungs- und Vertretungsrechte im Betrieb“ gefordert

(zitiert aus „Dokumente der Gewerkschaften“, Nachrichten-Verlag). Diese Grundforderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Betriebsverfassung haben aber in dem Regierungsentwurf ebensowenig ihren Niederschlag gefunden wie die bekannte Erklärung des Bundeskanzlers Brandt, seine Regierung wolle mehr Demokratie wagen.

20 Jahre mußten sich die Arbeiter und Angestellten mit einem Gesetz abfinden, das den Betriebsräten nur unzulängliche Rechte für die soziale und personelle Vertretung der Belegschaften gab und ihnen wirtschaftliche Mitbestimmung völlig versagte. Deshalb muß eine neue Betriebsverfassung, wenn sie für den Arbeiter und Angestellten einen Sinn haben soll, den gewerkschaftlichen Vorstellungen nach wirksamer Mitbestimmung und fortschrittlicher gesellschaftspolitischer Entwicklung entsprechen.

In einem einstimmig angenommenen Initiativantrag auf dem 10. Gewerkschaftstag der IG Metall sind noch einmal die Mindestforderungen der Metallarbeiter für eine Umgestaltung der Betriebsverfassung — nachzulesen in NACHRICHTEN Nr. 10 — enthalten. Es gibt weiter zahlreiche Initiativen aus den Betrieben und den Grundorganisationen der Gewerkschaften und des DGB, in denen die Forderungen der Arbeiter und Angestellten unterstützt und Aktionen zu ihrer Verwirklichung verlangt werden. Den Gewerkschaften geht es dabei in erster Linie

■ um die Aufhebung der Verpflichtung der Betriebsräte zur „vertrauensvollen“ Zusammenarbeit mit dem Unternehmer zum „Wohle des Betriebes“ (was bei den augenblicklichen Eigentumsverhältnissen nur heißen kann: „zum Wohle des Unternehmers“), anstatt allein für die Interessen der Belegschaft zu wirken;

■ um den freien und uneingeschränkten Zutritt der Gewerkschaftsvertreter in die Betriebe, damit sie ihre verfassungsrechtlichen Aufgaben voll wahrnehmen können;

■ um die freie politische Tätigkeit;

■ um die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte und Jugendvertretungen im personellen Bereich sowie

● um die Mitbestimmung der Betriebsräte bei wirtschaftlichen Planungen und allen wirtschaftlichen Entscheidungen, die die Lage der Arbeiter und Angestellten im Betrieb betreffen.

Um die Bundesregierung und den Bundestag zur Verabschiedung eines BetrVG zu zwingen, das den Betriebsräten die Rechte einräumt, die sie zur wirksamen und vollständigen Vertretung der Arbeiter und Angestellten benötigen, genügen nicht allein Deklamationen und Appelle. Der Kampf um ein BetrVG, das den Arbeitern und Angestellten, gestützt auf ihre Gewerkschaften, größere Möglichkeiten bietet, ihre Interessen solidarisch zu vertreten und durchzusetzen, anstatt gesetzlich zum „sozialpartnerschaftlichen“ Stillhalten gezwungen zu werden, ist von entscheidender Bedeutung und erfordert einen entsprechenden Einsatz.

Gewerkschaftliche Aktionen, Demonstrationen und notfalls Arbeitsniederlegungen in den Betrieben, müssen den Forderungen der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften Nachdruck verleihen. Der Kampf darf auch nicht in den lohnpolitischen Auseinandersetzungen untergehen, denn wirtschaftliche Mitbestimmung im Betrieb steht in einem engen Zusammenhang mit den materiellen Interessen der Arbeiter und Angestellten, die in einem Lohnkampf ihren prägnantesten Ausdruck finden.

Die Unternehmer haben in der Vergangenheit, wie auch heute, rücksichtslos ihre wirtschaftliche und politische Macht gegen eine fortschrittliche Betriebsverfassung eingesetzt — und nicht ohne Erfolg. Die Gewerkschaften müssen daher die Stärke ihrer organisierten Arbeiter und Angestellten für ein besseres BetrVG in die Waagschale werfen. Schon einmal — 1952 — haben die Gewerkschaften darauf verzichtet, ihre Macht zu gebrauchen, um mit einem guten BetrVG der Demokratie Eingang in die Betriebe zu verschaffen. Das darf nach 20 Jahren harter Erfahrung mit einem unzulänglichen Gesetz nicht noch einmal geschehen. Der Koalitionsentwurf zur Novellierung des BetrVG entspricht nicht den Forderungen der Gewerkschaften nach mehr Demokratie in den Betrieben, sondern er konserviert den gegenwärtigen Zustand: Die Demokratie bleibt vor den Fabrikanten stehen und die Arbeitnehmer bleiben Untertanen im Betrieb.

Alle Gewerkschafter sollten den Beschluß der DGB-Kreisdelegiertenkonferenz in Frankfurt unterstützen, in dem u. a. die Durchführung einer Großkundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes vor der Verabschiedung eines neuen Betriebsverfassungsgesetzes verlangt wird. H. S.

IGM und die Vertrauensleute

Vertrauensleute der IG Metall fordern mehr Rechte Vor Wahlen der Vertreter und Ortsverwaltungen

Durch den gesamten 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall Ende September/Anfang Oktober in Wiesbaden zog sich das Bemühen eines großen Teils der Delegierten, die Innergewerkschaftliche Demokratie zu erweitern und sich ihrem Abbau zu widersetzen. (Vgl. NACHRICHTEN Heft 10/71 und Beilage dieser Ausgabe.) Der Rahmen spannte sich von der Diskussion über die Geschäftsordnung bis hin zur Wahl der Bezirksleiter. Der Höhepunkt war zweifellos die Diskussion um die satzungsgemäße Verankerung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute.

Das Drängen zahlreicher Delegierter nach mehr Demokratie in der eigenen Organisation hängt mit der Erkenntnis zusammen, daß jede Politik, die sich an den Interessen der Arbeiter und Angestellten orientiert, nur verwirklicht werden kann, wenn die Mitgliedschaft fest hinter ihr steht. Das ist aber nur dann möglich, wenn die Mitgliedschaft umfassend daran beteiligt ist, diese Politik mit auszuarbeiten und zu verwirklichen.

Eine erfolgreiche Gewerkschaftspolitik ist deshalb untrennbar mit der Erweiterung der innergewerkschaftlichen Demokratie verbunden. Umgekehrt ist eine Politik, die darauf hinausläuft, die Gewerkschaften an das herrschende kapitalistische System zu binden und zum Kurtztreten an der Lohnfront zu bewegen, gezwungen, die innergewerkschaftliche Demokratie systematisch auszuhöhlen und auszuschalten.

Aus den Verwaltungsstellen lagen dem Gewerkschaftstag zahlreiche Anträge vor. Im Antrag der Verwaltungsstelle Düsseldorf (Nr. 279) war vorgesehen, daß im § 22, Ziffer 4 der Satzung aufgenommen werden sollte, daß in allen Betrieben die Mitglieder ihre gewerkschaftlichen Vertrauensleute wählen, daß die gewerkschaftlichen Vertrauensleute den gewerkschaftlichen Vertrauenskörper bilden und aus ihrer Mitte die Vertrauenskörperleitung sowie die Bildungsobleute wählen. Satzungsgemäß sollte der gewerkschaftliche Vertrauenskörper, nicht mehr so wie bisher in den Richtlinien für die Vertrauensleutearbeit festgelegt, der verlängerte Arm der Ortsverwaltung sein, sondern „Organ der Gewerkschaft im Betrieb“.

Der Vorstand der IG Metall wandte sich strikt gegen alle Versuche, die innergewerkschaftliche Demokratie zu erweitern. Er befand sich dabei keineswegs in einer einfachen Situation, da er die wahren Beweggründe seiner ablehnenden Haltung vor den Delegierten nicht vertreten konnte. So versicherte Fritz Strothmann, daß die Vertrauensleute die gewerkschaftliche Organisationseinheit im Betrieb bilden sollten.

Daraus würde sich aber logisch herleiten, daß sie auch in der Satzung mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten entsprechend fixiert werden. Aber das wollte Strothmann nicht. Als er zu dieser Gretchenfrage der innergewerkschaftlichen Demokratie Stellung nehmen mußte, wand er sich wie ein Aaal und versuchte die Dinge so hinzustellen, als handele es sich bei der Verankerung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute in der Satzung nicht um eine gewerkschaftliche Grundsatzfrage. Ihm wurde heftig widersprochen.

Eine auf dem Gewerkschaftstag verteilte Gesprächsnotiz über ein „Gespräch mit den Arbeitsdirektoren am 22. 6. 71 in Oberhausen“ enthüllte die wahren Hintergründe des Widerstandes gegen eine Aufnahme der Vertrauensleute als Satzungsorgan. Es ist die Furcht vor der aktiver gewordenen gewerkschaftlichen Basis, die von sich aus nicht wirksam, sondern weiterhin an der kurzen Leine gehalten werden soll.

In der Abstimmung erreichten diejenigen, die die Vertrauensleute in der



Erhöhung des Arbeitslosenbeitrags

Ab 1. Januar 1972 wird der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von gegenwärtig 1,3 auf 1,7 Prozent angehoben. Das hat Mitte Oktober die Bundesregierung beschlossen, die über die Empfehlung von Vorstand und Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit, den Beitragssatz auf 1,6 Prozent zu erhöhen, hinausging. Der neue Satz soll zunächst für die Jahre 1972 und 1973 gelten und der Bundesanstalt jährliche Mehreinnahmen von 1,16 Milliarden DM bringen. Auf diese Weise hat sich die Bundesregierung der Verpflichtung entzogen, die Arbeitslosenversicherung von allen zweckfremden Ausgaben zu befreien, damit sie nicht in rote Zahlen gerät.

Satzung verankern wollten, die einfache Mehrheit aber noch nicht die satzungsändernde Zweidrittelmehrheit. Die Diskussion über die Ausweitung der innergewerkschaftlichen Demokratie wurde jedoch mit so überzeugenden Argumenten geführt und die Problematik derart in das Bewußtsein vieler Delegierter gerückt, daß sie von der Gewerkschaftsbühne nicht mehr verschwinden dürfte.

Zugleich darf nicht übersehen werden, daß die Haltung des Vorstandes der IG Metall tiefgreifende Gefahren für die Aktivierung der IG Metall und für ihre weitere Stärkung in sich birgt. Wenn der Vorstand sich der Ausweitung der innergewerkschaftlichen Demokratie widersetzt, dann wird er, das ergibt sich konsequenterweise aus dieser Konzeption, sich auch widersetzen, daß aktive Gewerkschafter in gewerkschaftliche Funktionen kommen.

Die Erfahrungen des Gewerkschaftstages lehren jedoch, daß die reale Möglichkeit besteht, sich diesen Bestrebungen erfolgreich zu widersetzen, wenn diejenigen, die sich dem Integrationskurs entgegenstellen, ob sie nun Kommunisten, Sozialdemokraten oder Parteilose sind, sich zu einheitlichem Handeln auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Interessen zusammenschließen.

In den nächsten Monaten wird in der IG Metall über die Zusammensetzung der Vertreterversammlungen und der Ortsverwaltungen entschieden. Diese Wahlen werden Aufschluß darüber geben, ob es gelingt, die innergewerkschaftliche Demokratie vor einer Auslöschung zu bewahren und die aktivsten Gewerkschafter in diese Organe zu entsenden, oder aber ob diejenigen an Einfluß gewinnen, die die Gewerkschaften ihres Kampfcharakters entkleiden wollen.

Als Neuerung wurde auf dem Gewerkschaftstag gegen den Willen des Vorstandes beschlossen, daß Mitglieder in die Ortsverwaltung gewählt werden können, die mindestens 36 Monate (bisher 60 Monate) ununterbrochen der Gewerkschaft angehören. Dadurch werden vor allem der Gewerkschaftsjugend und den ausländischen Kollegen neue Möglichkeiten eröffnet, in die Ortsverwaltungen zu kommen.

Mit der Wahl der Vertreter und der Ortsverwaltungen werden die Weichen für den nächsten Gewerkschaftstag gestellt, denn diese Vertreter werden 1974 über Anträge entscheiden und die Delegierten wählen. Die Chancen, auf dem nächsten Gewerkschaftstag die satzungsgemäße Verankerung der Vertrauensleute zu erreichen, werden um so größer sein, als jetzt solche Vertreter gewählt werden, die die Auffassung vertreten, daß die Gewerkschaft vor allem in den Betrieben gestärkt werden muß, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen soll. H. Schäfer

Folgen der Dollarkrise

Arbeiter tragen die Lasten — Monopole wandern aus USA wälzen ihre Schwierigkeiten auf andere ab

Die Abwälzung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in die die USA durch ihre militärische und ökonomische Global- und Expansionspolitik geraten sind, auf die anderen kapitalistischen Länder ist in vollem Gange. „Trotz einiger relativ optimistischer Erklärungen der Verantwortlichen ... steht fest, daß jedes der von der (Dollar-)Krise betroffenen Länder heute möglicherweise mit einer Rezession rechnen muß“, heißt es in der französischen Zeitung „Combat“ am 6. Oktober 1971.

In der Tat: Der Zuwachs der Industrieproduktion hat sich im ersten Halbjahr 1971 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum in Japan, Frankreich und der BRD halbiert, und in Italien und Großbritannien ist sogar ein absoluter Rückgang zu verzeichnen. Der Preisanstieg blieb davon überall fast unberührt: In allen kapitalistischen Industrieländern geht der Kaufkraftverfall weiterhin zügig voran. Keine einzige der betreffenden Regierungen hat noch Illusionen, ihn aufhalten zu können, vielmehr beschränkt sich jede von ihnen auf die vage Hoffnung, im Inflations-Geleitzug einen der hinteren Plätze einnehmen zu können. Wachsende soziale Unsicherheit, Anstieg der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind überall die zwangsläufige Folge.

Aber sind nicht auch die Monopolherren der westeuropäischen Länder und Japans von dieser Entwicklung betroffen? Werden nicht auch ihre Profiterwartungen geschmälert?

Glaukt man der bürgerlichen Presse, so ist dies uneingeschränkt der Fall. Man spricht von Opfern, die nun einmal im Interesse des angeblich lebensnotwendigen Bündnisses gebracht werden müßten. Und es wird natürlich gleichfalls an die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften appelliert, der schwierigen Lage Rechnung zu tragen, das heißt, auf Lohnerhöhungen zu verzichten.

In Wirklichkeit aber haben sich die Monopole bereits auf die neue Lage eingestellt. Kürzlich erklärte der Bayer-Chef Hansen auf dem Deutschen Betriebswirtschaftlertag, „daß eine Fortsetzung des derzeitigen währungspolitischen Kurses immer mehr deutsche Industrieunternehmen dazu zwingen werde, ihr Exportgeschäft stärker von ausländischen statt von heimischen Produktionsstätten aus zu betreiben“. Der Bayer-Konzern verfährt bereits dementsprechend. Er will bei seinen Konzernbeteiligungen „während des nächsten Jahrfünfts nur noch 1,2 Milliarden im Inland, aber schon 2,1 Milliarden DM im Ausland investieren“.

Wie man sieht, wirkt sich der Druck der Dollarkrise klassenmäßig völlig verschieden aus. Für die Monopol-

bourgeoisie stellen sich die Möglichkeiten so dar: Sie kann der verschlechterten Wirtschaftslage dadurch ausweichen, daß sie verstärkten Lohn- und Preisdruck ausübt. Gelingt dies nicht in ausreichendem Maße, so hindert sie niemand daran, ihr Kapital in anderen Ländern Profite machen zu lassen. Der dadurch zusätzlich ausgelöste Impuls zur Verunsicherung der Arbeitsplätze würde es noch erleichtern, gewerkschaftliche Lohnforderungen abzuwehren.

Lohnsteueranstieg an der Spitze

Die jetzt veröffentlichte Übersicht über die Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Monat September 1971 hat abermals ein überproportional starkes Ansteigen der Lohnsteuer gezeigt. Während Bund und Länder insgesamt gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres 8,5 Prozent mehr Steuern einnahmen, schnellten die Lohnsteuern um 17,4 Prozent nach oben. Diese Steigerung ist besonders bemerkenswert, da der Anstieg im Vorjahresmonat bereits 32,3 Prozent betragen hatte. Bei der von den Selbständigen erhobenen Einkommenssteuer ergab sich nur ein Anstieg von 8,7 Prozent. Die Körperschaftsteuer, die von Unternehmen abzuführen ist, sank sogar um 7,2 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat. Andererseits stieg die Umsatzsteuer, die der Verbraucher über den Preis bezahlt, um 11 Prozent.

Die Entwicklung der Steuereinkommen des Staates zeigt mit aller Deutlichkeit, daß in diesem Lande die abhängig Beschäftigten, also die Arbeiter, Angestellten und Beamten, am stärksten steuerlich belastet werden, während gleichzeitig die Besitzer der Produktionsmittel zu ihrem Vermögens- und Einkommensvorteil auch noch steuerliche Sonderbegünstigung genießen. Auch an dieser Tatsache läßt sich ablesen, welche gesellschaftlichen Kräfte die Macht in diesem Staate haben.

Wie reizvoll dieser Weg für das Großkapital ist, kann aus den Äußerungen ersehen werden, die kürzlich vom Geschäftsführer der Rollei-Werke gemacht wurden. Sie werden demnächst in Singapur 5000 Arbeitskräfte mit der Herstellung von Kameras, Projektoren und Blitzgeräten beschäftigen. Das kostet zwar an Investitionen rund 30 Millionen Singapur-Dollar. Aber, „da die Lohnkosten in Singapur nur etwa ein Axtel der in der Bundesrepublik betragen“ („Handelsblatt vom 5. Oktober 1971), wird man diese Anlage in weniger als einem Jahr wieder eingebracht haben, um dann buchstäblich „Höchstprofite“ einzustreichen. Man kann sich dann sogar noch rühmen, „Entwicklungshilfe“ geleistet zu haben — so wie ja auch die USA-Monopole während der letzten 20 Jahre durch Errichtung von Filialen überall in Westeuropa bei der Entwicklung „geholfen“ haben.

Es kündigt sich also an, daß die westdeutschen Monopolherren ihren USA-Kollegen nacheifern werden. Auch sie sind in den letzten Jahren den heimischen wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch verstärkten Kapitalexport ausgewichen, haben dadurch zwar die ökonomische und Währungs-krise der USA noch verschärft aber doch gleichzeitig mit der Erhöhung der Arbeitslosigkeit in den USA den Druck auf die Löhne entscheidend verstärken können.

Für das Großkapital der BRD ist die Konsequenz aus den Schwierigkeiten, die sich für das Land aus der Dollarkrise ergeben, einfach: Es sucht, wie es das Gesetz des Profits vorschreibt, neue, bessere Anlagensphären. Von der Bundesregierung wird es dabei unterstützt. Sie erklärte erst Anfang Oktober, „daß sie weiterhin an der von ihr seit Jahren verfolgten Politik festhält, Auslandsinvestitionen von steuerlichen Hemmnissen freizuhalten“.

Die Arbeiterklasse dagegen soll — nach dem Rezept des Monopolkapitals — mit dem Verzicht auf Lohnerhöhungen zur angeblichen Sicherung der Arbeitsplätze beitragen (ohne jedoch mit den Hungerlöhnen, die in Singapur und anderswo gezahlt werden, „konkurrieren“ zu können). Und gleichfalls soll sie zudem infolge der importierten Inflation immer höhere Preise für ihre Lebenshaltungskosten zahlen und ebenso natürlich die erhöhten Rüstungslasten tragen, die die USA zur Entlastung ihrer Währungsmisere verlangen.

Der Ausweg? Es gibt nur den einen: Beendigung der Unterstützung, die die Bundesrepublik der USA-Globalstrategie immer noch gibt, und Einschränkung der Macht der Monopole, zumindest hinsichtlich ihrer Möglichkeit, die durch ihre Politik verursachten wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch zusätzlich durch verstärkten Kapitalexport zu vergrößern. Dr. Tu.

DKP für starke Gewerkschaften

Interview mit Herbert Mies, stellv. Vorsitzender der DKP
Zum Düsseldorfer Parteitag vom 25. bis 28. November

Ende November 1971 kommen in Düsseldorf die Delegierten der Deutschen Kommunistischen Partei zwecks Durchführung eines Parteitages, dem zweiten seit der Konstituierung der DKP, zusammen. Die Kommunisten spielen in den Gewerkschaften eine aktive Rolle. Aus diesem Grunde haben wir den stellvertretenden Vorsitzenden der DKP, Herbert Mies, gebeten, uns einige Fragen zu beantworten. Herbert Mies hat dieser Bitte freundlicherweise entsprochen.

NACHRICHTEN: Vom 25. bis 28. November führt die Deutsche Kommunistische Partei in Düsseldorf ihren Parteitag durch. Herr Mies, können Sie uns einiges über die Problematik sagen, die dort zur Beratung anstehen wird?

Herbert Mies: Zunächst einmal möchte ich vorausschicken, daß genau 850 Delegierte und Gastdelegierte, davon 607 stimmberechtigte, die Mitglieder unserer Partei vertreten werden. Ihnen liegen rund 350 Anträge aus allen Gliederungen der Partei zur Beratung und Entscheidung vor.

Im Mittelpunkt des Parteitages wird die endgültige Formulierung und Beschlußfassung zum Entwurf der Thesen der Deutschen Kommunistischen Partei stehen. Wir haben diesen Thesenentwurf unter dem Motto: „DKP kontra Großkapital — für Frieden, demokratischen Fortschritt und Sozialismus“ der Arbeiterklasse und der gesamten Öffentlichkeit in der Bundesrepublik zur Diskussion unterbreitet. Unsere Partei macht in den Thesen — im Entwurf sind es 44 — aktuelle und programmatische Aussagen zu den wesentlichen Bereichen unserer politischen und gesellschaftlichen Konzeption.

In Hunderten von Aussprachen über die Thesen in Betrieben, Wohngebieten und an den Hochschulen, in monatelanger öffentlicher Diskussion wurden von Arbeitern und von Angehörigen anderer Bevölkerungsschichten, von Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Parteiloosen und vielen Gewerkschaftern wertvolle Vorschläge und Hinweise gegeben, die gewiß von den Delegierten des Düsseldorfer Parteitages dankbar aufgegriffen und bei ihren Entscheidungen berücksichtigt werden.

NACHRICHTEN: In den Thesen des Parteitags werden Aussagen zu den Gewerkschaften gemacht, so daß diese Frage in Düsseldorf gewiß eine Rolle spielen dürfte. Wie würden Sie das Verhältnis der DKP zu den Gewerkschaften kennzeichnen?

Herbert Mies: Wir werden oft gefragt, wie die DKP es mit den Gewerkschaften hält. Wie wir es mit den Gewerkschaften halten, zeigen unsere Genossen in der Praxis der Betriebs-

Gewerkschaftsarbeit. Nicht wenige von ihnen nehmen als Gewerkschaftsmitglieder, Vertrauensleute, Betriebsräte oder Delegierte hervorragenden Anteil an der wirkungsvollen Vertretung gewerkschaftlicher Forderungen und an der Stärkung der Gewerkschaften.

Die DKP ist die Partei der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik. Sie kämpft für die Verwirklichung einer gesellschaftspolitischen Konzeption, die auf Frieden, demokratischen Fortschritt und Sozialismus gerichtet ist. Unser Kampf für eine grundlegende demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft, für eine antimonopolistische Demokratie, erfordert die Zurückdrängung und Überwindung der Macht des Großkapitals und die Erringung von entscheidendem Einfluß der Arbeiterklasse auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Ausgehend von diesen Klasseninteressen der Arbeiter und aller abhängig Beschäftigten, die auch in vielen Aussagen der Gewerkschaften formuliert wurden, ausgehend vom Charakter unserer Partei als marxistische Partei der Arbeiterklasse sowie von der Tatsache, daß wir in den Gewerkschaften die breiteste, umfassendste und parteipolitisch unabhängige Klassenorganisation der Arbeiter und Angestellten sehen, bestimmen wir unser Verhältnis zu den Gewerkschaften.

Wir haben zum DGB und seinen Gewerkschaften keine „gebrochene“, keine „oppositionelle“ Einstellung. Unsere Einstellung zu den Gewerkschaften wird von dem Willen beherrscht, sie als Klassenorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu stärken und ihre kämpferische Einheit zu bewahren. Wir sind in der Einstellung zu den Gewerkschaften konstruktiv, aber nicht unkritisch. Eine konstruktive Kritik wünschen wir uns für die Entwicklung unserer Partei, sie sollte auch den Gewerkschaften erwünscht sein.

NACHRICHTEN: Wie beurteilen Sie solche Erscheinungen in den Gewerkschaften, die besonders auf Gewerkschaftstagen in den letzten Wochen und Monaten sichtbar wurden und sich dergestalt äußern, daß sozialdemokratische Spitzenfunktionäre in den Gewerkschaften — wie z. B. Otto Bren-

ner — auf jede Kritik an den Handlungen der Bundesregierung verzichten und diese auch gegen berechtigte Kritik abzuschirmen versuchen? In diesen Zusammenhang müssen wohl auch gelegentliche Attacken gegen links gestellt werden.

Herbert Mies: Wir haben durchaus Verständnis für die komplizierte Situation, in der sich viele sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre infolge der Politik der SPD-geführten derzeitigen Bundesregierung befinden. Aber es wäre für die Entwicklung der Gewerkschaften bedenklich und schädlich, wenn sie auch nur einen Augenblick vergessen würden, daß — wie wir in dem Entwurf der Thesen des Düsseldorfer Parteitages sagen — die Gewerkschaften im Kampf um die Durchsetzung sozialer und demokratischer Forderungen zugunsten der Arbeiterklasse heute immer mehr auf den wachsenden Widerstand der vereinten Macht der Monopole und des Staates stoßen.

Wir wissen sehr wohl, daß nicht wenige Gewerkschaftsfunktionäre die Bundesregierung vor einer Kritik an der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die — wenn man genau wägt — den Interessen der Großindustrie und nicht den gewerkschaftlichen Vorstellungen entgegenkommt, abschirmen möchten. Wenn man schon diese Regierung abschirmen möchte, dann sollte man sie, die in ihrer Außenpolitik mehr Sinn für Realitäten zeigt, nicht vor der Kritik von links zu bewahren suchen, sondern die Angriffe von der ultrarechten Seite wirkungsvoller bekämpfen.

Wir übersehen nicht, daß die Kritik von ultralinks an der Haltung von Gewerkschaftsfunktionären den Gewerkschaften mehr schadet als nutzt und in der Tat auch so die Angriffe der Ultrarechten auf die Gewerkschaften unterstützt werden. Auch darum grenzen wir uns von den ultralinken sektiererischen Kritikern der Gewerkschaften ab und setzen uns im Interesse der Klassenpolitik und der Entwicklung klassenkämpferischer Positionen der Gewerkschaften damit auseinander.

Lassen Sie mich noch dieses sagen: Unter dem Eindruck der sich entwickelnden Gespräche mit den Gewerkschaften sozialistischer Länder und unter dem Eindruck der engeren Kontakte mit den Gewerkschaften des Gemeinsamen Marktes, wobei man feststellt, daß in Frankreich und Italien die von den Kommunisten beeinflussten Gewerkschaften die stärksten sind — aber auch als Folge des zunehmenden Einflusses von Mitgliedern und Funktionären der DKP in den Gewerkschaften hat sich bei nicht wenigen, auch sozialdemokratischen Gewerkschaftern die Meinung gebildet: Ohne die Mitarbeit der Kommunisten wird es kaum starke Gewerkschaften geben. Ich möchte sagen: Ohne die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten

Parteitage der Reaktion

Grundkonzept: Systemsicherung und Antikommunismus Zu den Parteitagen von CDU, CSU und FDP

Drei ausgesprochen bürgerliche Parteien hielten im Oktober 1971 ihre Parteitage ab: CDU, CSU und FDP. Alle drei Parteien spiegeln dabei in abgestufter Weise die grundlegenden politischen Interessen der herrschenden Finanzoligarchie des Imperialismus in der BRD wider. Die beiden Schwesterparteien CDU/CSU sind, obgleich sie der Bundesregierung nicht angehören, die Hauptparteien des mit dem Staat verwachsenen Monopolkapitals. Die Parteitage in Saarbrücken (CDU) und München (CSU) zeigten die CSU/CDU eindeutig als die politische Interessenvertretung reaktionärster und militantester Kräfte des Monopolkapitals.

Das betrifft alle Grundfragen der Innen- und Außenpolitik. Dabei gilt es zu beachten, daß die CSU und ihr Vorsitzender Strauß nicht nur polternder, sondern auch faschistoider die politischen Forderungen des Großkapitals vorbringt, als es Barzel tut, der neue Vorsitzende der CDU, der kalt, glatt, berechnend und demagogisch das gleiche Grundkonzept wie sein „Kollege“ Strauß vertritt.

Franz Josef Strauß wettete in München gegen die anwachsende Kritik an der kapitalistischen Ausbeuterordnung: „Es gibt zahlreiche Verführer, die der Jugend von heute einreden wollen, daß die Zukunft beim Sozialismus liege...“

Er versuchte den Kapitalismus reinzuwaschen: „Die Marktwirtschaft ist kein Herrschaftsinstrument einer kapitalistischen Gesellschaft, die aus Ausbeutern und Unterdrückten besteht...“

Barzel und Strauß sind offen Verteidiger der Kapitalherrschaft in der BRD. Das ist der erste Grundzug der Parteitage der CDU/CSU. Der zweite ist die Kampfansage gegen die Verträge von Moskau und Warschau. Hier werden in primitiver Weise nationalistische Gefühle hochgepeitscht: Die Regierung besorge die „Geschäfte einer ausländischen Macht“; Europa gerate in den „Sog des Kommunismus“. Auch Barzel



und Kommunisten in den Gewerkschaften kann keine wesentliche Frage zugunsten der Arbeiterklasse gelöst werden.

Wir Kommunisten hoffen, daß sich diese Erkenntnis durchsetzt und so dazu beiträgt, daß die Gewerkschaften stärker noch als bisher allseitig und erfolgreich die Interessen der Arbeiterklasse ausfechten können. Dafür wirken wir inner- und außerhalb der Gewerkschaften. Das wird gewiß der Verlauf des Düsseldorf Parteitagess unserer Partei auf neue zeigen.

erklärt für die CDU: „Unsere Politik ist antikommunistisch.“

Der dritte Grundzug der beiden Parteitage besteht in dem Versuch, die antikommunistische Hetze zu einer verbindenden Grundlage für eine gemeinsame Politik der CDU/CSU, der SPD und der FDP gegen alle zu machen, die in der BRD fortschrittlich, demokratisch und sozialistisch denken. Dabei wird der Stoß am stärksten gegen die DKP gerichtet.

Strauß malt für die CDU/CSU „fünf mächtige Gegner“ an die Wand und liefert damit geradezu ein faschistisches Konzept für seinen politischen Kampf: 1. Die „Publizistik von Presse, Rundfunk und Fernsehen...“; 2. die „linksradikalen... Organisationen“; 3. die „überwiegende Mehrheit des DGB“; 4. die Friedenskräfte „im verbündeten und neutralen Ausland“; 5. die Sowjetunion selbst.

So tönte es schon bei Goebbels: „die Journaille“, „die Gewerkschaften“, „die Intellektuellen, die Verderber der Jugend“, „die feindlichen Kräfte im Ausland“. Vor dem Hintergrund dieser Parolen wird man die Forderung Barzels im Bundestag zu werten haben: Opposition und Regierungsparteien müßten gemeinsam gegen links, gegen die DKP, auftreten.

Alle Arbeiter und ihre Gewerkschaften können es nur bedauern, daß dieses „Angebot“ von der SPD-Führung wohlwollend aufgenommen wurde. Auch in der „Welt der Arbeit“, Nr. 44, wird nichtssagend auf diese Tatsache verwiesen, nachdem bereits in Nr. 41 der CDU „bescheinigt“ wird, sie habe auf ihrem Parteitag „ein erstaunliches Beispiel innerparteilicher Demokratie“ geliefert.

Die CDU/CSU, die sich gegen die Mitbestimmungsforderungen des DGB wendet und ihn mit antikommunistischen Argumenten angreift, will die Gewerkschaften gegen die Kommunisten im öffentlichen Dienst, allen Betrieben und in den Gewerkschaften selbst mobilisieren. Das ist für die Gewerkschaften eine ernste Gefahr, dient doch der Antikommunismus heute auch dazu, jede demokratische

und sozialpolitische Forderung, die die Macht des Monopolkapitals einschränken könnte, zu verteuflern.

Auf dem dritten Parteitag, der hier besprochen werden soll, den der FDP, konnte man das Schauspiel erleben, wie eine bürgerliche Partei, ganz im Gegensatz zur CDU/CSU, Manöver macht, um sich im Anpassungsprozeß des Monopolkapitals an die Kampfbedingungen zu bewähren, die neu entstanden sind durch die Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Imperialismus und Sozialismus — zugunsten des Sozialismus.

So versucht sich die FDP, als Partner der SPD in der Regierung, neben der SPD ebenfalls als eine „Reformpartei“ vorzustellen. Was es damit auf sich hat, wird am deutlichsten an der Auseinandersetzung auf dem Parteitag der FDP in Freiburg über die Mitbestimmungsfrage. Die Führung der FDP bietet etwas „Neues“ an, keine „Parität“, wie sie der DGB für die Aufsichtsräte fordert, sondern eine gewisse „Trinität“. Der „Dritte im Bunde“ sollen Vertreter der leitenden Angestellten sein, die in der Praxis als Manager besonders eng mit dem Kapital verbunden sind.

Mit nur einer Stimme Mehrheit wurde das Mitbestimmungskonzept der FDP beschlossen: Danach soll der Aufsichtsrat in folgendem Verhältnis besetzt werden: sechs Kapitalvertreter, zwei Vertreter der leitenden Angestellten, vier Vertreter der Arbeiter und Angestellten. Also mit den Vertretern der Manager (Disposition) auch formal eine Bestätigung der Kapitalherrschaft. Die Programmkommission hatte dem Parteitag zur Zusammensetzung der Aufsichtsräte folgendes Verhältnis empfohlen: vier Kapital, zwei Disposition, vier Arbeiter und Angestellte.

Hier soll nicht weiter auf Wert und Unwert der Vertretungen im Aufsichtsrat eingegangen werden — das ist ausführlich in „Arbeiterseminar 71“ (Nachrichten-Vorlag) und „Mitbestimmung als Kampfaufgabe“ (IMSF) geschehen —, sondern nur darauf verwiesen werden, daß die Arbeiter und Angestellten sich weder von den Drohungen der CDU/CSU, noch den Verlockungen der FDP davon abhalten lassen dürfen, echte Mitbestimmung, demokratische Rechte zu erkämpfen.

Die bürgerlichen Parteien und die durch ihre Politik mit ihnen verzahnte Führung der SPD können der Arbeiterklasse keine zukunftsweisende Orientierung geben. Das kann nur eine Partei, die sich von den Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus, den Theorien von Marx, Engels, Lenin und den Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung leiten läßt: die Deutsche Kommunistische Partei. Ihr Parteitag vom 25. bis 28. November 1971 in Düsseldorf verdient die Aufmerksamkeit besonders aller Arbeiter, Angestellten und Gewerkschafter.

Josef Ledwonn

FDGB und Arbeitsrecht

Zu den grundlegenden Aufgaben der DDR-Gewerkschaften gehört ihre aktive **Anteilnahme an der Gestaltung der sozialistischen Rechtsordnung. Das ist im Artikel 45 der DDR-Verfassung ausdrücklich verbürgt. Für den FDGB stehen dabei die Verwirklichung und die Weiterentwicklung des Arbeitsrechts im Vordergrund.**

In der DDR geht man davon aus, daß das **Arbeitsrecht** — wie das Recht im ganzen — in erster Linie ein Mittel der Leitung darstellt, also große organisatorische und erzieherische Potenzen besitzt. Demgemäß ist das Arbeitsrecht primär ein Mittel, echte sozialistische Arbeitsverhältnisse zu gestalten, die den im Gesetzbuch der Arbeit (GBA) enthaltenen Rechtsnormen adäquat sind und dadurch die günstigsten Bedingungen sowohl für die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft als auch für die Realisierung der legitimen Interessen der Werktätigen schaffen.

Auf diese Weise soll dem Entstehen von Konflikten vorgebeugt werden. Das bedeutet natürlich nicht, daß der FDGB eine Theorie der Konfliktlosigkeit auch nur auf dem Gebiet der arbeitsrechtlichen Beziehungen vertritt und Konflikte negiert. Wo es zu Konflikten kommt, gilt selbstverständlich, daß sie mit größter Gewissenhaftigkeit auf der Grundlage des Arbeitsrechts im Interesse der Gesellschaft und des einzelnen rasch durch das gewerkschaftliche Zutun gelöst werden.

Dieses Zutun liegt zunächst in der Hand der Betriebsgewerkschaftsleitungen ihrer Rechtskommissionen (die der BGL bei der rechtspolitischen Tätigkeit zuarbeiten) und bei den in den Betrieben gewählten Konfliktkommissionen (KK), die gesellschaftliche Gerichte sind, welche von den Gewerkschaften angeleitet werden. Es zeugt von der Wirksamkeit der Tätigkeit der KK, wenn heute 90 Prozent aller Arbeitsrechtsstreitigkeiten bereits auf dieser Stufe geregelt werden.

Was haben die DDR-Gewerkschaften auf diesem wichtigen Gebiet der Interessenvertretung zu leisten? Das wichtigste ist wohl der Geist, der diese Arbeit prägt, und um ihn deutlich zu machen, habe ich für diesen Beitrag wahllos aus vorliegendem Material drei Fälle herausgegriffen, Alltagsfälle, wobei allein in einem Falle die Dicke des Aktenbündels im fatalen Mißverhältnis zur Notwendigkeit knapper Darstellung steht. Versuchen wir es.

Fall 1 — Volkseigenes Gut Templin. Ein Sachbearbeiter (staatlich geprüfter Landwirt) hat sich zum Arbeitsökonom qualifiziert. Eine Beurteilung rühmt seine Qualitäten. Der Direktor des VEG beruft ihn nach einiger Zeit — dieser Posten ist vakant, und der Arbeitsökonom ist nach Meinung der Leitung der beste Mann dafür — zum Stellvertreter. Der Arbeitsökonom sieht

sich jedoch in seiner Erwartung auf das ihm zustehende Gehalt enttäuscht. Der Direktor lehnt ab. Zwar macht der Mann als Stellvertreter gute Arbeit, aber er will ihm das Gehalt nicht zahlen, denn im Rahmenkollektivvertrag ist angemerkt, daß ein Stellvertreter Leiter der pflanzlichen oder tierischen Produktion des Gutes sein müsse. Unser Mann ist aber Arbeitsökonom. Deswegen entfalle sein Anspruch auf die volle Höhe.

Formal konnte sich der Direktor mit dieser Entscheidung auf eine Rechtsgrundlage stützen — ein Umstand, der auch die Konfliktkommission so beeindruckte, daß sie den Antrag des Kollegen abwies. Die Gewerkschaft stellte sich hinter den Kollegen und verfocht seine Interessen, als auch das Kreisgericht die KK-Entscheidung bestätigte, beim letztinstanzlich entscheidenden Bezirksgericht. Hier wurde entschieden, daß die tatsächliche Gesamtheit der Arbeitsanforderungen an den Kollegen, welche mehr Aufgaben und höhere Verantwortung bedeuten, die rechtliche Grundlage für seine Eingruppierung und seinen

Sozialismus real

Sowjetunion steigerte Industrieproduktion

Um 8 Prozent gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum ist in den ersten neun Monaten dieses Jahres die Industrieproduktion der UdSSR gestiegen. Die Arbeitsproduktivität erhöhte sich um 6,5 Prozent. Während der Volkswirtschaftsplan für das gesamte Jahr eine Steigerung der industriellen Zuwachsrates von 6,9 Prozent vorsieht, wurden bisher überdurchschnittliche Produktionszunahmen in der Elektroenergie (9 Prozent), in der Chemie und Petrochemie, im Maschinenbau und Metallverarbeitung und in der Erzeugung von Kultur- und Haushaltswaren (je 11 Prozent) erzielt. Die Automobilindustrie erreichte dank des neuen Werkes in Togliatti eine Steigerung von 54 Prozent ihrer Produktion. Bis Ende September rollten 374 400 Personenwagen vom Band, das sind 131 000 mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Lohnanspruch bilden und dem nicht die in einer Fußnote untergebrachten Hinweise des Rahmenkollektivvertrages entgegengestellt werden können.

Da sich der Direktor des VEG weiterhin herausnahm, dieses Urteil in Zweifel zu ziehen, knöpfte sich der FDGB-Betriebsvorstand diesen Leiter vor, um ihm anständig in seinem Kollektiv die Meinung zu sagen und ihm klarzumachen, daß er mit dieser Haltung Gefahr läuft, sich als Leiter abzuqualifizieren, da der FDGB nicht zulassen werde, daß subjektives Ermessen an die Stelle klarer Rechtsentscheidungen tritt.

Fall 2 — Weniger verwickelt, aber vielleicht auch nicht uninteressant: Bekanntlich werden in den volkseigenen Betrieben der DDR Jahresendprämien gezahlt. Sie sind Leistungsprämien und können — Erfüllung des jährlichen Betriebsplanes und die durchgängige Mitwirkung des Werk-tätigen daran vorausgesetzt — die Höhe eines Monateinkommens erreichen. Wie nun, wenn ein Werk-tätiger im Laufe des Jahres ausscheidet? Das Gesetz hält in Fällen, wo gesellschaftlich bedeutende Gründe dem Ausscheiden des Werk-tätigen zugrundeliegen, die Möglichkeit der Zahlung einer anteiligen Jahresend-prämie offen.

Im Bodenbearbeitungsgerätekwerk Leipzig arbeitete nun ein junger Kollege als Hilfsschmied. Er wollte sich zum Industrieschmied qualifizieren und trug diesen Wunsch der Leitung vor. Die vergaß ihn, und als sie daran dachte, war der betreffende Lehrgang bereits im Gange. Man verwies den Kollegen auf eine Ausbildungsmöglichkeit als Schweißer. Der junge Kollege akzeptierte das und stellte den dazu notwendigen schriftlichen Antrag. Er wartete vergeblich auf Antwort. Da haute er die Kündigung auf den Tisch und verlangte auch mit dem Ausscheiden die anteilige Jahresend-prämie. Ein anderer Betrieb bot ihm die gewünschte Ausbildungsmöglichkeit zum Facharbeiter. Jetzt wurden die Leiter mobil, Qualifizierungsmöglichkeiten waren plötzlich da, und um den Kollegen zu halten, kündigte man ihm an, im Falle des Ausscheidens würde es mit der Prämie nichts werden.

Die Konfliktkommission mußte sich damit befassen. Sie entschied: Die Ursache für die Kündigung hat die Betriebsleitung gesetzt. Die Prämie ist zu zahlen; denn das Streben nach fachlicher Bildung ist auch ein echtes gesellschaftliches Interesse. Eine Lektion für jene Leiter, die von der Gewerkschaftsleitung zudem für ihre in diesem Falle bewiesene Trägheit hart gerügt wurden.

Fall 3: Im Getränkekombinat Rennsteig arbeitet eine Laborantin, die, um eine Operation zu vermeiden, zwei Monate lang fortgesetzt ärztlich behandelt werden mußte. Der Betrieb ver-

langte von ihr, die dadurch versäumte Arbeitszeit, entsprechend einer im GBA enthaltenen Regelung über Arbeitszeitverlagerung, nachzuholen. Die Frau lehnte ab und beantragte statt dessen eine Ausgleichszahlung nach einer anderen GBA-Regelung.

Die Konfliktkommission trat ihrer Auffassung nicht bei, so daß die Sache vor die Kammer für Arbeitsrechtssachen des Kreisgerichts kam. Die Prozeßvertretung übernahm der FDGB. Die erste Entscheidung besagte, daß der Arbeitszeitverlagerung zunächst gegenüber der Ausgleichszahlung der Vorzug zu geben ist, da die Zahlung eines Ausgleichs nur dann in Betracht kommen kann, wenn betriebliche oder in der Person des Werkstätigen liegende Umstände eine Arbeitszeitverlagerung nicht zulassen.

Aber gerade in diesem Falle gab es unabweisbare, in der Person des Werkstätigen liegende Gründe, wie der Gewerkschaftsvertreter hinreichend deutlich zu machen wußte. Die Laborantin ist Mutter, und ihr Arbeitsbeginn und die Öffnungszeit des Kindergartens stimmen nicht überein, so daß sie deswegen täglich später anfängt und die ausfallende Arbeitszeit in Übereinstimmung mit dem Betrieb jeweils am Dienstag nachholt. An diesem Tage holt dann der Ehemann das Kind vom Kindergarten ab, der deshalb öfter ebenfalls eine Schicht „verlagern“ muß. Beide Elternteile absolvieren zudem ein Fernstudium. Das sind alles erhebliche Belastungen, die eine weitere Nacharbeit unzumutbar machen.

Das Gericht schloß sich dann dieser Auffassung an und entschied auf Ausgleichszahlung. Die Gewerkschaft veranlaßte eine Gerichtskritik an der Werkleitung, mit der dieser öffentlich gesagt wurde, daß sie ihrer Pflicht, jeden Einzelfall gewissenhaft vor einer Entscheidung zu prüfen, nicht nachgekommen ist. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten: „Das gesellschaftliche wie das persönliche Interesse müssen in gleicher Weise vor der Entscheidung in vollem Umfange geprüft und erörtert werden. Dabei gebührt der Erhaltung der Gesundheit der Menschen der Vorrang. Auch im Interesse des Betriebes! Es entsprach unserem sozialistischen Gesetz und dem Leben, der Klägerin den Anspruch zuzuerkennen.“
Claus Friedrich

„Häuserfabriken“ für forcierten Wohnungsbau

In den polnischen Industriezentren Bydgoszcz, Gdansk und Lodz geht der Bau dreier großer Fabriken zur Herstellung von Elementen für den Wohnungsbau dem Ende entgegen. Die erste Fabrik dieser Art hatte am 15. September in Warschau den Betrieb aufgenommen. Jede dieser mit sowjetischer Lizenz errichteten Fabriken wird jährlich Elemente für 12 000 Wohnräume liefern.

Gewerkschaften planen mit

DDR: Wie bei der Wirtschaftsplanung mitbestimmt wird
Von Heinz Deckert, Vorsitzender der IG Druck und Papier

Der Vorsitzende der IG Druck und Papier in der DDR, Heinz Deckert, Mitglied des Bundesvorstandes des FDGB, entspricht mit den folgenden Ausführungen einer Bitte von NACHRICHTEN, unseren Lesern einige Aspekte und den Kern gewerkschaftlicher Mitwirkung und Mitbestimmung bei der Wirtschaftsplanung in der DDR darzustellen. Deckert ist auch Präsident des Ständigen Komitees der Gewerkschaften der Grafischen Industrie, ein internationales Gremium mit Konsultativcharakter, dem Gewerkschaften sowohl des WGB als auch des IBFG angehören.

Im September tagte der Zentralvorstand der IG Druck und Papier im FDGB. Die Mitglieder des Vorstandes berieten die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1972. Der Stellvertreter des Ministers begründete den Plan. Der Zentralvorstand prüfte, stimmte der Grundlinie zu, war mit bestimmten Details des Planvorschlages nicht einverstanden und forderte entsprechende Änderungen. Das Präsidium wurde beauftragt, die Stellungnahme zum Plan 1972 auszuarbeiten und der Regierung zuzuleiten.

Etwas außergewöhnliches? Nein! Das ist in der DDR, wo die Gewerkschaften die Organisation der machtausübenden Arbeiterklasse sind, gewerkschaftlicher Alltag, tätige sozialistische Demokratie, wie sie in allen Betrieben und auf allen Ebenen der gewerkschaftlichen Vorstände anzutreffen ist.

Bei den erwähnten Entscheidungen stützte sich der Zentralvorstand auf die Stellung der Gewerkschaft in der sozialistischen Gesellschaft, auf die verfassungsmäßig garantierten Rechte und die Gesetze des sozialistischen Staates. Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung als sozialistische Eigentümer machen die Gewerkschaften ihre Vorschläge zum Plan, organisieren sie die bewußte schöpferische Tätigkeit der Werkstätigen im sozialistischen Wettbewerb, nehmen sie deren Interessen bei der Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen wahr.

Der Zentralvorstand konnte sachkundige Entscheidungen treffen, weil er sich auf die Ergebnisse der umfassenden Diskussion des Planes in den Betrieben und auf die Stellungnahmen der Betriebsgewerkschaftsleitungen und der Vorstände der Industriengewerkschaft zu den Planentwürfen der Wirtschaftsleitungen stützte. Diese Mitwirkung und Mitbestimmung bei der Ausarbeitung und Durchführung der jährlichen Betriebspläne ist eine der wichtigsten Formen der sozialistischen Demokratie in den Betrieben.

Die Betriebsleitung legt der Betriebsgewerkschaftsleitung und den Vertrauensleuten den Entwurf des Planes vor. Dieser Planentwurf enthält die

wichtigsten Kennziffern über die Produktionsentwicklung, den Gewinn, Qualifizierungsmaßnahmen, Prämienfonds sowie die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Dieser Entwurf wird mehrere Wochen in Gewerkschaftsversammlungen von den Werkstätigen des Betriebes diskutiert. Die Leitung des Betriebes ist verpflichtet, ihre Vorstellungen in den Versammlungen zu begründen.

Es ist das Anliegen dieser demokratischen Aussprache, alle Quellen zur Erhöhung der volkswirtschaftlichen Effektivität zu erschließen und damit zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Rahmen der ganzen Gesellschaft wie auch im Betrieb selbst beizutragen. Nach dieser Diskussion, die mit einer umfassenden Information der Beschäftigten verbunden ist, überarbeitet die Betriebsleitung den Entwurf, der nunmehr der Vollversammlung der Vertrauensleute zur Bestätigung vorgelegt wird. Erst wenn die Vertrauensleutenvollversammlung dem Entwurf zugestimmt hat, darf dieser an die nächsthöhere Wirtschaftsleitung weitergegeben werden. Das ist eine gesetzliche Vorschrift, die ohne Einschränkung verbindlich ist.

Die Mitglieder der Gewerkschaft in den Betrieben und ihre Leitungen nehmen die Mitarbeit am Plan sehr ernst. Im VEB Vereinigte Papier- und Zellstoffwerke Schwedt gab es beispielsweise in der Diskussion viele Hinweise und Vorschläge, die eine genaue Überprüfung verdienten. Sie bezogen sich auf Maßnahmen zur Rationalisierung der Holzschleiferei, auf die sorgfältige Nutzung, Pflege und Lagerung der Meß- und Regelungsarmaturen, die Erhöhung der Arbeitssicherheit, die Arbeitsplatzgestaltung u. a. Insgesamt wurden 60 Vorschläge zum Plan 1972 unterbreitet. Das Wort des Arbeiters gilt, die Meinung der Gewerkschaften wird geachtet. Der Betriebsdirektor hat angewiesen, daß die verantwortlichen Direktoren jedem Kollektiv noch vor der Beschlußfassung über den Plan Antwort auf die Vorschläge erteilen.

Es kommt aber auch vor, daß die Vertrauensleute und die Betriebsgewerk-

CDU/CSU-Rentendemagogie

schaftsleitungen den Entwurf zurückweisen. In einigen Betrieben versagten sie dem Plan die Zustimmung, weil die Kennziffern nicht den gesellschaftlichen Erfordernissen entsprachen. Es wurde schon erwähnt, daß der Zentralvorstand einige Details des Planentwurfes nicht akzeptierte. Er stützte sich dabei auf die Stellungnahme einiger Betriebsgewerkschaftsleitungen, die von ihren Betriebsleitungen, aber auch vom Minister konsequentere Maßnahmen zur Vermeidung von Überstunden forderten. In anderen Fällen entsprach der Plananteil Arbeits- und Lebensbedingungen nicht den betrieblichen Möglichkeiten und gewerkschaftlichen Vorstellungen oder dieser Plananteil wurde nicht rechtzeitig ausgearbeitet.

In der Stellungnahme der Betriebsgewerkschaftsleitung eines grafischen Großbetriebes in Dresden heißt es u. a.: „Obwohl auf dem Gebiet der Arbeits- und Lebensbedingungen 1971 gute Fortschritte erzielt wurden, können wir uns in keiner Weise damit einverstanden erklären, daß der Plananteil Arbeits- und Lebensbedingungen 1972 nicht vorliegt und erst bei der Diskussion des Perspektivplanes mit beraten werden soll“. Durch die Forderung dieser Gewerkschaftsleitung mußte die Betriebsleitung diese Versäumnisse nachholen.

Auf Anraten und durch Hinweise von Betriebsgewerkschaftsleitungen machte der Zentralvorstand seinen Einfluß geltend, damit genügend Zeit zur Diskussion der Entwürfe der Betriebspläne in den Gewerkschaftsgruppen zur Verfügung stand. Das war notwendig, weil einige Leiter von Betrieben die staatlicherseits festgelegten und mit den Gewerkschaften abgestimmten Termine für die Diskussion in den Gewerkschaftsgruppen nicht beachteten. Die sozialistische Gesellschaft braucht die klugen Ideen und Ratschläge aller Werktätigen, und deshalb konnte eine solche Praxis nicht zugelassen werden.

Diese wenigen Beispiele zeigen bereits, daß die Werktätigen und ihre Gewerkschaften täglich mitplanen und mitregieren, ihre Funktion als sozialistischer Eigentümer und als Träger der sozialistischen Staatsmacht fühlbar für den einzelnen wahrnehmen. Die Grundbedingung ist eine ständige und gründliche Information. Die Werktätigen müssen alles wissen, müssen über die wichtigsten Fragen der betrieblichen Entwicklung urteilen können. Das ist die Forderung der Gewerkschaften, und jeder Leiter der Wirtschaft ist dazu verpflichtet. Die gründliche Information setzt die Werktätigen in die Lage, selbständig das für die weitere sozialistische Entwicklung Erforderliche aus Einsicht und Überzeugung zu tun.

Jede Aktivität aber dient der Verwirklichung der auf dem VIII. Parteitag der SED beschlossenen Haupt-

Die CDU/CSU setzt ihren hemmungslosen demagogischen Propagandafeldzug gegen die Bundesregierung zur Verwirrung der Rentner fort (sh. Soziale Demagogie, NACHRICHTEN Nr. 9/1971). Als Gegenentwurf zu dem Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministeriums zur „Weiterentwicklung des Rechts in der gesetzlichen Rentenversicherung“ hat sie zwei Gesetzentwürfe im Bundestag eingebracht. Der eine sieht vor, die nach dem bisherigen Modus zum 1. Januar 1973 und 1. Januar 1974 fälligen Rentenanpassungen mit 9,5 und 11,7 Prozent um ein halbes Jahr auf den 1. Juli 1972 und den 1. Juli 1973 vorzuziehen. Der zweite Gesetzentwurf beinhaltet eine Verbesserung von Kleinrenten. Die Renten sollen nach einem Verdienst in Höhe von mindestens 85 Prozent des Durchschnittsverdienstes aller Arbeiter und Angestellten berechnet werden. Jedoch nur dann, wenn mindestens 25 Versicherungsjahre erfüllt sind.

Das Vorziehen der Anpassung der 10 Millionen Sozialrenten würde natürlich die Lage der Rentner ab Juli nächsten Jahres verbessern. Wenn man jedoch bedenkt, daß die damals von der CDU/CSU geführte Regierungs-

koalition die im Januar 1958 fällige erste Rentenanpassung rigoros unterschlug und dann ab 1959 zehn Jahre lang die Renten mit einem drei- bis vierjährigen Rückstand der Entwicklung der Arbeitsverdienste anpaßte, sowie skrupellos Milliarden DM Rentenversicherungsgelder zum Ausgleich des Bonner Rüstungshaushaltes zweckentfremdete, dann ist der demagogische Charakter des CDU/CSU-Antrages offenkundig.

Zwar geht der CDU/CSU-Gesetzentwurf zur Verbesserung kleiner Renten in diesem Punkt über den Gesetzentwurf des Arendt-Ministeriums hinaus, aber auch mit dem CDU/CSU-Antrag würde der größte Teil der „Zwergrenten“ nicht aufgebessert. Außerdem muß daran erinnert werden, daß es die CDU/CSU-Regierung war, die im Zuge der 1957 durchgeführten Rentenreform eine bis dahin im Rentenrecht vorhandene Bestimmung, in jedem Fall auch bei geringen Versicherungszeiten eine Mindesthöhe der Renten zu sichern, einfach außer Kraft setzte. Von einer Herabsetzung der Altersgrenze, sei es auch eine flexible Altersgrenze, ist in den Gesetzentwürfen der CDU/CSU nichts zu finden. pp

aufgabe; Die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion und der Effektivität sowie des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität.

UdSSR: Mehr Rechte der Gewerkschaft im Betrieb

Eine neue „Ordnung über die Rechte der Betriebsgewerkschaftskomitees“ ist Ende September vom Präsidium des Obersten Sowjets erlassen worden. Sie erweitert die Vollmachten der betrieblichen Gewerkschaftsleitungen in Übereinstimmung mit den praktischen Veränderungen, die seit der letzten Verordnung dieser Art aus dem Jahre 1958 in den Betrieben der Sowjetunion eingetreten sind.

Die Verordnung legt fest, daß nahezu alle Dokumente, die die Tätigkeit des Betriebes und seiner Angehörigen betreffen, nur unter Mitwirkung des

Betriebsgewerkschaftskomitees gearbeitet und nur mit seiner Zustimmung rechtskräftig werden. Das Betriebsgewerkschaftskomitee erhält als juristische Person das Recht, vom Leiter des Betriebes, der Behörde oder Organisation, Berichte zu fordern zum Beispiel über die Erfüllung des Produktionsplanes und der Verpflichtungen aus dem Kollektivvertrag, über Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, des sozialen und kulturellen Lebens. Bei Verletzung der Kollektivvertragsbestimmungen oder der Arbeitsgesetzgebung kann das Betriebsgewerkschaftskomitee die Absetzung oder Bestrafung der verantwortlichen Leitungsmitglieder verlangen.

In allen Fragen der Entlohnung haben die Betriebsleitungen die Zustimmung der Betriebsgewerkschaftskomitees einzuholen. Das gleiche gilt bei der Aufteilung der verschiedenen betrieblichen Fonds, zum Beispiel für Prämien oder materielle Unterstützung. Wesentlich erweitert sind mit der neuen Ordnung die Kontrollrechte der betrieblichen Gewerkschaftsleitungen auf dem Gebiet der Arbeitsgesetzgebung, der Sicherheitstechnik und des Arbeitsschutzes. Ohne ihre Billigung darf künftig kein neues oder modernisiertes Produktionsobjekt in Betrieb genommen werden.

15. Ostsee-Arbeiterkonferenz

Ständiges Komitee der Arbeiterkonferenzen der Ostseeländer beschließt nächstes Treffen

Der Abschluß des Westberlin-Abkommens als eine wichtige Voraussetzung zur Beseitigung der Spannungen in Europa, der Vorschlag der Regierung der UdSSK über die Durchführung einer Weltabrüstungskonferenz und die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau waren die Hauptpunkte — neben den Vorbereitungen für die XV. Arbeiterkonferenz 1972 — der Tagung des Ständigen Komitees der Arbeiterkonferenzen der Ostseeländer in Rostock.

Besonders das Westberlin-Abkommen wurde lebhaft diskutiert. Neben seiner Bedeutung für die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten wurde die Tatsache herausgestellt, daß die drei Westmächte mit der Unterzeichnung des Vertrages zum erstenmal völkerrechtlich verbindlich die DDR als einen souveränen Staat anerkannt haben. Das Ständige Komitee lehnte es ab, darüber zu urteilen, wer durch das Westberlin-Abkommen gewonnen oder die größten Konzessionen gemacht habe. Wichtig sei allein, daß durch dieses Abkommen eine weitere Voraussetzung für Entspannung und Frieden in Europa geschaffen wurde.

Unterstützung durch das Ständige Komitee fanden auch die Friedensinitiativen der Sowjetunion, besonders der Vorschlag auf die Durchführung einer Weltabrüstungskonferenz. Damit, so stellte das Komitee fest, könne das Wettrüsten gestoppt und die Gefahr eines neuen Weltkrieges gebannt werden. Ausgehend von der Tatsache, daß die Rüstungsaufwendungen in der Welt zur Zeit 200 Milliarden Dollar im Jahr betragen und seit der Schaffung des NATO-Militärpaktes von den Mitgliedstaaten 1250 Milliarden DM für eine sinnlose Rüstung vergeudet wurden, wird die Bedeutung einer Rüstungsbeschränkung für den wirtschaftlichen und sozialen Status in Europa sichtbar.

Nicht zuletzt durch die wachsenden Rüstungslasten steigen die Preise und Mieten und verschlechtern sich die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft in den kapitalistischen Ländern. Die Durchführung einer europäischen Sicherheitskonferenz sowie einer Weltabrüstungskonferenz würde positive Auswirkungen auf den sozialen Fortschritt in Europa haben und gleichzeitig den Frieden sichern.

Das Ständige Komitee der Arbeiterkonferenzen der Ostseeländer sah sich noch nicht in der Lage, das endgültige Programm der XV. Arbeiterkonferenz auszuarbeiten. Sicher ist, daß die XV. Arbeiterkonferenz in der Zeit vom 7. bis 17. Juli 1972 durchgeführt wird. Als Generalthema wurde vorgeschlagen: „Für gemeinsame Aktionen der Gewerkschafter Europas, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt — gegen den Imperialis-

mus“. Nachdem auf der XIV. Arbeiterkonferenz der Vorsitzende des FDGB, Herbert Warnke, das Hauptreferat gehalten hatte, wurde für 1972 der Vorschlag gemacht, einen Vertreter der sowjetischen Gewerkschaften als Hauptreferenten zu gewinnen.

Auf einer Sitzung des Internationalen Sekretariats Anfang Dezember soll eine gründliche Einschätzung der politischen Situation vorgenommen werden, um dann auf der nächsten Sitzung des Ständigen Komitees im Januar 1972 endgültige Beschlüsse für die Durchführung der XV. Arbeiterkonferenz zu fassen. sr

IMB-Kongreß

In Lausanne fand der 22. Kongreß des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB) statt, auf dem 10,7 Millionen Mitglieder aus 159 Metallarbeitergewerkschaften von 300 Delegierten vertreten wurden. Auf der Tagesordnung standen ein Bericht des Sekretariats über die allgemeine Tätigkeit des IMB sowie über die Arbeit in Asien, Afrika, Lateinamerika und dem Mittelmeerraum. Ein weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt behandelte die Probleme der Frauen und Jugendlichen und die Berufsausbildung.

Aus dem Bericht des Sekretariats geht hervor, daß in der internationalen Metallindustrie eine starke Expansion festzustellen ist und die Zahl der Metallarbeiter in fast allen Ländern zunimmt. In den zehn größten Industriestaaten der Welt, so u. a. in den USA, Großbritannien, Frankreich, Westdeutschland und Schweden, sind mehr als ein Viertel aller Industriearbeitnehmer Metallarbeiter.

Vor der internationalen Gewerkschaftsbewegung stehen jetzt drei Fragen im Vordergrund, und zwar erstens das rasche Wachstum und die zunehmende wirtschaftliche Macht der multinationalen Gesellschaften; zweitens die Forderung nach Demokratisierung des Arbeitslebens und nach Mitbestimmung und drittens die Situation der

Metallarbeiter in den Ländern der sogenannten dritten Welt, die in immer größerer Zahl industrialisiert werden.

In einem Grundsatzreferat forderte der Präsident des IMB, Otto Brenner, neue und wirksame Formen der internationalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit als Antwort auf die multinationale Konzentration der Konzerne. Otto Brenner unterstrich dabei, die multinationalen Konzerne, die das internationale Gefälle der Arbeitskosten von Land zu Land zur Steigerung ihrer Profite nutzten, seien eine Herausforderung für die internationale Gewerkschaftsbewegung und stellten die traditionellen Formen gewerkschaftlicher Interessenvertretung in Frage. Der 22. Kongreß des Internationalen Metallarbeiterbundes bestätigte Otto Brenner in seinem Amt als Präsident.

Spanien: Polizei schießt auf Arbeiter

In Spanien nehmen die sozialen Unruhen an Heftigkeit zu. In Barcelona streikte im Oktober ein Teil der Belegschaft der SEAT-Automobilwerke aus Solidarität mit ihren wegen eines vorausgegangenen politischen Streiks entlassenen Kollegen. Daraufhin sperrte die Betriebsleitung die Gesamtbelegschaft von 15 000 Arbeitern aus. Im Verlauf der Unruhen setzten die Behörden Polizisten ein, die gegen die Streikenden von der Schußwaffe Gebrauch machten.

In Asturien legten durch einen Streik 7000 Bergarbeiter die Bergwerke lahm. Tausende von streikenden Arbeitern in Sevilla und Pamplona forderten Lohnerhöhungen wegen der wachsenden Inflation. Auch hier wurde die Polizei gegen die Streikenden eingesetzt. Die sozialen Unruhen unter den Arbeitern bekommen einen immer stärkeren politischen Charakter. Sie werden zu Kampfkaktionen gegen das faschistische Franco-Regime.

Für Aktionseinheit französischer Gewerkschafter

In Frankreich trafen sich Vertreter der dem Weltgewerkschaftsbund angehörenden CGT und der CFDT, einer Gewerkschaft, die Mitglied des Internationalen Metallarbeiterbundes ist, zu einer Besprechung über gemeinsame gewerkschaftliche Aktionen. In der von beiden Gewerkschaften gemeinsam herausgegebenen Erklärung werden die Sektionen bzw. Unterorganisationen der Gewerkschaften aufgefordert, miteinander Kollektivverhandlungsziele auszuarbeiten und mit den Arbeitern in den Betrieben zu besprechen, um durch Aktionen gemeinsame Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden zu unterstützen.

Der Imperialismus der BRD

„Der Imperialismus der BRD“, Herausgeber: Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED. Lizenzausgabe für die Bundesrepublik: Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main, 1971, Leinen, 686 Seiten, 10,80 DM.

Dieses Buch ist der legitime „Nachfolger“ der 1965 veröffentlichten Untersuchung „Imperialismus heute“. Letztere hatte die Diskussion in der BRD bei Freund und Feind nicht unwesentlich beeinflußt. Auch „Der Imperialismus der BRD“ wird gleiche, wenn nicht gesteigerte Aufmerksamkeit beanspruchen und erwarten können. Das nicht nur, weil der Herausgeber das „Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED“ ist und die wissenschaftliche Redaktion in den Händen auch in der BRD bekannter marxistischer Gesellschaftswissenschaftler wie O. Reinhold, M. Anders, A. Lemnitz, L. Maier, W. Paff, H. Petrak, M. Schmidt lag, sondern weil in diesem Buch die neuesten Erscheinungen des staatsmonopolistischen Systems und die jüngsten Erfahrungen des Klassenkampfes für die Herausarbeitung von Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung analysiert werden.

An dieser Arbeit war ein großes Autorenkollektiv marxistischer Gesellschaftswissenschaftler der DDR beteiligt. Sie läßt die wesentlichen Ergebnisse der Imperialismustorschung zusammen.

Wahrscheinlich wird ein großer Teil westdeutscher Gewerkschafter allerdings den Namen „Imperialismustorschung“ als ebenso irreal ansehen wie den Titel des Buches. Denn ihr Imperialismusverständnis wird lediglich durch die Vorstellung rollender Panzerdivisionen, Überfälle und Unterdrückung anderer Völker, Zwangsarbeiterheere usw. gespeist. Sie werden sicher fragen: Was hat das mit der BRD zu tun, an deren Spitze ein sozialdemokratischer Bundeskanzler steht, der als Motto seiner Politik „Freundschaft zum Westen, Entspannung nach Osten“ verkündet?

Natürlich genügt auf dieser Ebene immer schon die Antwort: „Der Schoß ist fruchtbar noch“. Aber genau dieser Sache gehen die Autoren auch auf den Grund. Sie verwenden den Begriff Imperialismus im wissenschaftlichen Sinne, also nicht nur für eine bestimmte Variante der Politik, sondern für das durch die Herrschaft der Konzerne und Monopole charakterisierte Entwicklungsstadium des Kapitalismus. Die Entwicklung dieses Systems hat notwendigerweise zur Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus geführt — ein Begriff, der seit Lenin für das System der Verflechtung der Macht von Monopolen und Staat zu einem Herrschaftsmechanismus verwendet wird.

Stellen die Autoren 1965 fest, daß sich dieses System auch in der BRD voll herausgebildet hat, so untersuchen sie jetzt die neuen Erscheinungsformen und Entwicklungstendenzen. Auch „Imperialismus der BRD“ verarbeitet die wichtigen empirischen Daten. Es ist deshalb keine theoretische Arbeit im engeren Sinn. Auch Darlegungsweise und Sprache sind einem durchschnittlichen westdeutschen Gewerkschafter sicher keine Barriere zum Verständnis der entwickelten Gedanken. Schließlich soll nicht unerwähnt bleiben, daß sich die Autoren — vor allem bei der Darstellung und Analyse der westdeutschen Klassenkämpfe — auf die Äußerungen westdeutscher Marxisten und entsprechender Veröffentlichungen stützen, so auch der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH.

Das aktuelle Buch

Wenn man etwas vergrößert, so kann man drei Hauptteile des Buches feststellen. Am Anfang (Kapitel 1 und 2) steht die Darstellung der historischen Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland bzw. der BRD. Daran schließt sich die Untersuchung des Wechselverhältnisses von Monopolen und Staat (Kap. 3) und der entsprechenden Folgen in den entscheidenden Bereichen an: Veränderungen im ökonomischen Zyklus (Kap. 4), den sozialen Beziehungen (Kap. 5), in der Internationalisierung des Kapitalverhältnisses (Kap. 6), der Rüstung (Kap. 7) und im System der geistigen Manipulierung der Massen (Kap. 8). Es muß nochmals hervorgehoben werden, daß jeweils der neueste Stand der Entwicklung in der BRD verarbeitet wird.

In den Schlußkapiteln werden diese neuen Entwicklungen unter dem Gesichtspunkt der Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung und der Perspektive des Sozialismus dargelegt. Es werden dabei Fragen behandelt wie der Charakter der antimonopolistischen Demokratie, die Notwendigkeit des Sozialismus, Spontaneität und Bewußtheit, Reform und Revolution, Gewalt usw. Der Rezensent hat den Eindruck, daß gerade dieses Kapitel zu den stärksten des Buches zählt.

Die Lebensnähe der Aussagen ist einmal Ausdruck der gewachsenen wis-

senchaftlichen Reife; zum anderen aber auch der Entwicklung des Kampfes selbst. Erst damit werden ja theoretische „Schreiblicherörterungen“ zu unmittelbaren Lebensfragen der Bewegung der Arbeiterklasse. Und erst die Auseinandersetzung mit dem Opportunismus von rechts und links — wie sie in dem Buch geführt wird — führt zur notwendigen Präzisierung der eigenen Anschauungen.

Greifen wir aus der Fülle der Einzelfragen einige heraus. Was sind eigentlich die Gründe zur Veränderung des Krisenzyklus? Vor allem liegt dem — so die Autoren — die staatsmonopolistische Regulierung der Investitionen über Staatshaushalt, Steuerpolitik usw. zugrunde. Das führt zur Veränderung des Umschlags des fixen Kapitals und damit zu einer gewissen Abflachung des Krisenzyklus (S. 291).

Die Widersprüche und Gegensätze werden aber nicht überwunden, sondern gegenwärtig vor allem auf finanz- und währungspolitisches Gebiet übertragen. Nicht zuletzt ergibt sich auch aus diesen Veränderungen in der ökonomischen Basis des Kapitalismus, daß die staatliche Wirtschaftspolitik zu einem speziellen Feld des Klassenkampfes wird.

Früher folgte Ebbe und Flut des Klassenkampfes in hohem Maße dem Krisenzyklus. Das hat sich heute beträchtlich modifiziert. Tatsächlich fanden ja die wichtigsten Massenkämpfe in den letzten Jahren in Westeuropa in Perioden der Konjunktur statt. „Das heißt“, so die Autoren, „in allen Phasen des Zyklus besteht die Möglichkeit der scharfen Zuspitzung und der raschen Ausdehnung des Klassenkampfes.“

Nicht zuletzt steht im Zentrum des Buches die Untersuchung der Frage, welche sozialen und politischen Kräfte in der Lage sind, zum Vollstrecker des geschichtlichen Fortschritts zu werden und unter welchen Bedingungen sie sich heute formieren. Einen wichtigen Platz nehmen in den Untersuchungen und Überlegungen der Autoren auch die Gewerkschaften ein. „Die mit dem vollzogenen Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus verbundene Ausweitung der Aufgaben der Gewerkschaften haben die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisiertheit noch vertieft.“ (S. 601)

Vielleicht ist es nicht notwendig, daran zu erinnern, daß die Entwicklung des Imperialismus in der BRD von inneren und äußeren Kräften und Widersprüchen abhängt, die eng miteinander verbunden sind. Diese einfache Grundwahrheit geht aber auch voll und ganz in den theoretischen und methodischen Ansatz dieses Buches ein. Nicht zuletzt konkretisiert sich dies in der Konfrontation zwischen Sozialismus und Imperialismus auf deutschem Boden und den damit entstehenden Bedingungen des Klassenkampfes. Mit aller Deutlichkeit

Aktionseinheit 1932

Obgleich heute niemand leugnen kann, daß im Kampf gegen den Faschismus die Kommunisten die größten Opfer gebracht haben, wird immer wieder, und gegenwärtig verstärkt, versucht, Kommunisten und Nazis bzw. „Links- und Rechtsradikalismus“ gleichzusetzen. Das geschah kürzlich auf dem 10. Gewerkschaftstag der IG Metall und auf dem 10. Bundeskongreß der DAG. Als Beispiel für diese Gleichsetzung wird in Diskussionen und gewerkschaftlichen Publikationen häufig der Berliner Verkehrsarbeiterstreik von 1932 angeführt. In der im Röderberg-Verlag, Frankfurt am Main, erschienenen Broschüre „Von Brüning zu Hitler — Das Geheimnis faschistischer Machtergreifung“ nimmt der Publizist Emil Carlebach auch zu dem BVG-Streik Stellung. Was seinerzeit wirklich geschah, schildert Carlebach so:

„Am 3. November 1932 brach der Streik bei der Berliner Verkehrsgesellschaft aus, der unmittelbar in die politische Auseinandersetzung einbezogen wurde und bis heute in der Diskussion um die Bildung der antifaschistischen Einheitsfront eine Rolle spielt. Es wird gesagt, hier hätten die Kommunisten gegen die Sozialdemokratie gestreikt; und hier hätten Kommunisten und Nazis gemeinsam die SPD bekämpft.“

Tatsache ist: im November 1932 gab es weder im Reich noch in Preußen sozialdemokratische Minister. Es regierte der Reichskanzler von Papen. Der Streik der Verkehrsarbeiter richtete sich gegen die Durchführung einer Notverordnung Papens, die für die Arbeiter einen Lohnabzug anordnete. Es ist also unwahr, zu behaupten, der Streik hätte sich gegen die SPD gerichtet.

Dem Streikausbruch ging eine Urabstimmung voraus. Darüber berichtet Friedrich Stampfer in seinen Memoiren: „Kurz vor den Wahlen kam es zu einem Streik, der in der Geschichte der deutschen Arbeiterkämpfe einzig dasteht. Am 2. November wurde bei der BVG, der Berliner städtischen Verkehrsgesellschaft, eine Urabstimmung über Annahme der Kürzung der Stundenlöhne um 2 Prozent oder Streik vorgenommen. 14 471 waren für Streik, 3993 für Annahme der Kürzung, 3365 blieben der Abstimmung fern. Die Dreiviertelmehrheit war nicht erreicht.“

wird in diesem Buch entwickelt, wie aus diesen Bedingungen der antimonopolistische Kampf auf die Tagesordnung gesetzt wird. Aber schon in diesen Kämpfen zeigt sich auch die sozialistische Perspektive, „weil die objektiven Ursachen dafür in der BRD selbst vorhanden sind. Wenn zu Recht festgestellt wird, daß die DDR die historische Alternative auch für die BRD verkörpert, so ist der Sozialismus in der DDR doch nicht der Grund für die Notwendigkeit des Sozialismus in der BRD“. (S. 559.) H. Jung

Wir haben bewußt die Zahlen Stampfers zitiert, der von Anfang an gegen den Streik auftrat und schrieb. Seine Angabe über die Stimmabgabe ist unrichtig — denn er zählt (ebenso wie es von gewisser Seite schon 1932 getan wurde) die Angestellten der BVG zu den „Ferngebliebenen“, obwohl die Angestellten mit dem Streik anlaß und demgemäß mit der Urabstimmung nichts zu tun hatten.

Tatsache war, daß die Arbeiter der BVG nicht nur für den Streik stimmten, sondern auch geschlossen den Lohnstreik durchführten. Die Streikleitung setzte sich aus Kommunisten und Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und sogar SA-Leuten (!) zusammen. Die Belegschaft handelte geschlossen, obwohl der Parteivorstand der SPD und die Gewerkschaftsführung den Streik für „wild“ erklärten. Polizei wurde eingesetzt und erschöß drei Arbeiter. Mehr als 500 Streikposten wurden verhaftet.

Zur allgemeinen Überraschung gab plötzlich der Berliner Gauleiter der NSDAP, Josef Goebbels, die Parole aus, daß seine Leute den Streik unterstützten. Die Sympathie der nationalsozialistischen Anhänger unter den Erwerbslosen und Teilen der Arbeiterschaft für den Kampf gegen den Lohnraub war so stark, daß Goebbels sich zu diesem Manöver gezwungen sah. Er konnte jedoch nichts daran ändern, daß die Streikleitung fest in den Händen von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern war.

Am 7. November 1932 endete der Verkehrsarbeiterstreik mit einem Teilerfolg für die kämpfende Belegschaft. Für die Hitler-Partei war es trotz Goebbels Manöver zu einer Niederlage gekommen: sie hatte zwei Millionen Stimmen gegenüber der Juliwahl verloren.

Der BVG-Streik war also weder eine Aktion gegen die SPD, noch eine Aktion von Kommunisten und Nazis. Er war eine Massenaktion von Arbeitern aller politischen Richtungen, die sich gegen Papens Lohnraub wehrten. Er bewies gleichzeitig, daß Massenstreiks auch in der Krise geführt werden können und daß die

existierende Erwerbslosenarmee keineswegs einfach zu einer Streikbrecherreserve gemacht werden kann. Und noch etwas anderes hat der BVG-Streik bewiesen: daß bei einer konkreten Kampftaktion, wie sie hier gegen Papen geführt wurde, auch Anhänger faschistischer Organisationen mit in den Kampf einbezogen werden können.

Brüning hat dies durchaus begriffen. Er spricht in seinen Erinnerungen davon, daß sich „beim Berliner Straßenbahnerstreik die stets latente Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen Nazis, Kommunisten und Sozialdemokraten zeigte“. Brüning sah genau, daß nicht Kommunisten und Nazis gegen die SPD, sondern Kommunisten und Sozialdemokraten zusammen mit Anhängern Hitlers in den Betrieben gemeinsam gegen eine reaktionäre Regierung kämpften. Diese „stets latente Möglichkeit einer Zusammenarbeit“ fürchtete nicht nur Brüning, sondern auch die Industrie!

Die Wahl zum Reichstag am 6. November 1932 hatte eine schwere Niederlage für die Nazi-Partei und einen Ruck nach links gebracht. Hitler, der im Sommer bis auf 13 Millionen Stimmen gekommen war, hatte binnen knapp einem Vierteljahr 2 Millionen davon wieder verloren. Zugleich war ein weiterer Teil der sozialdemokratischen Anhänger aufgrund der Erfahrungen dieses Krisenjahres zu der Partei gegangen, die eine antifaschistische Einheitsfront herbeiführen wollte, zur KPD. Das Stimmenergebnis (die Vergleichszahlen vom Juli in Klammern) zeigte:

NSDAP	11 705 256 (13 732 779)
SPD	7 231 404 (7 951 245)
KPD	5 970 833 (5 278 059)

Hatte im Juli Hitler mehr Stimmen gehabt als Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen, so hatten im November diese Parteien mit über 13 Millionen Stimmen die NSDAP wieder überlügelt. Auch nach der Zahl der Mandate war das Verhältnis umgekehrt worden: Im Juli standen 230 NSDAP-Abgeordnete 133 Sozialdemokraten und 89 Kommunisten im Reichstag gegenüber. Im November waren es noch 196 Nazi-Abgeordnete gegen 121 Sozialdemokraten und 100 Kommunisten.

Diese Entwicklung führte dazu, daß Industrie und Reichswehr darauf drängten, schnellstens mit dem Parlamentarismus endgültig Schluß zu machen. Eine maßgebliche Gruppe von Industrie und Hochfinanz ließ am 19. November 1932, wenige Tage nach dem BVG-Streik und dem Mißerfolg Hitlers bei der Reichstagswahl dem Reichspräsidenten (Hindenburg, d. V.) folgenden Brief übergeben: ...“

(Carlebach zitiert den Wortlaut des Schreibens an Hindenburg, in dem dieser faktisch aufgefordert wird, die Republik zu beseitigen und Hitler zum Reichskanzler zu berufen.)

- 18. und 19. November
8. Bundesjugendkonferenz des DGB in Dortmund.
- 25. bis 28. November
Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei in Düsseldorf.
- 11. bis 14. April 1972
4. Internationale Automationstagung der IG Metall in Oberhausen.
- 28. Mai bis 3. Juni
7. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in Westberlin.
- 25. Juni bis 1. Juli
9. ordentlicher Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Westberlin.
- 7. bis 17. Juli
In diesem Zeitraum soll die XV. Arbeiterkonferenz von Gewerkschaften der Ostseeländer, Norwegens und Islands in Rostock stattfinden.

Mit verständlicher Befriedigung haben die Konzerne und Monopole Großbritanniens den Beschluß des Unterhauses für den Beitritt zur EWG begrüßt. Sie erwarten für sich von diesem Schritt nicht nur eine bessere Profitsituation, sondern darüber hinaus eine Konsolidierung des angeschlagenen monopolkapitalistischen Systems und verbinden damit die Hoffnung auf die Wiedergewinnung ihrer verlorengegangenen Weltmachtposition.

Der mit dieser Abstimmung begonnene Weg der Integration Großbritanniens in das westeuropäische Superkartell ist auch von den aggressiven Kräften der Sechser-Gemeinschaft mit Beifall aufgenommen worden; sie sehen darin nicht zuletzt eine Stärkung der EWG als wirtschaftliche Basis des NATO-Militärpakt, die nun, neben Frankreich, über eine zweite Atommacht verfügen wird.

Die Mehrheit der Bevölkerung Großbritanniens steht dem Beschluß ihres Parlaments mit mehr als Skepsis ge-

genüber, und die englischen Gewerkschaften lehnen den Beitritt zur EWG grundsätzlich ab. Sie wissen, daß sich mit der wirtschaftlichen Integration Englands der Konkurrenzkampf verschärfen wird. Wegen der veralteten Betriebsstruktur und der Krisensituation in verschiedenen Industriezweigen müssen ohnehin Tausende von Arbeitern um ihre Arbeitsplätze fürchten, was bei einer Arbeitslosenquote von rund 6 Prozent bedeutet, daß neue Arbeitsplätze kaum zu finden sind.

Erhebliche Gefahren ergeben sich für den Lebensstandard der Bevölkerung aus der neuen agrarpolitischen Situation. Wird der Beitritt Großbritanniens effektiv, muß die Regierung rund 4 Milliarden DM jährlich in den gemeinsamen Agrarfonds der EWG abführen und gleichzeitig einen erheblichen Preisanstieg für Nahrungsmittel in Kauf nehmen. Diese „Aussichten“ werden zweifellos die Gewerkschaften veranlassen, ihren Kampf gegen die EWG-Politik der konservativen Regierung Heath fortzusetzen und nicht vor dem Beschluß des Parlaments zu kapitulieren.

Das Ja Großbritanniens zur EWG ist von den skandinavischen Ländern mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Die fünf Regierungen der nordischen Länder sehen in dem Beitritt Großbritanniens zur EWG eine Gefährdung der traditionellen nord-europäischen Zusammenarbeit, weil dieser Schritt Norwegen und Dänemark höchstwahrscheinlich zwingen wird, dem Schritt Großbritanniens zu folgen. - ger

PERSONALIEN

Dr. Friedhelm Farthmann, bisher Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand, ist mit Wirkung vom 1. November 1971 zum 2. Geschäftsführer des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WWI) berufen worden. Er wird neben Dr. Heinz Markmann seine Aufgaben wahrnehmen. Farthmann, der SPD-Bundestagsabgeordneter ist, wurde 1966 Leiter der Abteilung Mitbestimmung beim DGB-Bundesvorstand und 1969 Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik. Sein Nachfolger ist Detlef Hensche.

Christian Fette, ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, ist Ende Oktober verstorben. Fette, seinerzeit Vorsitzender der IG Druck und Papier, wurde nach dem Tode Hans Böcklers 1951 zum DGB-Vorsitzenden gewählt. Diese Wahl hatte einem ausdrücklichen Wunsch Böcklers entsprochen. Fette scheiterte sehr bald in seinem Amt, als er sich den gewerkschaftlichen Gegnern der Adenauerschen Remilitarisierungspolitik entgegenstellte und die Aufstellung westdeutscher Truppen im Rahmen des westlichen Bündnisses „für erwägenwert“ erklärte. 1952 übernahm Walter Frelltag, bis dahin Vorsitzender der IG Metall, den Vorsitz im DGB.

Dr. Werner Thönnessen, Leiter der Pressestelle der Industriegewerkschaft Metall, wurde Anfang November auf dem 22. Kongreß des Internationalen

Metallarbeiterbundes zum stellvertretenden Generalsekretär des IMB gewählt. Thönnessen hatte 1961 die Leitung der Pressestelle in der Zentrale der IG Metall übernommen. Er tritt sein neues Amt in Genf am 1. Januar 1972 an.

Zu guter Letzt

Auf einer Tagung der Deutschen Richterakademie in Würzburg wurde mitgeteilt, daß nach vorsichtiger Schätzung die Wirtschaftskriminalität in der Bundesrepublik innerhalb eines Jahres Schäden bis zu 50 Milliarden D-Mark verursacht.

Diese Feststellung ist bezeichnend für den Charakter unserer Justiz: Während ein kleiner Dieb mit relativ harten Straten rechnen muß, wird die Wirtschaftskriminalität immer noch als Kavaliersdelikt behandelt.

Beilagen

Dieser Ausgabe liegen ein Sonderdruck „Dokumentation vom 10. Gewerkschaftstag der IG Metall“ und ein Prospekt der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH. bei.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Die NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrewka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:
Dr. Werner Petschick, 6 Frankfurt/M. 60, Friedberger Landstraße 307;

Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9;
Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M. 60, Friedberger Landstraße 307; Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 10-58079-0 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/Main; Postscheckkonto: Frankfurt 305040.

Einzelpr. 1,00 DM; Jahresabonnement 14,— DM, einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 7,— DM.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Druck: Plambeck & Co., Neumünster

N

VG

NACHRICHTEN-Verlags-

Gesellschaft mbH.

Frankfurt am Main